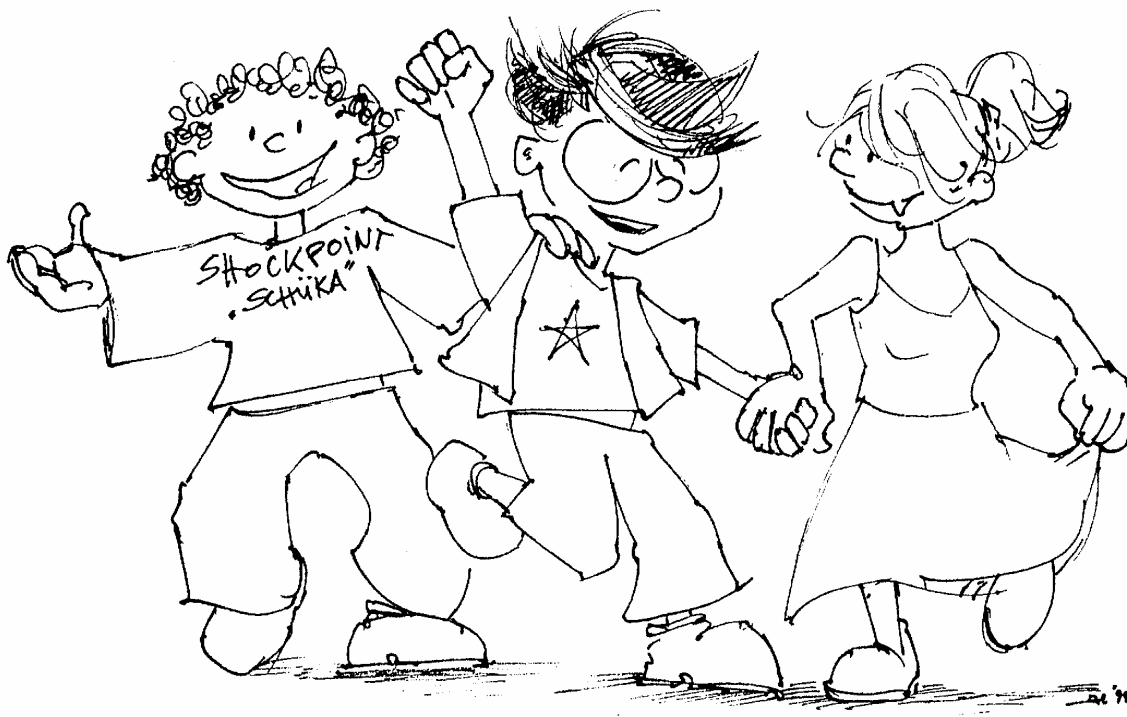




**schülerInnen
kammer
hamburg**

SPASS AN KONSTRUKTIVER ARBEIT & GESTALTUNG



SchülerInnenforen von 1999 - 2006

"Lasst uns Schule verbessern"

**Forderungen Hamburger Schülerinnen und Schüler
und Zusagen und Vorschläge der Bildungsbehörde**

Inhaltsverzeichnis

Forderungen des 1. SchülerInnenforums (Mai 1999)	
"Diesen Unterricht wollen wir"	Seite 3
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 7
Forderungen des 2. SchülerInnenforums (November 1999)	
"So wollen wir Unterricht mitgestalten"	Seite 9
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 13
Forderungen des 3. SchülerInnenforums (Mai 2000)	
"So wünschen wir uns Berufliche Schulen"	Seite 16
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 21
Forderungen des 4. SchülerInnenforums (Februar 2001)	
"Gymnasiale Oberstufe heute ... und morgen?"	Seite 23
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 26
Forderungen des 5. SchülerInnenforums (November 2002)	
"Was wollen wir lernen?"	Seite 28
mit Zusagen und Vorschlägen der Bildungsbehörde	
Forderungen des 6. SchülerInnenforums (Dezember 2003)	
"Was wollen wir an Schule verändern?"	Seite 35
Forderungen des 7. SchülerInnenforums (Februar 2004)	
"Schule als Lebensraum – Was denkbar ist, ist machbar."	Seite 42
Forderungen des 8. SchülerInnenforums (Februar 2005)	
"Mehr Zeit um Lernen."	Seite 47
„Öffentlicher Dialog“ mit der Senatorin zu den (2005)	
Forderungen des 6., 7. und 8. SchülerInnenforums	Seite 53
Forderungen des 9. SchülerInnenforums (November 2005)	
"Demokratie in der Schule!?"	Seite 56
 <u>Anhang:</u>	
Reader zum 8. und 9. SchülerInnenforum – Dokumentation der Reisen nach Lund /Schweden und Prag /Tschechien sowie des Gegenbesuchs der Tschechen in Hamburg	Seite 61

Bei Rückfragen:

SchülerInnenkammer Hamburg
Meerweinstraße 28
22303 Hamburg
Tel.: 428 984 - 96
Fax: 428 984 - 95
eMail: Info@skh.de

Schull**I**nformations**Z**entrum
Hamburger Straße 35
22083 Hamburg
Tel.: 4 28 63 - 28 97
Fax: 4 28 63 - 40 35
eMail: barbara.beutner@bbs.hamburg.de

Forderungen des 1. SchülerInnenforums: "Diesen Unterricht wollen wir!"

Wir wünschen uns eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler die Inhalte und Methodik ihres Unterrichtes mitgestalten; in der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer miteinander kommunizieren, sich absprechen und ein gemeinsames Vertrauensverhältnis aufbauen. Lehrerinnen und Lehrer sind nach unserer Vision auch nachmittags in der Schule anzutreffen, entwickeln in gemeinsamer Abstimmung ihre Unterrichtskonzepte und werten Fragebögen aus, in denen die Schülerinnen und Schüler den Unterricht bewerten. Die Unterrichtsinhalte sind modern und variabel. Man beschäftigt sich auch mit Themen wie Medien oder Wirtschaft, eine starre Trennung nach Fächern gibt es nicht. Lehrerinnen und Lehrer unterrichten anhand eines anwendungsorientierten Konzepts - dazu gehören zum Beispiel Unterrichtsausflüge, mehrere Berufs- und Sozialpraktika und aktuelle Stunden. Kontaktlehrerinnen und Kontaktlehrer kümmern sich um die Öffnung der Schule in den Stadtteil, organisieren Stadtteilstunden, öffentliche Veranstaltungen oder besorgen Referenten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für den Unterricht.

Am 17. Mai 1999 trafen wir uns zum ersten Hamburger SchülerInnenforum. Wir, das sind über 100 Schülervertreterinnen und -vertreter, die im gemeinsamen Dialog Forderungen, Ideen und Vorschläge, wie Unterricht aus unserer Sicht besser gestaltet werden kann, entwickelten.

Dafür haben wir die bestehende Situation analysiert und untersucht, wo etwas verbessert werden muss. Wir haben den Ist-Zustand nicht nur kritisiert - es gibt am Bestehenden auch viele positive Aspekte, und diese wissen wir zu schätzen.

Jedoch gibt es aus unserer Sicht in vielen Punkten großen Handlungsbedarf. Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sind nicht perfekt und werden es wohl nie sein. Doch im gemeinsamen Dialog können Entwicklungsprozesse angeschoben werden, man kann sich gegenseitig Impulse geben.

Wir begrüßen daher die Ankündigung der Schulbehörde, diesen Dialog mit uns zu führen. Denn aus unserer Sicht kann Einiges getan werden, um Schule zu verbessern.

Unsere 10 Hauptforderungen stellen wir auf den kommenden Seiten dar.

1. Stärkere Mitgestaltung des Unterrichts durch Schülerinnen und Schüler.

Unterricht wird oft nicht interessant und abwechslungsreich gestaltet. Inhalte, die Schülerinnen und Schüler ansprechen wollen und deren Einbindung in den Unterricht durchaus möglich wäre, werden von Lehrerinnen und Lehrern nur in einigen Fällen tatsächlich behandelt. Häufig fallen die Wünsche der Schülerinnen und Schüler unter den Tisch. Auch wird die Unterrichtsmethodik nicht immer im Sinne der Schülerinnen und Schüler gestaltet.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler sollen die Inhalte und Methoden des Unterrichts gemeinsam mit den jeweiligen Fachlehrerinnen und Fachlehrern festsetzen.

Das so gemeinsam beschlossene Konzept soll in kurzer Form schriftlich ausgearbeitet und den anderen Lehrerinnen und Lehrern der Klasse und derselben Fächer zur Kenntnis gegeben werden. So können sich diese untereinander besser absprechen.

2. Bewertung des Unterrichtes und der Lehrerinnen und Lehrer durch die Schülerinnen und Schüler.

Schülerinnen und Schüler müssen es hinnehmen, wenn Lehrerinnen und Lehrer ihren Unterricht nicht interessant und ansprechend gestalten. Kritik am Unterricht müssen die Lehrerinnen und Lehrer nicht zum Anlaß nehmen, den Unterricht zu verbessern.

Forderung:

I. Am Ende eines Halbjahres füllen Schülerinnen und Schüler einer Klasse einen von der Schulkonferenz erstellten Fragebogen über den Unterricht jedes Faches anonym aus.

II. Die Klassensprecherinnen und Klassensprecher verfassen anhand der Bögen einen Bericht. Diesen Bericht behalten die Schülerinnen und Schüler. Die Fragebögen bekommen die jeweiligen Lehrerinnen und Lehrer. Diese besprechen die Kritikpunkte mit den Schülerinnen und Schülern, so dass ein gemeinsamer Lern- und Entwicklungsprozess entsteht.

III. Sollte eine Lehrerin oder ein Lehrer nicht auf ausschlaggebende aus den Fragebögen ersichtliche Mängel des Unterrichtes eingehen und auch keine Bereitschaft zeigen, diese zu beheben, so kann der von den Klassensprecherinnen und Klassensprechern erstellte Bericht der Schulkonferenz vorgelegt werden. Diese hat sich nun mit dem Fall zu befassen und die Lehrerin oder den Lehrer sowie die Klassensprecherinnen und Klassensprecher anzuhören.

3. Schüler/innenmitbewertung bei der Lehrprobe von Referendarinnen und Referendaren.

Referendarinnen und Referendare werden bislang lediglich von den Fachlehrerinnen/ Fachlehrern und Behördenvertretern geprüft. Da die Bewertung nur aufgrund einer einstündigen Lehrprobe erfolgt, sind die Referendarinnen und Referendare in der Lage, den Ablauf dieser Stunde genau vorzubestimmen. Oft werden die Schülerinnen und Schüler auf diese Stunde perfekt vorbereitet, so dass die Lehrprobe eher einer Inszenierung als einer normalen Unterrichtssituation gleicht. Auch Referendarinnen und Referendare, die zuvor nicht sonderlich gut unterrichteten, erhalten so oftmals gute Noten, die sie in einer normalen Unterrichtssituation sicherlich nicht erhielten.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler müssen ein Mitspracherecht bei der Bewertung der Referendarinnen und Referendare bekommen. Zum Beispiel in Form eines standardisierten Fragebogens. Sie können so auch ihre Gesamterfahrungen über die didaktischen Fähigkeiten miteinfließen lassen.

4. Entwicklung eines anwendungsorientierten Unterrichtskonzepts.

Schulunterricht läuft größtenteils zu theoretisch und unter Umständen realitätsfern ab. Schülerinnen und Schülern wird es daher erschwert, Erlerntes praktisch anzuwenden. Außerdem müssen Schülerinnen und Schüler während ihrer Schullaufbahn nur ein Praktikum absolvieren. Sie können also nur in einen einzigen Berufszweig hineinschnuppern - das ist in der Regel zuwenig.

Lehrerinnen und Lehrer bilden sich nur unregelmäßig fort, so dass wichtige neue und praxisbezogene Inhalte nicht in den Unterricht aufgenommen werden.

Forderung:

Es muss ein anwendungsorientiertes Unterrichtskonzept entwickelt werden, das Verknüpfung von Theorie und Praxis im Unterricht vorschreibt und sich damit näher am Leben orientiert. Lebenspraktische Themen müssen stärker in der Schule vermittelt werden. Das Konzept muss beinhalten, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens zwei Praktika ableisten. Dabei ist zu überlegen, ob eines davon ein Sozialpraktikum sein könnte. Berufsorientierung und Information über Wehr- und Zivildienst an den Schulen muss verstärkt werden. Außerdem muss Unterricht anwendungsorientierter ablaufen: theoretisches Wissen ohne Anwendung gerät schnell in Vergessenheit.

Die Verknüpfung der Wissensvermittlung mit der Anwendung des Erlernten steigert den Lernerfolg nachhaltig.

Die Fortbildungsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer muss umgesetzt werden.

5. Überwindung der starren Trennung unterrichtlicher Inhalte.

Fächerspezifischer Unterricht verhindert die Vermittlung von Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Fächern. Schülerinnen und Schüler sehen oft keinen Sinn im Erlernten, wenn es in keinem praktischen Problemlösungszusammenhang steht. Fächergrenzen sind oftmals künstliche Barrikaden welche der Vernetzung von Wissen im Wege steht.

Forderung:

Themen müssen fächerübergreifend unterrichtet werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass zwischen den Lehrerinnen und Lehrern einer Klasse regelmäßige Absprachen und gemeinsame Planungen erfolgen. Lehrerinnen und Lehrer müssen überlegen welche Themen fächerübergreifend Unterricht werden können und sollten, und wie dabei vorgegangen werden sollte.

Besonders wichtig scheint uns auch, die fächerübergreifende Betrachtung von Themen der Wirtschaft, der Medien und des Sozialen. Schülerinnen und Schüler sollten soweit möglich an der Konzeption fächerübergreifenden Unterrichts beteiligt werden.

6. Präsenzpflcht für Lehrerinnen und Lehrer während der unterrichtsfreien Zeit.

Zwischen Lehrerinnen und Lehrern gibt es - was den Unterricht betrifft - kaum Absprachen und gemeinsame Koordinationsgespräche. Gemeinsames Vorgehen - inhaltlich und didaktisch - gibt es daher selten. Durch fehlende Kommunikation kann Unterricht nicht optimal auf die Klasse abgestimmt werden.

Lehrerinnen und Lehrer stehen außerhalb des Unterrichtes in der Regel nicht bei Fragen und Problemen zur Verfügung.

Forderung:

Kommunikationsstrukturen müssen verbessert werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich regelmäßig mit ihren Kolleginnen und Kollegen über ihren Unterricht austauschen. Die gemeinsame Absprache muss gestärkt werden. Daher muss es in der Schulwoche bestimmte Zeiten geben, während denen alle Lehrerinnen und Lehrer zwecks Erfahrungsaustausch und Erreichbarkeiten der Schule anwesend sind.

7. Festschreibung von Tutor- und Tutorinnenstunden (Tutstunden) ab Jahrgangsstufe 5

Tutstunden finden bislang nur an Gesamtschulen und teilweise in der gymnasialen Oberstufe statt. Mit ihnen kann unterschiedlich verfahren werden, da keine einheitlichen Regelungen existieren. Darunter leiden Sinn und Effektivität einer solchen Maßnahme, welche die Kommunikation zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern fördern und das Vertrauensverhältnis und soziales Verhalten verbessern.

Forderung:

Es muss eine einheitliche Regelung geben, die vorschreibt, dass Tutstunden einheitlich ab Klasse 5 in allen Hamburger Schulen angeboten werden müssen. Der Sinn dieser Stunden muss klar definiert sein - es sollen klasseninterne Probleme diskutiert und geregelt werden. Außerdem muss in diesen über die Schülervertretungsarbeit berichtet und informiert werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen den Inhalt der Tutstunden maßgeblich mitgestalten.

8. Kontaktlehrerinnen und -lehrer, die sich um die Koordination außerschulischer Belange kümmern

Schulen sind in ihrer Umgebung oftmals isoliert. Sie haben dann keine Kontakte zu nahegelegenen Einrichtungen in ihren Stadtteil hinein, da sich um derartige Belange niemand kümmern muss. Eine wirklich "Offene Schule", die mit Menschen unterschiedlichster Bereiche zusammenarbeitet, gibt es fast nicht. Dies ist schade, da Stadtteilkoooperation einige Probleme lösen kann.

Forderung:

Öffnung der Schulen in ihren Stadtteil. Dazu muss eine Kontaktlehrerin / ein Kontaktlehrer (möglicherweise eine Koordinatorin / ein Koordinator) eingesetzt werden, der die notwendigen Entlastungsstunden für seine Arbeit erhält. Die Aufgaben sind: Kontakte zu kulturellen Einrichtungen knüpfen und halten, Koordination offener Unterrichtseinheiten, Einbeziehung von politischen Organisationen und Parlamenten sowie der Wirtschaft. Außerdem: Öffnung zu Freizeiteinrichtungen und -angeboten im Stadtteil, Mitgestaltung von Stadtteilstunden, Kontakte Hilfsorganisationen und Austausch mit anderen Einrichtungen des Stadtteils einschließlich der anderen Schulen.

Die Kontaktlehrerin / der Kontaktlehrer muss entweder aus dem Kreis der Schulleitung kommen oder in engem Kontakt mit dieser arbeiten. Nur so ist gewährleistet, dass die wichtige Öffnung der Schule den nötigen Stellenwert erhält.

9. Einführung einer Unterrichtseinheit "Medien und Informationen"

In der Schule werden aktuelle Geschehnisse in Politik und Gesellschaft nicht ausreichend behandelt. Schülerinnen und Schüler werden nur wenig auf den zunehmend schwerer werdenden Umgang mit Medien und Informationen vorbereitet.

Forderung:

In einem passenden Fach muss frühzeitig die Unterrichtseinheit "Medien und Informationen" eingeführt werden. Dort sollen Schülerinnen und Schüler anhand exemplarischer Beispiele, wie etwa der aktuellen Berichterstattung der Medien, lernen, wie dort Informationen dargestellt werden, und dass derselbe Sachverhalt durchaus gegensätzlich dargestellt werden kann.

Die Unterrichtseinheit soll helfen, sich im Medienschwung zurechtzufinden und den kritischen Umgang mit Medien und Informationen zu erlernen. Leitfragen: Was sind und wie komme ich an seriöse Informationen? Wie gehe ich mit diesen um?

Diese Unterrichtseinheit soll spätestens in der siebten Klasse stattfinden, bevor sich Schülerinnen und Schüler - wie immer häufiger zu beobachten - vom politischen Geschehen abwenden und feste Verhaltensmuster im Umgang mit den Medien erlernt haben.

Auch nach Abschluss der Einheit, muss dieses Thema fächerübergreifend immer wieder aufgegriffen werden.

Wir wollen ferner, dass eine regelmäßige aktuelle Stunde verpflichtend eingeführt wird, in den Themen, die von Schülerinnen und Schülern vorgeschlagen wurden, diskutiert werden.

Schulen müssen über die aktuellste Computerausstattung verfügen. Computerräume mit Internetzugang müssen zum Zwecke der Informationsbeschaffung ständig geöffnet sein. Die Fortbildungsverpflichtung von Lehrerinnen und Lehrern muss umgesetzt werden. Auch die Kompetenz der Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich muss genutzt werden.

10. "Wirtschaft und Soziales" verbindlich

Schülerinnen und Schüler haben auch in der Oberstufe meist unzureichende Kenntnisse über wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse und Gesetzmäßigkeiten.

Schülerinnen und Schülern fehlen zumeist Vorstellung und Einblick in innerbetriebliche Arbeits- und Produktionsabläufe und Zwänge. Ebenso sind viele Schülerinnen und Schüler nicht mit der Bedeutung sozialer Einrichtungen vertraut. Das Sozialsystem wird meist als notwendiges Übel im Gemeinschaftskundeunterricht behandelt.

Forderung:

Die Vermittlung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kenntnisse muss einen höheren Stellenwert erhalten. Außerdem sind verstärkt Kontakte zu Betrieben herzustellen, um etwa Werksbesichtigungen durchzuführen, damit Schülerinnen und Schüler einen lebensnahen Einblick in die Wirtschaft erhalten, die vielen Lehrerinnen und Lehrern nur aus der Theorie bekannt ist. Gleichrangig müssen soziale Einrichtungen besucht werden.

Vorschläge und Zusagen der Senatorin

Zu den 10 Forderungen des 1. Schülerforums wurden von Senatorin Rosemarie Raab folgende Vorschläge und Zusagen gemacht: Die Senatorin erklärt, dass sie die Forderungen des 1. Schülerforums grundsätzlich unterstützt.

Zur 1. Forderung: „Stärkere Mitgestaltung des Unterrichts durch Schülerinnen und Schüler.“

Die Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler über die im Hamburgischen Schulgesetz festgelegten Mitwirkungsrechte zu informieren und sie bei der Umsetzung zu unterstützen (§ 2 (1), § 3 (4), § 32 (1) 5., §§ 51, 53). Mit einem entsprechenden Rundschreiben soll erneut darauf hingewiesen werden.

Zur 2. Forderung: „Bewertung des Unterrichts und der Lehrerinnen und Lehrer durch die Schülerinnen und Schüler.“

Ohne Feedback für die Lehrerinnen und Lehrer durch die Schülerinnen und Schüler ist der Auftrag zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit in den Schulen nicht optimal zu erfüllen. In der BSJB wird derzeit ein Leitfaden / eine Handreichung zur internen Evaluation für Schulen erarbeitet. Die SchülerInnenkammer Hamburg wird von der zuständigen Unterabteilung des Amtes für Schule zu einem Gespräch eingeladen. Kontakt: Frau Scheile.

Zur 3. Forderung: „Schüler/innenmitbewertung bei der Lehrprobe von Referendarinnen und Referendaren.“

Es wird geprüft, wie Schülerinnen und Schüler bei der Beurteilung einer Lehrprobe von Referendarinnen und Referendaren mitwirken können. Bei der Neugestaltung der Ausbildungsordnung für Referendarinnen und Referendare soll die Schülerrückmeldung aufgenommen werden.

Zur 4., 5., 9. und 10. Forderung: „Entwicklung eines anwendungsorientierten Unterrichtskonzepts. Überwindung der starren Trennung unterrichtlicher Inhalte. Einführung einer Unterrichtseinheit „Medien und Informationen“; „Wirtschaft und Soziales“ verbindlich.“

Es entspricht dem Hamburgischen Schulgesetz, dass Schülerinnen und Schüler an den weiteren Entwicklungen von Unterrichtskonzepten, -methoden, -inhalten und -zielen verbindlich mitwirken. Vorschläge der Schülerinnen und Schüler sollen in die Beratungen der Bildungsplankommissionen mit einbezogen werden. Die Bildungsplankommissionen werden entsprechend informiert mit der Bitte, ein geeignetes Verfahren zu finden.

Zur 6. Forderung: „Präsenzpflicht der Lehrerinnen und Lehrer während der unterrichtsfreien Zeit.“

Die Vorschläge der Schülerinnen und Schüler sollen Eingang finden in die öffentliche Diskussion des von der Lehrerarbeitszeitkommission vorgeschlagenen Modells.

Zur 7. Forderung: „Festschreibung von Tutor- und Tutorinnenstunden („Tut-Stunden“) ab Jahrgangsstufe 5.“

Die Tutorienstunden können wesentlich zum besseren Miteinander sowohl innerhalb als auch außerhalb des Unterrichts beitragen. Sie müssen allerdings verbindlich hierzu genutzt werden. Die BSJB wird dazu eine Handreichung erarbeiten. Sollten Tutorienstunden nicht im Rahmen der sogenannten Flexibilisierungstafeln für die Sekundarstufe I vorgesehen werden können, wird die Senatorin diese Forderung den Schulpolitischen Sprechern der den Senat tragenden Fraktionen in der Bürgerschaft vortragen.

Zur 8. Forderung: „Kontaktlehrerinnen und -lehrer, die sich um die Koordination außerschulischer Belange kümmern.“

Die Schulleiterin bzw. der Schulleiter hat nach dem HmbSG die Aufgabe, den Kontakt zum Stadtteil herzustellen oder Personen der Schule für die Wahrneh-

mung dieser Aufgabe zu benennen (§ 89 (3) 6.: „... die Öffnung der Schule zu ihrem Umfeld zu fördern.“). Die Koordination außerschulischer Belange soll in die Fortbildung für Schulleiter und Schulleiterinnen aufgenommen werden.

Nachspann:

Die Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch darauf, über das Hamburgische Schulgesetz und ihre Mitwirkungsrechte durch ihre Lehrerinnen und Lehrer ausführlich aufgeklärt und in der Ausübung ihrer Rechte unterstützt zu werden

Forderungen des 2. SchülerInnenforums: "So wollen wir Unterricht mitgestalten!"

Wir wünschen uns eine Schule, in der Demokratie gelebt wird. Eine Schule, die maßgeblich von Schülerinnen und Schülern gestaltet wird.

Demokratie in der Schule ist Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Beteiligten. Und das sind in erster Linie wir Schülerinnen und Schüler. "One man one vote" lautet das Prinzip der Demokratie - und danach sollte sich auch die Schule richten.

In der Schule nach unserer Vorstellung macht Mitgestaltung Spaß, weil sie direkten Einfluss auf unsere Lebenswelt hat. Es vollzieht sich ein Rollentausch: Nicht mehr nur die Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, auch Schülerinnen und Schüler übernehmen Teile des Unterrichts. Und davon können auch Lehrerinnen und Lehrer etwas lernen.

Das SchülerInnenforum geht in Runde zwei. Am 8. November trafen sich 80 Schülervertreterinnen und -vertreter, um Ideen und Forderungen für mehr Gestaltungsmöglichkeiten des Unterrichts zu sammeln.

Daraus haben wir insgesamt 10 Forderungen formuliert, die wir nun mit der Schulsenatorin und der Öffentlichkeit diskutiert werden sollen.

Das 1. Forum vor einigen Monaten hat gezeigt, dass unsere Vorschläge in der Schulbehörde und der Öffentlichkeit sehr ernst genommen wurden. An vielen Stellen haben sie zu konkreten Vorhaben und Projekten geführt.

Wir sind gespannt, ob dies beim zweiten Forum auch so sein wird.

Auf den kommenden Seiten wollen wir unsere Forderungen kurz vorstellen.

1. Verbindliche Information der Schülerinnen und Schüler über ihre Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten

Oft kennen Schülerinnen und Schüler ihre Rechte und Möglichkeiten nicht. Das führt dann dazu, dass sie sie auch nicht wahrnehmen können. Auch viele Lehrerinnen und Lehrer sind über die Rechte von Schülerinnen und Schülern oft nur unzureichend informiert.

Forderung:

Eine Unterrichtseinheit muss sich mit dem Thema Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern beschäftigen. Diese Einheit sollte nicht einmalig, sondern begleitend oder mehrmals stattfinden (zum Beispiel in Klasse 5, 7 und 11) und sich mit den wesentlichen Rechten von

Schülerinnen und Schülern beschäftigen. Dabei sollte es nicht ausschließlich um rein schulische Rechte gehen, sondern auch zum Beispiel um das Jugendschutzgesetz.

Die regelmäßige rechtliche Aufklärung der Schülerinnen und Schüler muss vorgeschrieben werden (z.B. im Schulgesetz).

Im Gegenzug müssen auch Lehrerinnen und Lehrer die Rechte der Schülerinnen und Schüler und ihre eigenen kennen. Dies muss bereits während der Ausbildung beginnen und durch verpflichtende Fortbildungsveranstaltungen stets weitergeführt werden.

2. Mitsprachemöglichkeiten bei Kriterien zur Leistungsbewertung

Die Leistung der Schülerinnen und Schüler wird oft in einem für die Schülerinnen und Schülern nicht transparenten Verfahren bewertet. Es gibt keine Kriterien, anhand derer Bewertungen durch die Lehrerinnen und Lehrer nachvollziehbar wären.

Forderung:

Zu Beginn eines Schuljahres vereinbaren Schülerinnen und Schüler und die jeweiligen Lehrerinnen und Lehrer feste Kriterien zur Leistungsbewertung. Diese Vereinbarung wird schriftlich festgehalten. Sie soll auch die Form der Leistungsbewertung (Klausuren, Hausaufgaben etc.) beinhalten. Bereits in der Grundschule kann hiermit begonnen werden.

3. Mitsprachemöglichkeiten bei der Bewertung (Einspruch, Transparenz)

Schülerinnen und Schüler haben kaum eine Möglichkeit, sich gegen ihrer Meinung nach ungerechte Beurteilung / Behandlung zu wehren. Zeugnissnoten werden mit den jeweiligen Schülerinnen und Schülern nur selten besprochen.

Forderung:

Es muss zusätzlich zu den bisherigen Rechtsbehelfen gegen schulische Entscheidungen die Möglichkeit geschaffen werden, gegen ungerechte Bewertung Einspruch zu erheben. Eine wichtige Rolle sollen dabei die Klassensprecherinnen und -sprecher einnehmen. An sie wenden sich Schülerinnen und Schüler, die sich ungerecht bewertet sehen. Die Klassensprecherinnen und -sprecher müssen mit Kompetenzen ausgestattet werden, die Beschwerden weiter zu verfolgen.

Auch müssen Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet werden, die Noten der Klasse mindestens zwei Wochen vor der Zeugniskonferenz mit den Schülerinnen und Schülern zu besprechen. Die Schülerinnen und Schüler füllen hierzu einen Bogen zur Selbsteinschätzung aus, der dann mit der Bewertung des Lehrers/ der Lehrerin verglichen wird. Sollte das Ergebnis des Selbsteinschätzungsbogens sehr stark von der Bewertung des Lehrers abweichen, können die Schülerinnen und Schüler zur Notenbesprechung eine klassenexterne Person hinzuziehen (BeratungslehrerIn).

Die Note unter Klausuren soll durch Berichte ergänzt werden. Ebenso soll in den Zeugnissen zur Note ein kurzer Bericht stehen.

Um den Klassensprecherinnen und -sprecher das Recht zu garantieren, mit beratender Stimme auch an Zeugniskonferenzen teilzunehmen, muss dieses im Schulgesetz verankert werden.

4. Allgemein einsehbare und leicht verständliche Lehrpläne

Der Inhalt der Lehrpläne ist meist nur den Lehrerinnen und Lehrern bekannt. Schülerinnen und Schüler bekommen während ihrer Schulzeit fast nie einen Lehrplan zu Gesicht. Doch gerade wenn Schülerinnen und Schüler Unterricht mitgestalten wollen, müssen sie über die Möglichkeiten und Vorgaben, die in den Lehr- bzw. Bildungsplänen verankert sind, informiert sein.

Forderung:

Lehr- bzw. Bildungspläne müssen jederzeit von allen Schülerinnen und Schülern eingesehen werden können.

Die Schulbehörde kann zum Beispiel eine CD-Rom mit den Inhalten aller Bildungspläne herausgeben, die allen Schulen zukommt und zusätzlich von Schülerinnen und Schülern angefordert werden kann. Auf den schuleigenen Computern muss diese jederzeit eingesehen werden können.

Selbstverständlich müssen Lehr- und Bildungspläne schülerfreundlich und verständlich formuliert werden.

5. Würdigung von Engagement im Zeugnis

Soziales und außerunterrichtliches Engagement wird im Zeugnis bisher nur in Ansätzen und - da keine grundsätzliche Regelung existiert - auch willkürlich gewürdigt.

Forderung:

Um das allgemeine Engagement an den Schulen zu fördern und auch auf die Bedeutung sozialen Engagements hinzuweisen, müssen Berichte als Anhang zu Zeugnissen eingeführt werden. Diese Berichte sollen das Engagement dokumentieren und die individuelle soziale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler reflektieren.

6. Einführung einer jahrgangsbezogenen SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenz an allen Schulen

Der Austausch zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrerinnen und Lehrern (auch der Lehrerinnen und Lehrer untereinander) über Unterrichtsmethoden, Unterrichtsinhalte sowie die Leistungsbewertung findet zu selten statt, da hierfür keine verbindliche Regelung existiert. Schülerinnen und Schüler werden nur in Ausnahmefällen an der Entwicklung von Unterricht beteiligt. Oft fehlen an den Schulen Ansprechpartnerinnen und -partner für jahrgangsbezogene Themen oder Probleme. Die ohnehin selten stattfindende Klassenkonferenz beschäftigt sich nur mit einer einzelnen Klasse.

Forderung:

Wir fordern die Einführung einer jahrgangsbezogenen SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenz an allen Hamburger Schulen ab Klasse 5.

Diese Konferenz wird von den Klassenlehrerinnen und -lehrer und die Klassensprecherinnen und -sprecher (in der Oberstufe die Stufen- und Kurssprecherinnen und -sprecher und die im Jahrgang unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer) als gleichberechtigte Mitglieder gebildet. Sie tagen mindestens monatlich. Außerdem sitzt der/die AbteilungsleiterIn als Bindeglied zwischen SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenz und Schulleitung bei.

Es können Fachlehrerinnen und -lehrer oder interessierte Schülerinnen und Schüler hinzugezogen werden. Die SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenz übernimmt die Aufgaben der sonst üblichen Halbjahreskonferenz.

7. Kurssprecher / Tutgruppensprecher

Findet der Unterricht in Kursen außerhalb des Klassenverbandes statt, kann es vorkommen, dass die Klassen- bzw. Stufensprecherinnen und -sprecher nicht in diesen Kursen sitzen. Daher können sie diese Kurse in Streitfällen und vor Konferenzen nicht ausreichend vertreten.

Forderung:

Alle Kurse, die nicht im Klassenverband stattfinden, wählen aus ihrer Mitte eine Kurssprecherin bzw. einen Kurssprecher. Diese nehmen an den Fachkonferenzen der Schule teil und übernehmen in allen Fällen, die den Kurs betreffen, die Funktion der Klassensprecherinnen und -sprecher.

8. Regelmäßige Planungsstunden und Tutor- und Tutorinnenstunden (Tutstunden)

Mitgestaltung des Unterrichts kann nur stattfinden, wenn der nötige zeitliche Raum dafür vorhanden ist und die Möglichkeit zur Kommunikation mit den Lehrerinnen und Lehrern besteht.

Forderung:

Wir fordern die Einrichtung von Planungsstunden, die jeweils vor und nach einer Unterrichtseinheit stattfinden und den Austausch zwischen Fachlehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern des jeweiligen Kurses über Unterrichtsinhalte, -methoden und die Leistungsbewertung gewährleisten.

Ein weiterer wichtiger Rahmen für Gespräche über Verbesserung des Unterrichts sind die Tutstunden, für die dringend eine einheitliche Regelung gefunden werden muss. Tutstunden müssen ab Klasse 5 in allen Hamburger Schulen angeboten werden. Im Rahmen der Tutstunden könnte zum Beispiel über die Rechte der Schülerinnen und Schüler aufgeklärt werden (vgl. Punkt 1)

Die Schülerinnen und Schüler sollen den Inhalt sowohl der Planungs- als auch der Tutstunden maßgeblich mitgestalten.

Wir verweisen nachdrücklich auf unsere Forderung des 1. SchülerInnenforums zum Thema Tutstunden.

9. Themenwochen / Thementage, die sich nach den Interessen der Schülerinnen und Schüler richten

Unterricht in starren Fächergrenzen kann für die außerschulische Anwendung des Erlernten hinderlich sein. Doch findet fächerübergreifender Unterricht und themenorientiertes Lernen an vielen Schulen zu selten statt, obwohl dies eine Unterrichtsform ist, die sich am ehesten an den Interessen der Schülerinnen und Schüler orientieren kann.

Forderung:

In Anlehnung an fächerübergreifenden Unterricht sollen Schulen Themenwochen und -tage bzw. Profilwochen und -tage anbieten. Schülerinnen und Schüler wählen hierzu aus einer Reihe von Themen eines aus, mit dem sie sich gern intensiv beschäftigen wollen. Etwa einmal pro Monat findet ein Thementag statt, die Themenwoche findet als projektartiger Unterricht etwa einmal pro Halbjahr statt.

Themen können von Lehrerinnen und Lehrern aber auch von Schülerinnen und Schülern vorgeschlagen werden.

10. Rollentausch / Unterricht durch SchülerInnen / Präsentationsarbeiten

Schülerinnen und Schüler erleben jeden Tag gute und schlechte Unterrichtsformen aus der Sicht der Zuhörenden. Der Lehrerinnen und Lehrer sind in der Regel diejenigen, die der Unterrichtseinheit den Rahmen geben. Doch sind Schülerinnen und Schüler genauso in der Lage, Verantwortung für den Unterricht zu übernehmen.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler übernehmen eigenverantwortlich den Unterricht. Im Rahmen einer Präsentationsarbeit gestaltet eine Schülerin/ ein Schüler oder eine Gruppe selbständig (aber nicht alleingelassen!) eine Unterrichtseinheit. Es handelt sich dabei nicht um ein klassisches Referat, sondern um eigenes Unterrichten mit Aufgaben für die Mitschülerinnen und -schüler und einer eigenen (alternativen) Unterrichtsgestaltung mit evtl. neuen Unterrichtsformen.

Auch den Lehrerinnen und Lehrern können dadurch viele Anregungen gegeben werden.

Eine Präsentationsarbeit kann nach folgendem Modell ablaufen:

1. Erlernen didaktischer Grundlagen im Rahmen einer Einführung durch Lehrerinnen, Lehrer oder externe Personen.
2. Wahl eines Themas, das sich in den laufenden Unterricht einfügen lässt. Die Schülerinnen und Schüler können Themen vorschlagen, die Lehrerin/ der Lehrer hat die letztendliche Entscheidung. Dabei haben die Schülerinnen und Schüler aber deutliche Mitspracherechte, deren Form gemeinsam erarbeitet wird.
3. Eigenständige Materialbeschaffung durch die Schülerinnen und Schüler (Schulbücherei, Bücherhalle, Internet). Die Lehrerin/ der Lehrer kann dabei Hilfestellungen geben.
4. Auswertung der Materialien, Konzeption des Unterrichts. Hier ist die Zusammenarbeit mit der Lehrerin/ dem Lehrer besonders wichtig, zum Beispiel bei Problemlösung oder Meinungsbildung. Allerdings ist er / sie weiterhin in der Rolle einer externen Beraterin / eines externen Beraters.
5. Präsentation im Rahmen einer Unterrichtseinheit. Schülerin / Schüler unterrichtet, die Lehrerin / der Lehrer ist dabei sozusagen als "Co-LehrerIn" tätig.
6. In einer ausführlichen Feedback-Phase wird die Unterrichtseinheit ausgewertet.

Vorschläge und Zusagen der Senatorin

Zu den 10 Forderungen des 2. Schülerforums wurden von Senatorin Rosemarie Raab folgende Vorschläge und Zusagen gemacht:

Zur 1. Forderung: „Verbindliche Informationen der Schülerinnen und Schüler über ihre Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten“

Wie bereits im Rahmen des 1. Schülerforums erörtert, sind die (Klassen-) Lehrerinnen und (Klassen-) Lehrer verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler über die im Hamburgischen Schulgesetz (HmbSG) festgelegten Mitwirkungsrechte zu informieren und sie bei der Umsetzung zu unterstützen (§ 2 Absatz 1, § 3 Absatz 4, § 32 Absatz 1 Nr. 5, § 51, § 53). Das Amt für Schule wird die Schul-

leitungen sowie die Verbindungslehrerinnen und Verbindungslehrer noch einmal in geeigneter Weise auf diese Verpflichtung hinweisen und anregen, die gerade erschienene SchülerInnen-Fibel zu diesem Thema im Unterricht einzusetzen. Darüber hinaus soll das Thema „Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern“ in den Bildungsplänen, die zurzeit erarbeitet werden, sowie – in Verbindung mit dem Thema „Kinderrechte/Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ – im Rahmenplan für das Aufgabengebiet „Sozial- und Rechtserziehung“ aufgenommen werden.

Zur 2. Forderung: „Mitsprachemöglichkeiten bei Kriterien zur Leistungsbewertung“

Kriterien für die Leistungsbewertung in den Schulen müssen transparent und nachvollziehbar sein und dürfen nicht als willkürlich empfunden werden. Nur so können sie den Schülerinnen und Schülern auch Orientierungen zur realistischen Einschätzung der eigenen Leistungsentwicklung geben. Das HmbSG sieht vor (§ 61 Absatz 1, § 62 Absatz 3), dass Grundsätze und Fragen der Zensurenerteilung in der Klassen- und Zeugniskonferenz beraten werden. Dass Vereinbarungen dazu dokumentiert werden sollten, könnte – sofern hierzu ein Einvernehmen mit der Lehrerkammer und der Elternkammer erzielt wird – in die „Empfehlungen für Klassenkonferenzen“ aufgenommen werden, die der Deputation in Kürze vorgelegt werden sollen.

Zur 3. Forderung: „Mitsprachemöglichkeiten bei der Bewertung (Einspruch, Transparenz)“

Im Diskussionsentwurf für ein neues Schulverfassungsgesetz war die Beteiligung von Klasseneltern- und Schülervertretungen an den Zeugniskonferenzen mit beratender Stimme vorgesehen. Diese Form der Einbeziehung von Eltern- und Schülervertretern war damals von allen Kammern abgelehnt worden und wurde deshalb nicht in das spätere Schulgesetz aufgenommen. Wenn die SchülerInnenkammer dazu jetzt eine andere Auffassung vertritt, kann sie einen entsprechenden Vorschlag in die Beratungen zur anstehenden Novellierung des Schulgesetzes einbringen.

Zur 4. Forderung: „Allgemein einsehbare und leicht verständliche Lehrpläne“

Die derzeit arbeitenden Bildungsplankommissionen sind bestrebt, die Texte so zu formulieren, dass sie für alle am Unterricht Beteiligten verständlich sind. Die Bildungspläne werden den Schulen in schriftlicher Form sowie auf CD-ROM zur Verfügung gestellt. Den Schülerinnen und Schülern soll der Zugang zur CD-ROM und die damit verbundene PC-Nutzung in den Schulen ermöglicht werden.

Zur 5. Forderung: „Würdigung von Engagement im Zeugnis“

Die im § 44 HmbSG vorgesehene Rechtsverordnung, die „Näheres über Notestufen, eine entsprechende Punktwertung, weitere Angaben im Zeugnis sowie die Erteilung von Zeugnissen zum Schulhalbjahr“ regeln soll, wird zur Zeit erarbeitet und soll im nächsten Jahr vom Senat verabschiedet werden. Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung wird die SchülerInnenkammer rechtzeitig um ihre Stellungnahme bitten. Es steht der SchülerInnenkammer frei, auch schon im Prozess der Erstellung der Verordnung einen eigenen Vorschlag einzubringen.

Zur 6. Forderung: „Einführung einer jahrgangsbezogenen SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenz an allen Schulen“

Es gibt (Gesamt-) Schulen, die wegen ihrer jahrgangsbezogenen Unterrichtsarbeit auch jahrgangsbezogene Konferenzen eingeführt haben. Eine Einführung von jahrgangsbezogenen SchülerInnen-LehrerInnen-Konferenzen an allen Schulen setzte eine entsprechende Regelung im Schulgesetz voraus. Insofern gilt das zur 5. Forderung Gesagte: Die SchülerInnenkammer kann ihre Vorstellungen in die anstehende Novellierung des Schulgesetzes entweder vorab oder im Rahmen ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf einbringen.

Zur 7. Forderung: „Kurssprecher / Tutgruppensprecher“

Die Wahl von Kurs- bzw. Tutgruppensprecherinnen und -sprechern ist informell, also auf der Basis einer Verständigung innerhalb der Schule, möglich. Wenn Kurs- bzw. Tutgruppensprecherinnen und -sprechern aber auch formell gleiche Rechte wie Klassensprecherinnen und Klassensprechern erhalten sollen, dann müsste eine entsprechende Regelung in das Schulgesetz aufgenommen werden (zum Verfahren vgl. 5. und 6.).

Zur 8. Forderung: „Regelmäßige Planungsstunden und Tutoren- und Tutorinnenstunden (Tutstunden)“

Die so genannten „Flexibilisierungstafeln“ zu den Regelstundentafeln ermöglichen, dass Schulkonferenzen auch für diejenigen Schulformen bzw. Klassenstufen, in denen keine Klassenlehrer- bzw. Tutorenstunden vorgesehen sind, diese unter Verzicht auf andere Stunden einführen können. Darüber hinaus ist es notwendig, Wege zu finden, wie Schülervertreterinnen und Schülervertreter an den die jeweilige Klasse bzw. Schulstufe betreffenden Planungen beteiligt werden können. Das Amt für Schule wird gemeinsam mit der SchülerInnenkammer Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten. Darüber hinaus hat das Institut für Lehrerfortbildung (IfL) den Auftrag erhalten, eine Handreichung zur inhaltlichen Gestaltung von Klassenlehrer- bzw. Tutorenstunden zu erarbeiten.

Zur 9. Forderung: „Themenwochen/Thementage, die sich nach den Interessen der Schülerinnen und Schüler richten“

Das HmbSG sieht fächerübergreifenden Unterricht ausdrücklich vor. Vor allem bei der Ausgestaltung der Aufgabengebiete bietet sich die Durchführung von Themenwochen oder Thementagen an. Die Bildungspläne und die Rahmenpläne für die Aufgabengebiete werden inhaltliche und methodische Aussagen zum fächerübergreifenden Unterricht enthalten. Das Amt für Schule wird in den dazu geplanten Handreichungen Beispiele für Themenwochen oder -tage veröffentlichen. Außerdem können die Schülervertretungen bei der Entwicklung des Schulprogramms ihrer Schule entsprechende Vorschläge einbringen. Eine Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Entwicklung des Schulprogramms ist an jeder Schule sicherzustellen.

Zur 10. Forderung: „Rollentausch/Unterricht durch SchülerInnen/ Präsentationsarbeiten“

Das Ziel des Hamburgischen Schulgesetzes, den Schülerinnen und Schülern alters- und entwicklungsgemäß ein größtmögliches Maß an Mitgestaltung von Unterricht und Erziehung zu eröffnen, um sie zunehmend in die Lage zu versetzen, ihren Bildungsprozess in eigener Verantwortung zu gestalten (§ 3 Absatz

4), kann auch durch Rollentausch im Unterricht umgesetzt werden. Das Amt für Schule wird gemeinsam mit der SchülerInnenkammer beraten, wie für entsprechende Unterrichtsmodelle geworben werden kann.

Die Fähigkeit, Themen eigenständig oder in Gruppen zu bearbeiten und die Ergebnisse vor anderen zu präsentieren, gehört zu den Schlüsselkompetenzen, die Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit erwerben müssen. Deshalb sollten Präsentationen selbstverständlicher Bestandteil des Unterrichts möglichst vieler Fächer – in der Grundschule beginnend – sein. Mit der Einführung einer mündlichen Überprüfung in den Klassenstufen 9 und 10 und mit der Einführung der Facharbeit und der besonderen Lernleistung in der gymnasialen Oberstufe sollen diese Fähigkeiten besonders gefördert werden. Das IfL plant, im Rahmen der Tagung „Schule lebt“ im Herbst 2000 das Thema „Weiterentwicklung von Unterricht“ in den Mittelpunkt zu stellen. Anstoßgebende Beispiele aus Hamburger Schulen sollen dort einer breiteren Schulöffentlichkeit vorgestellt werden.

Fazit:

Die Senatorin erklärt, dass die Forderungen des 2. Schülerforums eine nicht unerhebliche Kluft zwischen gesetzlichem Anspruch und schulischer Wirklichkeit vermuten lassen. Sie verweist auf die verbindlichen Vorgaben des Hamburgischen Schulgesetzes und betont, dass deren praktische Umsetzung in den Schulen eingefordert und unterstützt werden muss. Der Wunsch der Schülerinnen und Schüler, sich intensiver über Grundsätze des Lernens, der Leistung und des Unterrichts austauschen zu können, deutet auf Defizite in der Kommunikation zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern hin, die auf Grund des realen Abhängigkeitsverhältnisses nicht einseitig von den Schülerinnen und Schülern aufgehoben werden können. Gestützt auf entsprechende Regelwerke, gilt es daher, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler bei der Gestaltung von Unterricht und Schulleben im Zentrum des Bildungsauftrags der Schule steht.

Forderungen des 3. SchülerInnenforums So wünschen wir uns berufliche Schulen

Wir wollen eine berufliche Schule, die uns bestmöglich auf unser späteres Leben in Beruf und Gesellschaft vorbereitet. Es muss eine Schule sein, in der wir uns wohlfühlen und die uns fordert. Sie muss uns - ihren Schülerinnen und Schülern - das Gefühl geben, ernst genommen zu werden. In der beruflichen Schule, die wir uns wünschen arbeiten wir gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern - im Unterricht, in Schulforen und manchmal auch in den Betrieben. Lehrerinnen und Lehrer machen dort genauso wie wir Berufspraktika.

Es gibt in unserer Schule Medienräume, die ständig zugänglich sind, für jeden Schüler und für jede Schülerin gibt es einen eigenen PC.

Schule macht uns Spaß, denn sie ist so organisiert, dass es keinen Prüfungsstress, wenig Unterrichtsausfall und viele gemeinsame Aktivitäten gibt.

Unsere Lehrerinnen und Lehrer lassen sich regelmäßig fortbilden und geben das Erlernete an uns weiter. Unterricht orientiert sich an dem, was uns gefällt. Er ist praxisnah und regt uns zum Weiterdenken an.

Am 17. Mai 2000 trafen wir - 50 Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen - uns zum dritten SchülerInnenforum. Wir arbeiteten einen Tag lang und entwickelten Ideen, Wünsche und letztlich zehn Forderungen, wie wir uns unsere Schule vorstellen.

Wir freuen uns auf die Diskussion mit der Öffentlichkeit und die Kommentierung unserer Forderungen durch die neue Schulsenatorin. Wir sind gespannt, wie unsere Ideen in Planungen der Behörde einfließen.

Vorweg möchten wir noch einen uns wichtigen Punkt nennen: Wir wünschen uns, dass an allen Schulen regelmäßig Schulforen stattfinden, die ähnlich organisiert sind wie das SchülerInnenforum. Hierbei sollen schulinterne Probleme ans Licht gebracht werden und nach Mitteln zur Verbesserung gesucht werden. Die Umsetzung der Ergebnisse muss von einer Arbeitsgruppe aus Schülerinnen und Schülern, der Schulleitung, den Abteilungsleitungen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Betriebe vorangetrieben werden. Die Ergebnisse müssen außerdem ins Schulprogramm einfließen.

Hier nun unsere 10 Forderungen:

1. Bessere Berufsvorbereitung und Berufspraktika

Insbesondere für Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen ohne gleichzeitige Ausbildung im Betrieb ist der Einblick in die reale Berufswelt wichtig und erforderlich. So können Schülerinnen und Schüler feststellen, ob sie im gewünschten Beruf ihre Ziele realisieren können. Bisher ist dieser Einblick an vielen Schulen nicht möglich. Schülerinnen und Schülern fehlt somit ein wichtiger Eindruck der Berufspraxis.

Forderung:

An allen beruflichen Schulen ohne Ausbildung im Betrieb müssen Schülerinnen und Schüler einmal pro Jahr die Möglichkeit erhalten, ein Praktikum zu machen. Außerdem muss auch an beruflichen Schulen die Berufsberatung verstärkt werden, um Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zu geben, sich im gewählten Berufsfeld zu orientieren.

Auch in den allgemeinbildenden Schulen müssen Schülerinnen und Schüler mindestens zwei Berufspraktika machen können. Außerdem muss hier der berufsvorbereitende Anteil im Unterricht gestärkt werden.

2. Bessere Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb

Die Kommunikation zwischen Schule und Betrieb funktioniert nicht ausreichend. Die Betriebe erfahren oft nichts oder nicht rechtzeitig von Planungen der Schulen wie zum Beispiel Klausurenplänen, Klassenreisen, Projektwochen, SV-Wahlen oder Sitzungen der Vertretungsgremien. Die Schulen werden oft nicht ausreichend über Vorhaben der Betriebe informiert (z.B. Fortbildungen). Es ist dann bisher die Sache der Schülerinnen und Schüler, zwischen Betrieb und Schule zu koordinieren.

Forderung:

Schule und Betrieb informieren sich einmal monatlich über die Planungen und Vorhaben. Zu Beginn des Schuljahres erstellt die Schule eine grobe Jahresplanung, die alle Betriebe erhalten.

Außerdem finden regelmäßige Gesprächsrunden statt, um Probleme zu erörtern.

3. Verpflichtende Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer / Lehrerpraktika

Unterricht an beruflichen Schulen läuft häufig nicht praxisbezogen genug ab. In vielen Fällen wird auch eine veraltete Praxis vermittelt - sowohl, was die Inhalte als auch was die Methodik angeht. Gerade an beruflichen Schulen ist dies nicht tragbar.

Viele Lehrerinnen und Lehrer haben den Beruf, den ihre Schülerinnen erlernen, nie aus eigener Erfahrung kennengelernt.

Forderung:

Lehrerinnen und Lehrer der beruflichen Schulen müssen regelmäßig Praktika in Betrieben ableisten. Dies ist nicht nur für die Schülerinnen und Schüler von Vorteil, sondern auch für die Lehrerinnen und Lehrern selbst.

Bereits in der Lehrerausbildung muss den Lehrerinnen und Lehrern vermittelt werden, welche zentrale Bedeutung eine regelmäßige Fortbildung hat.

Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen verpflichtet werden, pro Jahr ein bestimmtes Kontingent an Fortbildungsstunden abzuleisten.

4. Bessere Förderung lernschwacher und lernstarker SchülerInnen

Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen haben oft unterschiedliche Schulabschlüsse und dadurch bedingt ein unterschiedliches Bildungsniveau. Dennoch existieren zurzeit keine Fördermaßnahmen. Lernschwache Schülerinnen und Schüler verlieren so nach einiger Zeit den Anschluss, lernstarke Schülerinnen und Schüler verlieren die Motivation, da sie nicht ausreichend gefordert werden.

Forderung:

Es müssen getrennte Kurse für lernstarke und lernschwache Schülerinnen und Schüler eingerichtet werden (z.B. A- und B-Kurse), die jeweils ein unterschiedliches Lernniveau voraussetzen. Allerdings sollte in beiden Kurse nach einem einheitlichen Bewertungssystem bewertet werden, es soll also keine A- und B-Noten geben.

Außerdem müssen Zusatzkurse angeboten werden, während derer einige Schülerinnen und Schüler gezielter gefördert werden können.

5. Umorganisieren der Prüfungen und Klassenarbeiten

Prüfungen und Arbeiten sind oftmals nicht gleichmäßig übers Schuljahr verteilt. Das hat zur Folge, dass es bestimmte Zeiträume gibt, während derer sich Klausuren und Prüfungen in unangenehmen Maße häufen. Meistens geschieht dies am Ende des Schulhalbjahres. Während dieser Zeit sind sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrerinnen und Lehrer mit dem zu leistenden überfordert. Auch kommt es zu Konflikten mit Betrieben, die nicht ausreichend informiert waren.

Forderung:

Zu Beginn eines Jahres müssen in Absprache mit den Schülerinnen und Schülern sowie den Betrieben sämtliche Prüfungs- und Klausurtermine festgelegt werden.

Die Bildungspläne sind dementsprechend zu gestalten, dass sowohl zu Beginn als auch am Ende einer Unterrichtseinheit je eine Prüfungsphase steht.

6. Mehr Mitbestimmung im Unterricht

Lehrerinnen und Lehrer, die aus Sicht ihrer Schülerinnen und Schüler schlecht unterrichten, sind nicht verpflichtet, ihren Unterricht zu ändern. An vielen beruflichen Schulen werden Anregungen von Schülerinnen und Schülern zur Verbesserung des Unterrichts oft nicht zugelassen oder sie werden ignoriert. Unterricht an beruflichen Schulen muss sich besonders an der späteren Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler orientieren. Das bedeutet auch, dass hier besonders auf die Wünsche und Interessen der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden muss.

Forderung:

Mitsprache von Schülerinnen und Schülern muss - was die Inhalte und die Methodik des Unterrichts betrifft - neue Formen annehmen. Lehrerinnen und Lehrer müssen verpflichtet werden, ihren Unterricht regelmäßig von den Schülerinnen und Schülern bewerten zu lassen und die Ergebnisse in weitere Planungen einfließen zu lassen. Zuvor soll ein gemeinsames Gespräch über den Unterricht stattfinden. Dies geschieht während einer in den Bildungsplänen vorgesehenen Zeit, die auch zur Klärung von Problemen dient.

Außerdem müssen die Hierarchiestrukturen in der Schule abgebaut werden. Was für die Schülerinnen und Schüler gilt, muss auch für Lehrerinnen und Lehrer gelten (Rauchverbot, Zuspätkommen).

7. Mitbestimmung bei der Geldverwaltung

Die Ausstattung der Schule ist vielfach nicht so oder wird nicht so genutzt, dass es den Interessen der Schülerinnen und Schüler entspricht. So gibt es z.B. Medienräume, diese sind jedoch nur während bestimmter stark begrenzter Zeiten zugänglich. Auch wird über die Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie die Gebäude- und Schulhofgestaltung häufig über die Köpfe der Schülerinnen und Schüler hinweg entschieden.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler müssen an der Geldverwaltung der Schule beteiligt werden. Sie haben oftmals einen besseren Blick dafür, welche Materialien und Geräte sie benötigen und was überflüssig ist. Hierzu muss jede Schule eine Finanz-Arbeitsgruppe einrichten, an der auch Schülerinnen und Schüler beteiligt sind.

8. Intensivere Förderung der Schulgemeinschaft

Kommen Schülerinnen und Schüler neu auf eine berufliche Schule, finden in der Regel keine ausreichenden Einführungen in die Schule und das Schulleben statt. Die Schülerinnen und Schüler sind mit ihren Fragen oft allein gelassen.

Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen identifizieren sich nur selten mit ihrer Schule. Es finden nur wenige Schulaktivitäten statt.

Forderung:

Alle Schulen müssen gesetzlich vorgesehene Freiräume für eigene Aktivitäten erhalten.

Außerdem muss geregelt sein, dass alle Schulen für die Schülerinnen und Schüler der Anfangsjahrgänge Einführungstage anbieten. Während dieser Tage sollen die Schülerinnen und Schüler über das Angebot der Schule, über berufliche Möglichkeiten sowie ihre Rechte in Schule und Betrieb informiert werden. Die Schülerinnen und Schüler der höheren Klassen übernehmen „Patenschaft“

ten“ für die neu an die Schule Gekommenen. Sie sind Ansprechpartner/innen und können Fragen beantworten.

Außerdem müssen alle Schulen mindestens einmal pro Jahr eine Projektwoche durchführen.

9. Effektive Gewaltprävention

An vielen Schulen gibt es Probleme mit Gewalt. Etliche Schulen gehen mit diesem Problem nicht offensiv um, sondern verschleiern es aus Angst vor einem möglichen Imageverlust.

Die einzelnen Lehrerinnen und Lehrer sind im Umgang mit Gewalt unsicher. Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler.

Forderung:

Offensive Gewaltprävention muss bereits in der Grundschule ansetzen. Es müssen zum Beispiel verbindlich an allen Schulen durchzuführenden Gewaltpräventionstage stattfinden.

Lehrerinnen und Lehrer müssen im Umgang mit Gewalt geschult werden und regelmäßig fortgebildet werden. Hinzu kommt die Ausbildung von Streitschlichtern sowohl auf Lehrer- als auch auf Schülerseite.

Schulen müssen Koordinationskreise mit Initiativen und Organisationen aus dem Stadtteil bilden. Hier können Probleme, die auch den Stadtteil betreffen, geklärt werden.

10. Vermeidung von Unterrichtsausfall, Rücknahme von Unterrichtskürzungen

An vielen Schulen fällt nach wie vor eine hohe Zahl an Unterrichtsstunden aus. Dies ist einerseits Folge der Kürzungen von Lehrerstellen, andererseits aber auch die einer schlechten Organisation. So werden Vertretungspläne oft nicht ständig aktualisiert und Schülerinnen und Schüler nicht rechtzeitig informiert. Auch die Information der Lehrerinnen und Lehrer ist unzureichend, so dass diese nicht immer für ihre Kolleginnen und Kollegen einspringen, obwohl dies möglich wäre.

Auch wurden an einigen Schulen Unterrichtsstunden gekürzt. Dennoch muss in dieser verkürzten Zeit dasselbe Lernpensum geschafft werden wie vorher. Dies ist unmöglich und führt dazu, dass die Ausbildung sich qualitativ stark verschlechtert.

Forderung:

Über eine neue Vertretungsregelung müssen Schulen Vertretungsunterricht neu organisieren. Hierbei müssen alle Möglichkeiten zur Vermeidung des Unterrichtsausfalls berücksichtigt werden. An dieser Vertretungsregelung müssen auch Schülerinnen und Schüler beteiligt werden.

Des Weiteren müssen Unterrichtskürzungen, die die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler enorm beeinträchtigen, zurückgenommen werden.

Vorschläge und Zusagen der Senatorin

Zu den folgenden Forderungen des 3. Schülerforums wurden von Senatorin Ute Pape Vorschläge bzw. Zusagen gemacht:

Zur 1. Forderung: "Bessere Berufsvorbereitung und Berufspraktika"

Durch die Richtlinien für das Betriebspraktikum sind an Hamburger Schulen das Verfahren vorgegeben. Darüber hinaus kann jede Schule in ihren Gremien im Rahmen der Schulprogrammentwicklung gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern sowie den Betrieben zusätzliche Regelungen zu den Inhalten, zum zeitlichen Ablauf und zur Häufigkeit festlegen. Ziel muss es sein, dass die Schule eine frühzeitige Vernetzung zum Lernort Betrieb herstellt. Das bedeutet, dass die Betriebe mehr und flexiblere Praktikumsplätze zur Verfügung stellen müssen.

Zur 2. Forderung: "Bessere Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb"

Die Schule und die Betriebe müssen mit allen Beteiligten gemeinsam eigene Formen der Kommunikation entwickeln und festlegen sowie die Zusammenarbeit in jeweils ihren Gremien beschließen.

Zur 3. Forderung: "Verpflichtende Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer / Lehrerpraktika"

Im Hamburgischen Schulgesetz (HmbSG) sowie in einer Dienstanweisung ist die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer verpflichtend festgeschrieben. Die Schulaufsicht wird neue Beurteilungskriterien erarbeiten, um die Fortbildungsbereitschaft der Lehrkräfte transparenter zu machen. Insgesamt sind 20 Stellen für die Fortbildung im Institut für Lehrerfortbildung vorgesehen. Das Fortbildungsangebot in der unterrichtsfreien Zeit während der Schulferien wird weiter ausgebaut.

Im Umfang von 5 Stellen ist die Möglichkeit einer Teilnahme der Lehrerinnen und Lehrern an Lehrerpraktika vorgesehen, ohne dass der Unterrichtsbetrieb beeinträchtigt werden muss. Die Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben muss sich zukünftig zu Kooperationsgemeinschaften entwickeln, um ein professionelles Angebot und die Teilnahmebereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer zu erhöhen. Das neue Arbeitszeitmodell wird neue Möglichkeiten zur Organisation des Angebots schaffen.

Zur 4. Forderung: "Bessere Förderung lernschwacher und lernstarker Schülerinnen und Schüler"

Bei der Förderung lernschwacher und lernstarker Schülerinnen und Schüler an Beruflichen Schulen muss die jeweilige Schule in eigener Verantwortung darauf hinwirken, dass durch die Binnendifferenzierung bzw. die Einrichtung kleinerer Lerngruppen eine entsprechende Förderung und ein praxisbezogener Unterricht gesichert wird.

Zur 5. Forderung: "Umorganisation der Prüfungen und Klassenarbeiten"

In Abstimmung mit der Handelskammer und der Handwerkskammer muss jede Schule für sich überprüfen, wie auf der Grundlage von Prüfungsordnungen und Richtlinien für Klassenarbeiten Leistungen abgefragt werden. Ein Klausuren-Plan zu Beginn des Schuljahres bzw. der Unterrichtseinheit kann, wie die Praxis an Schulen bereits zeigt, hilfreich sein. Das Amt für Berufliche Bildung und Weiterbildung wird in der nächsten Zeit veränderte Formen der Präsentation von Leistungen in Form von Projekten und Referaten beraten, um eine Häufung der Klausuren am Ende einer Unterrichtseinheit zu vermeiden.

Zur 6. Forderung: "Mitbestimmung im Unterricht"

Das HmbSG schreibt in § 3, Absatz 4 fest: „... Sie (die Schule) eröffnet Schülerinnen und Schülern alters- und entwicklungsgemäß ein größtmögliches Maß an Mitgestaltung von Unterricht und Erziehung, um sie zunehmend in die Lage zu versetzen, ihren Bildungsprozess in eigener Verantwortung zu gestalten.“ Zur Vorbereitung einer Novellierung des HmbSG im Jahr 2002, werden die Erfahrungen der ersten fünf Jahre ausgewertet und Vorschläge zu Fragen der Mitbestimmung in der Öffentlichkeit auf einer breiten Basis beraten.

In einem Kooperationsprojekt der SchülerInnenkammer Hamburg und der GEW sowie im Rahmen der Schulprogrammentwicklung sind an verschiedenen Schulen Feedback-Projekte entwickelt worden, die den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, den Unterricht und die Lehrerinnen und Lehrer zu beurteilen. An der Erarbeitung von Evaluationskriterien im Rahmen des Schulprogramms müssen die Schülervvertretungen beteiligt werden.

Zur 7. Forderung: "Mitbestimmung bei der Geldverwaltung"

Der § 51, Absatz 1, HmbSG sieht vor, dass im Rahmen der Diskussion um das Schulprogramm Grundsätze für die Verwendung der Personal- und Sachmittel in der Schule von den Mitgliedern der Schulkonferenz (Zusammensetzung: § 55, Absatz 3) gemeinsam zu beraten und festzulegen sind.

Zur 9. Forderung: "Effektive Gewaltprävention"

An einigen Beruflichen Schulen werden bereits mit konkreten Projekten in Kooperation mit der Dienststelle Schülerhilfe erfolgreich Gewaltprävention betrieben und die Schülervvertretung sowie die Schülerinnen und Schüler in konkrete Maßnahmen einbezogen. Zusätzlich zu den bisherigen Aktivitäten wird im nächsten Schuljahr eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Beruflichen Schulen und der Dienststelle Schülerhilfe eingerichtet, die konkrete Vorschläge zur Gewaltprävention für das Berufliche Schulwesen erarbeitet.

Fazit:

In der Diskussion zum 3. Schülerforum sind zahlreiche Vorschläge genannt worden, die mit den Schulleitungen der Beruflichen Schulen beraten werden müssen. Der Dialog mit den Schülerinnen und Schülern wird fortgesetzt und Grundlage für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens sein.

Forderungen des 4. SchülerInnenforums Gymnasiale Oberstufe heute ... und morgen?

Am 28. Februar 2001 trafen wir - 60 Schülerinnen und Schüler Hamburger Oberstufen – uns im Institut für Lehrerfortbildung. Der Grund: an der jetzigen Form der Oberstufe gibt es viel Kritik. Zu wenige oder zu große Kurse, weite Wege zu kooperierenden Schulen, zu komplizierte Wahlaufgaben.

Beim 4. SchülerInnenforum ging es darum, die Probleme zu benennen und Vorschläge zur Lösung zu erarbeiten.

Nach einem Tag in unterschiedlichen Arbeitsgruppen haben wir unsere Vision einer guten Oberstufe entwickelt und präsentieren nun unsere Vorschläge und Forderungen.

Unsere Forderungen im Einzelnen stellen wir auf den folgenden Seiten dar.

Wir wünschen uns die Abkehr von kleinen Oberstufen und den Aufbau von großen Oberstufenzentren.

Eine gute Oberstufe soll Kurse anbieten, mit denen die Interessen aller Schülerinnen und Schüler befriedigt werden können. Das heißt auch, dass Schülerinnen und Schüler das Kursangebot mitbestimmen können. Die Schule muss flexibel reagieren und die Möglichkeit haben, Zusatzkurse für bestimmte Lerninteressen einzurichten.

In der von uns geforderten Oberstufe wählen Schülerinnen und Schüler zusätzlich Fächerbausteine, in denen über Fächergrenzen hinweg gelernt wird. Gelernt wird in festen Gruppen, da in Gemeinschaft besser und mit mehr Motivation gearbeitet werden kann.

Interessen- und Intensivkurse fördern lernstarke und lernschwache Schülerinnen und Schüler. Alle Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, nach der zehnten Klasse außerhalb der Schule Erfahrungen zu sammeln – im Ausland, in einem Betrieb, einer sozialen Einrichtung oder in einem freien Jahr.

Die Oberstufe wie wir sie fordern soll Raum zum eigenständigen Lernen bieten. Auch nachmittags können Schülerinnen und Schüler in die Schule kommen, zum Beispiel um die Bibliothek zu nutzen oder Materialien zu kopieren.

1. Einrichtung von Oberstufenzentren

In Hamburgs Oberstufen haben die Schülerinnen und Schüler oft nicht die Möglichkeit, ihre gewünschte Fächerkombination zu belegen, da es ein zu geringes Kursangebot an den einzelnen Oberstufen gibt. Belegen Schülerinnen und Schüler einen Kurs, der nur an einer anderen Schule angeboten wird, kommt es zu großen Organisationsschwierigkeiten oder der Kurs kann nicht wahrgenommen werden.

Forderung:

Es muss gewährleistet werden, dass jede Schülerin und jeder Schüler die gewünschte Fächerkombination an seiner/ihrer Oberstufe belegen kann. Das kann nur durch große Oberstufenzentren gewährleistet werden. Da in diesen Zentren nur OberstufenschülerInnen unterrichtet werden, ist eine sinnvollere Nutzung der Ausstattung und ein gezielterer und effektiverer Einsatz von Lehrkräften möglich. Die Organisation insbesondere fächerübergreifenden Unterrichts wird erleichtert.

Natürlich müssen die SchülerInnenvertretungsstrukturen an den Unter- und Mittelstufen der neuen Situation angepasst werden.

2. Erhalt und Flexibilisierung der Vorstufe

Bislang entspricht die Vorstufe in der jetzigen Form nicht ausreichend ihrer Zielsetzung, nämlich der Vorbereitung auf die Studienstufe.

Sie ist vielmehr ein Schuljahr mit sehr widersprüchlichen Anforderungen. So ist für viele Schüler der Unterrichtsstoff lediglich Wiederholung, hingegen ist er für andere vollkommen neu. Für beide Gruppen von Schülerinnen und Schülern stellt dies eine Benachteiligung dar: auf leistungsschwache Schülerinnen und Schüler kann nicht in ausreichendem Maße eingegangen werden, Leistungsstarke können mit der notwendigen Rücksichtnahme auf die Schwächeren nicht entsprechend gefördert werden.

Die Aufteilung in Grund- und Ergänzungskurse führt außerdem bislang dazu, dass die Lerngruppen nur wenige Stunden gemeinsam unterrichtet werden, nämlich in den Pflichtfächern.

Forderung:

Um den einzelnen Schülerinnen und Schülern besser gerecht zu werden, sollen Neigungsschwerpunkte gebildet werden können. Das bisherige System der Grund- und Ergänzungskurse soll ersetzt werden durch ein System von Interessen- und Intensivkursen.

Dazu kann unter drei Kursarten gewählt werden:

- vierstündige Intensivkurse für Schülerinnen und Schüler mit Nachholbedarf,
- vierstündige Interessenkurse für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler oder
- normale dreistündige Grundkurse für Schülerinnen und Schüler mit durchschnittlichem Leistungsstand.

Dieses System wird die Bildung von Lerngruppen auf gleichem Niveau ermöglichen. Zudem kann auf die individuellen Bedürfnisse aller Schüler besser eingegangen werden.

Außerdem wird ein besserer Einblick in das Kurssystem der Studienstufe mit ihrer Unterscheidung in Grund- und Leistungskurse vermittelt.

3. Fächerübergreifender Unterricht

Durch die strukturelle und inhaltliche Trennung der einzelnen Unterrichtsfächer wie im bisherigen Kurssystem kommt es zu einer starken Fixierung auf begrenzte Wissensgebiete und zum Verlust des Realitätsbezuges vieler Fächer. Dieses einseitige Lernen wird durch die mangelnde Absprache zwischen vielen Lehrerinnen und Lehrern verstärkt.

Die Fächergrenzen verhindern oft das Denken in größeren Zusammenhängen.

Forderung:

Wir fordern fächerübergreifenden Unterricht.

Ein System von Fächerbausteinen mit je zwei bis drei kombinierten Fächern ermöglicht unsere Vorstellung vom Lernen in größeren Zusammenhängen. Oberstufenzentren ermöglichen, dass jede Schülerin und jeder Schüler zwei bis drei Fächerbausteine wählen und trotzdem noch den individuellen Neigungen gerecht werden kann. Diese Fächerbausteine werden von Lehrteams geleitet und betreut. Durch das Lernen in festen Bezugsgruppen wird die Gemeinschaft innerhalb der Lerngruppen gestärkt. Dies wirkt auch der entstehenden Anonymität der großen Oberstufenzentren entgegen. Durch die Fächerbausteine werden Projektarbeiten begünstigt. Projektarbeiten fördern ein selbstständiges und selbstbestimmtes Lernen.

4. Offene Schule

Die vielfältigen Ressourcen der Schulen, wie z.B. Bibliotheken, Kunst- und Werkräume, Computerräume, naturwissenschaftliche Sammlungen und Fotolabors, sind in der Regel nachmittags oder in Freistunden nicht zugänglich. Dies verhindert eigenständiges Arbeiten der Schülerinnen und Schüler; oftmals werden eben diese Ressourcen benötigt, oder sind zumindest sehr wertvoll, um auch von der Schule gestellte Aufgaben, etwa im Kunstunterricht, zu bearbeiten.

Forderung:

Wir fordern den freien Zugang zu den Materialien, Angeboten und Einrichtungen der Schulen. Die Schule soll den Schülerinnen und Schülern auch nachmittags offen stehen, um dort selbstständiges Arbeiten zu ermöglichen. Die Schülerinnen und Schüler können durch diese Öffnung ihren außerunterrichtlichen Interessen sowie auch schulischen Aufgaben besser nachgehen. Eine Öffnung der Schulen ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern unter den gleichen Rahmenbedingungen lernen zu können und bietet Möglichkeiten, die aus finanziellen Gründen nicht allen Schülerinnen und Schülern zugänglich sind.

Offene Schule fördert selbständiges und selbstbestimmtes Lernen.

5. Frei nutzbares Jahr nach Klasse 10

Schon vor Eintritt in die Oberstufe sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, intensiv auch außerhalb der Schule Erfahrungen zu sammeln. Dies geschieht bisher im Wesentlichen durch Auslandsaufenthalte, die jedoch nur wenige SchülerInnen durchführen.

Forderung:

Wir fordern, dass ein Jahr nach der zehnten Klasse jedem Schüler frei zur Verfügung steht. In diesem Jahr kann - wie bisher - an einem Austauschprogramm teilgenommen werden, es kann aber auch ein Betriebspraktikum absolviert oder ein freies Jahr genommen werden.

Hierfür müssen durch die Schulbehörde weitere Anreize geschaffen werden. Natürlich kann die VS auch normal durchlaufen werden. Dies trägt zur Flexibilisierung der Vorstufe bei. Die VS soll nicht mehr wie bisher oft als Bummeljahr oder notwendiges Übel verstanden werden, sondern sie soll vielfältige Chancen eröffnen und so wieder attraktiver werden. Wer gleich in die Studienstufe eintritt, muss mit speziellen Kursen gezielt über die Struktur aufgeklärt werden.

6. Bessere Information sowie Mitgestaltung und Mitbestimmung des Kursangebots

In der Gymnasialen Oberstufe, die auch die Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern muss, passiert es leider zu oft, dass Strukturen wie z. B. das Dickicht von Wahlaufgaben nicht leicht zu durchschauen sind. Mancher kann so die Chancen der Gymnasialen Oberstufe nicht nutzen. Zu oft findet der Anspruch methodisches Arbeiten zu fördern seine Grenzen im Frontalunterricht. Gerade wegen des Kurssystems sind die Informationswege zu den Schülerinnen und Schülern umständlich und oft nicht effektiv.

Forderung:

Die Oberstufe muss transparenter gestaltet werden. Jede Schülerin und jeder Schüler muss die Struktur der Gymnasialen Oberstufe begreiflich gemacht werden. Hinzu kommen muss selbstständiges Lernen, wie z. B. durch offene Schule und auch im fächerübergreifenden Unterricht an allen hamburgischen

Oberstufen. JedeR muss für sich selbst entscheiden, wie sie/er etwas lernt und präsentiert.

Wir fordern, dass SchülerInnen schon bei den Kurswahlen über die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Themen der einzelnen Kurse informiert werden. Die notwendige Größe der Kurse wird durch die großen Oberstufen gewährleistet.

Wir fordern außerdem, dass für Gruppen mit bestimmten Lerninteressen ein entsprechender Kurs eingerichtet wird. Dieser Kurs soll in seinem Rahmen den bestehenden Kursen entsprechen und auch im Wahlbereich angesiedelt sein. Für die Umsetzung dieses Kurses muss die Schule sorgen.

7. Aufbau und Bildung schulischer Gemeinschaften

Da in der Oberstufe im Kurssystem unterrichtet wird, brechen lange gewachsene Gemeinschaften und Gruppen auseinander. Dabei darf auch in der Oberstufe keine Anonymität entstehen. In der Studienstufe sind bisher die einzigen künstlich konzipierten Gemeinschaften die Tutgruppen.

Forderung:

Wir fordern zur Stärkung des außerunterrichtlichen Zusammenhalts der Schülerinnen und Schüler in der Gymnasialen Oberstufe die Wiedereinführung der Tutstunden. Dieser Forderung aus den ersten beiden Foren soll hier noch einmal ausdrücklich Nachdruck verliehen werden. Durch die Tutstunden können Probleme mit Lehrerinnen und Lehrern, sowie Mitschülerinnen und Mitschülern aber auch organisatorische Fragen schneller behandelt werden.

Zur Stärkung des innerunterrichtlichen Zusammenhalts betonen wir die Forderung nach fächerübergreifendem Unterricht. Durch Fächerbausteine kann ein viel vertrauertes Lernklima entstehen als in den bisherigen, vollständig unabhängigen, Kursen. Dadurch wird das Lernverhalten und die Motivation gesteigert.

Vorschläge und Zusagen der Senatorin

Zu den Forderungen des 4. Schülerforums wurden von Senatorin Ute Pape folgende Vorschläge bzw. Zusagen gemacht:

Zur 1. Forderung: "Einrichtung von Oberstufenzentren"

Übereinstimmung besteht darin, dass ein Teil der gymnasialen Oberstufen in Hamburg weniger als 66 Schülerinnen und Schüler hat und deswegen nur über eingeschränkte Kurswahlmöglichkeiten verfügt. Die Senatorin sieht in den Vorschlägen wichtige Anregungen für die noch zu führende breit angelegte Diskussion über die Weiterentwicklung der Oberstufe. Oberstufenzentren sind dort, wo es sie gegeben hat oder gibt, umstritten, weil das Zusammenleben und –lernen von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II für die Schulen eine wichtige identitätsstiftende Wirkung hat. Kooperationen oder gemeinsame Oberstufen benachbarter Gymnasien und Gesamtschulen in einer Region sind attraktive Alternativen und können adäquate Lernorte für junge Erwachsene sein.

Zur 2. Forderung: "Erhalt und Flexibilisierung der Vorstufe" und zur 5. Forderung: "Frei nutzbares Jahr nach Klasse 10"

Die Vorstufe ist als eine gemeinsame Einführung in die Arbeitsweise der Oberstufe konstruiert. Sie bietet nach der Ausbildungsverordnung viele der Möglichkeiten, die die SchülerInnenkammer fordert: halbjähriger oder ganzjähriger Auslandsaufenthalt, Intensivkurse zur Förderung grundlegender Kompetenzen und zum Ausgleich von individuellen Lernrückständen, Ergänzungskurse zur Schwerpunktentwicklung, Betriebspraktika u.v.m.

Da die Möglichkeiten der Vorstufe in der gymnasialen Oberstufe auch von den Schülerinnen und Schülern unterschiedlich wahrgenommen werden, wird deutlich, dass es falsch wäre, sie generell abzuschaffen. Vielmehr sollten die sich hier bietenden Möglichkeiten in den Schulen gezielt genutzt werden. Ein Verzicht auf Pflichtfächer in der Vorstufe ist im Rahmen der geltenden KMK-Vereinbarung nicht möglich. Die Senatorin sagt zu, neben der individuellen Möglichkeit des Überspringens der 11. Klasse weitere Möglichkeiten der Schulzeitverkürzung in diesem Jahr zu prüfen.

Zur 3. Forderung: "Fächerübergreifender Unterricht" und zur 6. Forderung: "Bessere Information sowie Mitgestaltung und Mitbestimmung des Kursangebotes"

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung schreibt vor, dass der Unterricht in den Fächern durch fachübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht ergänzt werden soll. Die Senatorin sagt zu, dass das Amt für Schule durch die Schulaufsicht und das Institut für Lehrerfortbildung hierbei unterstützt und hilft.

Sehr wichtig ist die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts in der Oberstufe. Die Senatorin sagt der SchülerInnenkammer zu, sie intensiv an der Beratung der Bildungsplanarbeit für die gymnasiale Oberstufe zu beteiligen und in die Vorschläge der SchülerInnenkammer in die Bildungsplandiskussion einzubeziehen.

Das Regelwerk der Organisation der Kurswahl ist in der Tat komplex. Die Schulen sind angehalten, hierüber weiterhin sehr intensiv zu informieren. Das Amt für Schule wird prüfen, ob die Informationsschriften übersichtlicher gestaltet und aktualisiert werden müssen. Auch dabei werden konkrete Hinweise der SchülerInnenkammer berücksichtigt.

Zur 4. Forderung: "Offene Schule"

Schulen mit Oberstufen sind in der Regel auch nachmittags geöffnet. Allerdings sind nicht alle Arbeitsräume insbesondere mit technischen Einrichtungen jederzeit zugänglich. Hier sind an den Schulen eigenständig Verabredungen zu treffen, wie der Zugang der Schülerinnen und Schüler jeweils ermöglicht werden kann. Die Schulaufsicht wird die Schulleitungen zu dergleichen Verabredungen mit den Schülerräten ermutigen.

Zur 7. Forderung: "Aufbau und Bildung schulischer Gemeinschaften"

In der Vorstufe steht eine Tutorenstunde und in der Oberstufe zwei Tutorenstunden pro 22 Schüler zur Verfügung. Die Schulaufsicht wird einen Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen zur Tutorenarbeit anregen. Vorschläge der SchülerInnenkammer werden hierbei aufgegriffen.

Forderungen des 5. SchülerInnenforums: Was wollen wir lernen?

Wir wünschen uns eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler Hand in Hand den Unterricht inhaltlich und methodisch mit den Lehrerinnen und Lehrern gestalten. Eine Schule, die uns auf das „Leben“ vorbereitet und in der der Unterricht lebensnah gestaltet ist.

Eine Schule, die uns nicht nur ein breites Allgemeinwissen vermittelt, sondern mit genau dem gleichen Aufwand uns auch vermittelt, wie wir das Gelernte außerhalb der Schule effizient anwenden können.

Am 6.11.2002 fand nun das mittlerweile 5. SchülerInnenforum statt. Über 50 Schülerinnen und Schüler aus allen Hamburger Schulformen arbeiteten diesmal zum Thema „Was wollen wir lernen?“. Nachdem sich die vorhergegangenen Foren eher mit dem „wie“ beschäftigten, zählten diesmal verstärkt die Inhalte.

Wie lebensnah ist unser Unterricht eigentlich gestaltet? Was sind die Inhalte, die uns interessieren? Was nehmen wir aus der Schule für unser „Leben danach“ überhaupt mit und was hilft uns nach der Schulzeit? – All das waren Fragen, die uns an diesem Tag beschäftigten.

Sehr schnell merkten wir aber auch, dass, wenn wir uns mit den Inhalten von gutem Unterricht befassen, wir uns dem „wie soll guter Unterricht gestaltet sein?“, nicht völlig entziehen können. Guter inhaltlicher Unterricht kann nur wirklich gelingen, wenn auch bestimmte methodische, finanzielle, räumliche und technische Mittel zur Verfügung stehen.

Unsere Hauptforderungen stellen wir auf den kommenden Seiten dar. Dabei sind wir uns bewusst, dass Teile von unseren Forderungen schon in den Lehrplänen stehen, die Umsetzung aber nicht konsequent durchgeführt wird, da diese Punkte oft nur gering in den Lehrplänen vorhanden sind. Auch ohne besonderes Engagement der LehrerInnen muss die Umsetzung klappen.

1. Umgang mit den Medien

Immer mehr verschiedene Medien wirken innerhalb und außerhalb der Schule auf uns ein. Nicht immer ist es einfach, damit kompetent umzugehen. Der richtige Umgang mit dieser Medienflut wird in der Schule zu wenig berücksichtigt.

Forderung:

Der Umgang mit Medien, seien es nun Printmedien, Radio, Internet oder Fernsehen, nimmt in der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler zusehends mehr Raum ein. Die Schule muss darauf eingehen und vermitteln, wie man sich diese Informationen zu Nutzen machen und eine kritische Auseinandersetzung damit fördern kann.

Dies darf nicht erst in der Oberstufe zum Thema „Kommunikation“ stattfinden, sondern muss wesentlich früher in den verschiedenen Klassenstufen auftauchen. Die aktuelle Berichterstattung der Medien muss im Unterricht ausreichend durchgesprochen und behandelt werden.

Vermehrter und tiefer gehender Einsatz, gerade auch von neuen Medien. Zudem sollten Medienberichte verstärkt in den Unterricht einfließen. Die Schülerinnen und Schüler sollten durch problembewusste Auseinandersetzung mit den Medien im Unterricht, die Medien im Alltag kritischer bewerten können.

Zusage der Bildungsbehörde:

Im Schulgesetz sind acht Aufgabengebiete genannt, die im Unterricht aller Fächer zu berücksichtigen sind. Medienerziehung ist eines dieser Aufgabengebiete. Mit dem Schuljahr 2003/04 wird für die Sekundarstufe 1 der neue Rahmenplan für die Aufgabengebiete verbindlich.

Für die Medienerziehung enthält dieser Rahmenplan sechs zentrale Arbeitsbereiche, die sowohl die problembewusste Auseinandersetzung mit den Medien als auch den gezielten Einsatz von neuen Medien betreffen. Durch Querverweise wird deutlich, dass alle Fächer sich auch inhaltlich mit Medien befassen sollen.

Allen Schulleitungen wurde der Rahmenplan Medienerziehung vorgestellt und zum Thema „IT-Management an Schulen“ fortgebildet.

2. Lebensnahe Sprachen

Im Fremdsprachenunterricht müsste die jeweilige Sprache, wie im täglichen Gebrauch vermehrt gesprochen und angewendet werden. Nicht nur aus Lehrbüchern wollen wir lernen, sondern vielmehr aus dem Leben der Leute des jeweiligen Landes. Der Fremdsprachenunterricht sollte spielerischer gestaltet werden, damit der Spaß nicht auf der Strecke bleibt, der gerade beim Sprachenlernen so wichtig ist.

Forderung:

Auslandsaufenthalte und Austauschprogramme sollten verstärkt gefördert und attraktiver gemacht werden.

Zudem betrachten wir es als Fortschritt, wenn Slangwörter und Umgangssprache mehr in den Unterricht einbezogen würden. Dadurch würde man sich in die Sprache besser hereinversetzen können und ein „Feeling“ für die Sprache bekommen.

Zusage der Bildungsbehörde:

Die bisher geltenden Lehrpläne sowie die zukünftigen Rahmenpläne für Englisch und die neueren Sprachen geben verpflichtende Unterrichts- und Leistungsvorgaben, die die Eigenverantwortlichkeit der Schülerinnen und Schüler als Grundlage zum Lernen voraussetzt. Das Lernen einer „wirklich nützlichen Sprache“ mit einem konkreten Anwendungsbezug steht laut Rahmenplan gerade in den ersten Lernjahren in Inhalt, Texten und Sprache und in den modernen (in unseren Schulen gängigen) Lehrwerken eindeutig im Vordergrund.

Der im neuen Rahmenplan geforderte Einsatz von authentischen Texten von Anfang an und über möglichst viele moderne Medien (Radio, Fernsehen, Internet, Jugendzeitschriften, Werbeposter) führt zur Verstärkung der Umgangssprache.

Die bekannten Vergleichsarbeiten und die geplanten zentralen Arbeiten in der ersten Fremdsprache Englisch sollen z.T. ganz explizit die Kommunikationsfähigkeit überprüfen („English in use“, Was würdest/musst du sagen, wenn ...).

Das „Europäische Portfolio der Sprachen“ leitet Schülerinnen und Schüler dazu an, ihre Sprachkompetenzen in Bezug auf konkrete Kommunikationssituationen einzuschätzen und zu erweitern. Jährlich kann mit Hilfe eines „Pass“ die Selbsteinschätzung kontrolliert werden. Hamburg hat gerade ein derartiges Portfolio entwickelt und wird es dem Europarat zur Akkreditierung vorlegen. Danach wird es allen Sprachenklassen verstärkt zugänglich gemacht. Der Einsatz des Portfolio wird zunächst im Ermessen des/der jeweiligen Leh-

rens/Lehrerin liegen. Schülerinnen und Schüler sowie der Schülerrat können im Rahmen der Fachkonferenzen diesen Einsatz thematisieren.

3. Unterrichtsfach „Leben“

In der heutigen Zeit ist es besonders für junge Leute wichtig, sich in der Welt der Erwachsenen zurecht zu finden und selbständig, selbstbewusst und sozial kompetent in unserer Gesellschaft zu leben.

Viele Jugendliche werden auf Grund ihres Unwissens in Bezug auf Verträge und ihre Rechte oft sprichwörtlich über den Tisch gezogen. Deswegen ist es wichtig, den Jugendlichen möglichst früh einen Grundstein für ihr späteres Leben zu legen.

Sie sollten sich in unserer Gesellschaft aber auch sozial zurechtfinden und deren Grundlagen begreifen. Immerhin wird von ihnen später verlangt, kritische, mündige, selbstständige Bürger zu sein.

Wir fordern aufgrund dessen die Einführung eines Faches „LEBEN“. Die Notwendigkeit eines solchen Faches führen wir aus:

Forderung:

3.1. Unterrichtsfach „Leben“ für mehr Selbstbeständigkeit

Mit diesem Unterrichtsfach sollen Schülerinnen und Schüler die Grundlagen des späteren Lebens nahe gebracht werden wie zum Beispiel:

- Wie setze ich mich mit Behörden richtig auseinander?
- Wie fülle ich einen Vertrag richtig aus?
- Wie mache ich meine Steuererklärung richtig?
- Was ist eine Lohnsteuerkarte?

Außerdem ist es wichtig, Schülerinnen und Schüler die Grundkenntnisse in folgenden Sachgebieten anzuleiten:

- Mietrecht
- Familienrecht
- Arbeitsrecht
- Versicherungsgrundkenntnisse
- Vertragsrecht
- Finanzverwaltung

3.2. Unterrichtsfach „Leben“ zur Stärkung des Selbstbewusstseins

Das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler muss durch ein vielseitiges Angebot im Unterricht gestärkt werden. Dazu gehören:

- Konfliktbewältigung durch Kommunikation,
- regelmäßige Kurse in z. B. Persönlichkeits-, Motivations- und Vertrauens-training.

Außerdem wäre es sinnvoll, den Schülerinnen und Schülern eine angemessene Ausdrucksform anzugewöhnen. Dies ist möglich durch z.B. frei vorzutragende Referate, Vorträge oder Hausaufgaben. Hierzu wären auch Rhetorikkurse in kleineren Gruppen sinnvoll.

3.3. Unterrichtsfach „Leben“ zur Stärkung sozialer Kompetenzen

Um Schülerinnen und Schüler einen vernünftigen Umgang mit Menschen zu vermitteln, ist es sinnvoll, dass sie in allen Stufen mindestens ein soziales Praktikum machen. Dies könnte z.B. in Behinderten-, Alten- oder Pflegeheimen stattfinden.

Außerdem könnte man gesellschaftliche und zwischenmenschliche Probleme durch Theater oder Rollenspiele bearbeiten und begreifen lernen.

Stellungnahme der Bildungsbehörde zum Unterrichtsfach „Leben“:

Die Jugendlichen brauchen heute mehr Wissen über ökonomische Zusammenhänge und rechtliche Fragen und sie müssen ihre Persönlichkeit entwickeln können. Die Schule muss den Jugendlichen Lernsituationen bieten, in denen diese ihre Selbstständigkeit entwickeln, ihr Selbstbewusstsein stärken und soziale Kompetenzen erwerben können.

Der daraus abgeleiteten Forderung nach einem neuen Fach kann aus mehreren Gründen nicht zugestimmt werden.

- Ein neues Fach könnte nur eingeführt werden, wenn die Lernzeit je Woche erweitert oder ein anderes Fach gestrichen werden könnte.
- Die Organisationseinheit "eigenes Fach" ist als Rahmen für Veranstaltungen, in denen die Schülerinnen und Schüler die gewünschten Kompetenzen ausbilden können, nicht geeignet. Fast jedes Fach leistet bewusst oder unbewusst einen Beitrag zur Entwicklung dieser Kompetenzen. Dieser Zusammenhang wird in den Aufgabengebieten aufgenommen und geordnet.
- Die Organisationseinheit "eigenes Fach" ist auch deshalb nicht geeignet, weil die gewünschten Inhalte (Vertragsrecht) bereits Inhalte verschiedener Fächer und Aufgabengebiete sind.

In den vorliegenden Bildungs- und Rahmenplänen sind die Forderungen bereits weitgehend berücksichtigt. Ökonomische Bildung wurde verstärkt, in den Ankerfächern für ökonomische Bildung (Arbeitslehre bzw. Politik / Gesellschaft / Wirtschaft) und im Aufgabengebiet Sozial- und Rechtserziehung sind die rechtlichen Fragen weitgehend als verbindliche Inhalte festgelegt.

Auch die Förderung der Selbstständigkeit und die Stärkung des Selbstbewusstseins ist in den Bildungsplänen als Aufgabe der Schule festgelegt. Insbesondere im Rahmenplan Aufgabengebiete, dort im Aufgabengebiet Berufsorientierung, Gesundheitsförderung und Sozial- und Rechtserziehung, sind entsprechende Inhalte verbindlich geregelt.

Das angeregte Sozialpraktikum wird von vielen Schulen bereits seit Jahren in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter Samariter Bund (ASB) durchgeführt und von der Behörde für Bildung und Sport gefördert.

Zur Optimierung der Bearbeitung der Themen in der Sekundarstufe I, die den Bereich Arbeitswelt, Gesundheit und Familie betreffen, wird z. Zt. Behördenübergreifend ein Projekt vorbereitet, in dem unter Federführung der Behörde für Bildung und Sport vorhandene Potenziale und Ressourcen anderer Behörden (Behörde für Soziales und Familie, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Behörde für Umwelt und Gesundheit) und anderer Partner (Unternehmen, Verbände, Institutionen, Bundesministerien) einbezogen werden sollen mit dem Ziel, Konzepte und Materialien für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit an den Schulen zu entwickeln. Es ist geplant, dass die Projektgruppe im August 2003 ihre Arbeit aufnimmt.

Zur Förderung der Eigenaktivität und des Selbstbewusstseins erproben Schulen insbesondere im Rahmen des Übergangs von der Schule in den Beruf verschiedene Konzepte, wie zum Beispiel den Berufswahlpass, individuelle Zielvereinbarungen, besondere betriebliche Lernaufgaben und selbstgesteuerte Anschlussplanung. Zur Konfliktbewältigung werden im Rahmen der Sozial- und Rechtserziehung z. B. die Ausbildung von Streitschlichtern angeboten.

Im Rahmen der Erweiterung der Schulen zu Ganztagschulen werden zusätzliche Bildungsangebote entwickelt. Dabei werden die Bildungsangebote, die Unterstützungs- und Förderkonzepte so strukturiert, dass die Schülerinnen und Schüler dabei zugleich Selbstständigkeit und Eigenverantwortung ausbilden und einüben.

Zusage der Bildungsbehörde:

Die aktive Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler bei der Einführung der Rahmenpläne ist gewollt. Vertreter des Schülerforums können in einem Arbeitskreis (unter Leitung des Fachreferenten Dr. Lumpe) eingebunden werden und Wege zur Unterstützung der Umsetzung der Bildungspläne an den Schulen durch Schülerinnen und Schüler beraten, entwickeln und erproben. Dies könnte ein besonderes Pilot-Projekt zur Stärkung der Selbstständigkeit werden, das nach Auswertung der Erfahrungen als Projekt der Sozial- und Rechtserziehung umgesetzt werden könnte.

Die aktive Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler kann auch in weiteren Projekten, z.B. bei der Arbeit mit dem Berufswahlpass oder der Einrichtung von Streitschlichtern an Schulen hilfreich sein. Das Schülerforum kann dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler das eigene Lernkonzept zum Gegenstand ihrer Bildung machen und somit Selbstständigkeit einüben.

3.4. Forderung: Strukturierter Sozialkundeunterricht

Um Schülerinnen und Schüler eine ausreichende Sozialkompetenz zu vermitteln, muss man die Gesellschaft verstehen lernen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Schülerforums sahen den derzeitigen Unterricht als nicht ausreichend strukturiert an, um den Schülerinnen und Schüler ein grundlegendes Verständnis unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, Aufgaben und Organisation zu lehren.

Wir fordern deshalb einen Unterricht, der die gesellschaftlichen Fächer Sozialkunde und Gemeinschaftskunde (GMK) zu einem strukturierten Komplex zusammenfasst. Wir halten es zudem für erforderlich, dass schon in der Grundschule bis zum ersten Sozialkundeunterricht vermehrt über soziale Konflikte geredet wird. In der Grundschule, bis zu den Klassen in denen Sozialkunde unterrichtet wird, sollte über gesellschaftliche Konflikte im kleinen Rahmen (Klassenkonflikte, Konflikte in dem Stadtteile, persönliche Probleme) diskutiert werden. Der Hintergedanke dabei ist, dass die Schülerinnen und Schüler die Gesellschaft und ihre Grundlagen somit verstehen lernen. Mit der Einführung des Faches Sozialkunde sollten grundlegende gesellschaftliche Probleme wie Intoleranz, Gewalt und allgemein sozial bedingte Konflikte diskutiert werden. Ziel dieses Unterrichtes soll sein, dass die Schülerinnen und Schüler mit einem fundierten Grundwissen den GMK-Unterricht beginnen.

Erst mit einem Verständnis des gesellschaftlichen Aufbaus, kann man bundesweite, europäische und globale Konflikte verstehen.

Zusage der Bildungsbehörde:

Mit der Einrichtung des Fachs Politik / Gesellschaft / Wirtschaft am Gymnasium (anstelle des Fachs Sozialkunde) und dem für dies Fach geltenden Rahmenplan sind ab dem Schuljahr 2003/2004 die Grundlagen dafür geschaffen, die im Schülerforum angesprochenen Forderungen einzulösen.

Mit dem Ziel „Demokratiekompetenz“ werden sich die Schülerinnen und Schüler in einem aufeinander aufbauenden Curriculum Politik/Gesellschaft/Wirtschaft und Gemeinschaftskunde ab Klasse 8 gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse und Strukturen erarbeiten und dabei die unterschiedlichen Ebenen Stadtteil, Stadt(staat), Staat, EU und Welt altersangemessen berücksichtigen. Damit sollen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, die Gesellschaft, in der sie leben, und ihre Normen und Werte besser zu verstehen, unterschiedliche Positionen und Vorschläge beurteilen und eigene Handlungsmöglichkeiten entwickeln zu können.

Mit den neuen Rahmenplänen Geschichte/Politik (für die Haupt- und Realschulen) und Gesellschaft (für die Gesamtschulen) liegen auch für die anderen Schulformen fachliche Regelungen für einen Unterricht vor, der die angesprochenen Forderungen berücksichtigt.

Die Fachlehrer und Fachlehrerinnen erarbeiten bereits in den Fachkonferenzen für ihre Schulen geeignete Umsetzungsstrategien.

4. Kreativität

Mehr Kreativität zeigen.

In allen Unterrichtsfächern müssten die SchülerInnen verstärkt Kreativität einbringen können. Unter Kreativität verstehen wir das eigenständige Suchen nach Lösungsmöglichkeiten und ist somit die Weiterentwicklung und Auslebung des persönlichen Geistes.

Gefördert werden könnte dieses durch selbst geschriebene Theaterstücke, selbst komponierte Lieder und die Organisation der Aufführung.

Auch alternative Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung, wie zum Beispiel Konzentrations- oder Entspannungsübungen können Kreativität, Konzentration und Motivation fördern.

Die Kreativität soll eine Hilfe bei der persönlichen Entwicklung sein.

Forderung:

Verstärkte Projektarbeit und Öffnung der Lehrpläne nicht nur im Kunstunterricht, sondern in allen Unterrichtsfächern für die individuelle Entfaltung der Lern-, Arbeits- und Aufgabenprozesse des/der einzelnen Schülers/Schülerin. Damit könnte erreicht werden, dass insgesamt der Unterricht für die Schülerinnen und Schüler attraktiver wird und mehr auf aktuelle Fragestellungen und Stimmungen eingegangen werden kann. Dies fördert wiederum die Motivation zum Lernen.

Zusagen der Bildungsbehörde:

Kreativität – Deutschunterricht

Die Kreativität der Schülerinnen und Schüler zu fördern, ist laut den neuen Rahmenplänen Deutsch für die Grundschule und die Sekundarstufe I eine wichtige Aufgabe des Deutschunterrichts. So heißt es z.B. im Rahmenplan Deutsch (für die Sek. I), Kap. *Ziele*: „Der Deutschunterricht fördert im Umgang mit Sprache und Literatur die Entfaltung von Empathie und Verstehensfähigkeit [...] und trägt dadurch zur Ich-Entwicklung der Schülerin und des Schülers bei.“

Der Deutschunterricht fördert die Fähigkeit, Sprache als Ausdruck der eigenen Persönlichkeit zu nutzen, er regt die künstlerische Kreativität der Schülerinnen und Schüler an, er stärkt ihre Kritik- und Urteilsfähigkeit im Umgang mit Sprache, Literatur und Medien und befähigt zur aktiven Teilhabe am kulturellen Leben. Damit trägt er zur Entwicklung von sprachlicher und ästhetischer Kompetenz bei.“

Das entspricht der Forderung des 5. Schülerforums, dass Kreativität „eine Hilfe bei der persönlichen Entwicklung sein“ solle.

In allen Jahrgangsstufen z.B. der Sek. I bildet kreatives Schreiben einen ausdrücklichen Schwerpunkt bei den verbindlichen Inhalten des Arbeitsbereichs „Schreiben“. Konkret heißt das: lyrische Bauformen erproben, Dialoge / kurze szenische Texte schreiben, biografisches Schreiben, Echo-Texte verfassen, gesellige Schreibformen, Paralleltexte schreiben und vieles mehr.

Im Arbeitsbereich „Literatur, Sachtexte, Medien“ wird gefordert, dass die Schülerinnen und Schüler sich nicht nur analytisch mit verschiedenen Medien auseinandersetzen sollen. Sie müssen mindestens alle zwei Jahre auch Erfahrungen bei der *eigenen* Gestaltung in einem (weiteren) Medium machen.

Überhaupt soll der Deutschunterricht nach den neuen Rahmenplänen so gestaltet sein, dass er handlungs- und produktionsorientierte Arbeitsformen vielfach nutzt und außerschulische Lernorte nach Möglichkeit einbezieht. Hier bieten sich viele Gelegenheiten, so wie sie vom 5. Schülerforum gefordert werden, damit die Schülerinnen und Schüler „verstärkt Kreativität einbringen“ können.

Außerdem werden im kreativen Schreiben ab dem Schuljahr 2003/2004 voraussichtlich wieder sechs Zirkel im kreativen Schreiben angeboten werden. Diese Schreibzirkel werden von der Beratungsstelle besondere Begabungen (BbB) in Zusammenarbeit mit dem Fachreferat für Lese- und Schreibförderung geplant, wenden sich an besonders schreibbegabte Schülerinnen und Schüler und sollen an verschiedenen Standorten in Hamburg nachmittags stattfinden. Seit 2002 gibt es für Schülerinnen und Schüler der Grundschule und der Sek. I bereits sog. Ferienakademien im kreativen Schreiben, die jeweils eine Woche dauern. Sie werden von der BbB in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Amt für Bildung entwickelt.

Kreativität – Darstellendes Spiel (DSP):

Bei für Jugendliche relevanten Themen wie Erwachsenwerden, Berufswelt, Zukunft, Recht und Unrecht, Gewalt, Einheimische und Fremde, Jungen und Mädchen, Sexualität, Sucht, Liebe, Freundschaft und Hass etc. gibt es eine Verbindung zu zahlreichen anderen Fächern und Aufgabengebieten wie Berufsorientierung, Ethik, Interkulturelle Erziehung, Sexualerziehung (vgl. im Einzelnen Bildungspläne darstellendes Spiel auf der Sekundarstufe I, 3.4).

Da es bei der Gestaltung von Theaterszenen um kreative Prozesse geht, bei denen es immer mehrere Lösungsmöglichkeiten gibt, ist die Auseinandersetzung mit der eigenständigen Suche nach Alternativen genuiner Bestandteil der Projektarbeit. Das Fach DSP entspricht in hohem Maße der 4. Forderung des 5. Schülerforums: "Mehr Kreativität zeigen".

DSP ist ein projektorientiertes Fach, das die Jugendlichen auffordert und befähigt, erfindungsreich zu handeln und in der künstlerischen Arbeit ihren eigenen Ausdruck zu entwickeln. Die ästhetische Arbeit wird durch Fertigkeiten trainierende und zielgerichtete Übungen, zu denen auch Entspannungs- und Konzentrationsübungen gehören, vorbereitet.

Die Entwicklung von kreativen Kompetenzen fördert darüber hinaus die Fähigkeit, Theatralität in sozialen Situationen wahrzunehmen und zu verstehen. Damit bietet das Fach auch anderen Fächern praktische ästhetische Methoden der Analyse und Deutung menschlicher Grundsituationen und öffentlichen Handelns an. (vgl. Bildungspläne darstellendes Spiel auf der Sekundarstufe I, 1/2.)

In der Projektarbeit sind je nach thematischem Schwerpunkt Sachthemen anderer Fächer und Aufgabengebiete berührt und werden projektbezogen bearbeitet. Damit ist das Fach grundsätzlich fachübergreifend angelegt, insbesondere gibt es eine Quervernetzung

- mit dem Fach *Deutsch* unter dem Aspekt des kreativen Schreibens, wenn die Spielgruppe als Autorin einer Eigenproduktion sich szenisches Textmaterial auf ihre Bedürfnisse zuschneidet,
- mit dem Fach *Sport* bei Bewegungstheater, wenn die geführte und rhythmische Bewegung im Vordergrund stehen soll,

- mit dem Fach *Kunst*, wenn z.B. Objekte oder Masken verwendet werden sollen,
- mit dem Fach *Musik*, wenn Musik und musikalisch geführte Bewegung in das Zentrum der Gestaltung rücken, oder
- mit *Medienerziehung*, wenn es um Videofilmen oder mediales Theater geht.

Hinweis:

Die Hamburger Bildungspläne können eingesehen werden

- in jeder Schule,
- im **SchulInformationsZentrum**, Beratungsteam A, Hamburger Straße 35, 22083 Hamburg
- über Internet: www.hamburger-bildungsserver.de

Forderungen und Vorschläge des 6. SchülerInnenforums

„Was wollen wir an Schule verändern?“

Es wird viel diskutiert über Schulreformen und einiges an den Schulen verändert. Am 3.12.2003 erarbeiteten wir, Schülerinnen und Schüler aus ganz Hamburg, im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung unsere eigenen Schwerpunkte, in denen unserer Meinung nach dringender Handlungsbedarf besteht.

Entgegen den Erwartungen und verbreiteten Vorurteilen stellten diesmal die Haupt- und Realschulen einen großen Teil der anwesenden Engagierten.

Viele der diesmaligen Forderungen beziehen sich auf das Klima in den Schulen. Wir wünschen uns ein angenehmes gewaltfreies Schulklima. Nur auf dieser Grundlage kann positives Engagement von Schülerinnen und Schülern und allen anderen an Schule Beteiligten erwartet und vor allem kann nur auf dieser Grundlage eine konstruktive Zusammenarbeit in Schule erreicht werden. Das vorhandene - an vielen Schulen als negativ empfundene - Schulklima, sorgt für starke Reibungsverluste in schulischer Arbeit, da die verschiedenen Beteiligten häufig mehr gegeneinander als miteinander arbeiten. Des Weiteren müssen hier die vielen Formen der Gewalt erwähnt werden, welche an Schulen zu finden sind. Jedes Problem dieser Art verhindert das Vorankommen im Unterricht, da es ein destruktives Klima hervorruft. Jeder Konflikt kostet notwendigerweise Unterrichtszeit. Deshalb sehen wir alle Forderungen und Vorschläge in diesem Bereich in direkter Verbindung mit den Lernergebnissen, die in einer Schule erreicht werden.

Eine sinnvolle Arbeit in Schule wird vor allem dann erzielt, wenn alle Beteiligten gemeinsam am gleichen Strang ziehen. Dies gilt sowohl für die Gremienarbeit als auch für den Unterricht, denn ein Unterricht der sowohl von Schülerinnen und Schülern als auch der Lehrkraft unterstützt wird, wird erfolgreicher sein, als derjenige, der von der Lehrkraft ohne die Unterstützung der Schülerschaft erteilt wird. Aus diesen Gründen finden sich unter den Forderungen sowohl solche, die mehr Motivation zur konstruktiven Arbeit an Schulentwicklung schaffen sollen, als auch solche, die vorhandenem oder entstandenem Engagement Bezugspunkte in Schule und Unterricht geben sollen.

Das Lehrerarbeitszeitmodell und dessen Auswirkungen wirken den genannten Ansätzen entgegen. Dieses Modell bewirkt eine Reduzierung des Engagements der Lehrerinnen und Lehrer, Schule konstruktiv weiterentwickeln zu wollen. So haben wir uns Gedanken gemacht, wie man trotz dieser Einschränkung Schule verbessern kann und auf die Auswirkungen des Lehrerinnen- und Lehrerarbeitszeitmodells reagieren sollte/könnte.

Aufgrund der offeneren Fragestellung des 6. SchülerInnenforums im Vergleich zu den bisherigen, sind die Forderungen diesmal in die drei Themengebiete aufgeteilt:

1. Verbesserung des Schulklimas,
2. Mitverantwortung und
3. Umgang mit den Auswirkungen des Lehrerinnen- und Lehrerarbeitszeitmodells.

1. Verbesserung des Schulklimas

1.1 Die Räumlichkeiten

Zur Atmosphäre der Schule tragen neben dem Verhalten der beteiligten Personen auch in nicht unerheblichen Maßen die Räumlichkeiten der Schule bei. Kalte, sterile Räume bereiten ein anderes Klima als andere.

Forderung:

Den Schulen sollten daher Mittel zur Verfügung gestellt werden, ihre Gebäude und Räume so zu gestalten, dass sie dem gewünschten Schulklima zuträglich sind.

1.2 Gewaltprävention

Gewalt meint für uns jegliches Handeln, das andere Personen einschränkt. Also nicht nur körperliche Gewalt. Um die Eskalation in körperliche Gewalt zu verhindern müssen verschiedene präventive Maßnahmen getan werden. Genauso müssen jedoch auch Maßnahmen erarbeitet und eingeführt, mit denen auf Eskalationen zu reagieren ist.

Forderungen:

Bevor es zu Eskalationen zwischen Schülerinnen und Schüler kommt, sollte präventiv eine Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler stattfinden. An den jeweiligen Schulen sollen diesbezüglich Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt werden.

Die Schülerinnen und Schüler, besonders in einer bestimmten Entwicklungsphase, benötigen teilweise Richtlinien. Diese Richtlinien sollten von den Schülerinnen und Schülern selbst ausgearbeitet und bestimmt werden, da diese am besten wissen, welche Probleme wie entstehen und gelöst werden können und allein die dafür notwendige Befassung mit dem Thema Gewalt oft einen großen Schritt voran bedeutet.

Ferner sollten die Lehrerinnen und Lehrer nicht nur an Strafen denken, wenn jemand etwas angestellt hat, sondern mehr auf die Schülerinnen und Schüler eingehen: Gespräche führen, sich Zeit nehmen „Ein offenes Ohr haben“! Erreicht werden soll eine dauerhafte Verbesserung des Klimas in Schulen. Durch eine Strafe wird ein Problem jedoch nur kurzzeitig und oberflächlich verdrängt, jedoch nicht zu einer Verbesserung des Klimas und der längerfristigen Situation beigetragen.

An allen Schulen gibt es Gewalt in jeglicher Form zwischen Schülerinnen und Schülern, die vermeidbar wäre, wenn man die Schülerinnen und Schüler motivieren würde, die Gewalt an ihren Schulen nicht zu dulden. Dies ist leichter zu erreichen, indem man mehr Schülerinnen und Schüler zu Streitschlichtern ausbildet.

Darum fordern wir, dass Streitschlichterausbildungen an allen Schulen angeboten und durchgeführt werden. Die Schülerinnen und Schüler erhalten hierdurch eine stärkere Mitverantwortung und werden in die Problemlösungen eingebunden. Außerdem gilt zu bedenken, dass Schülerinnen und Schüler meist bessere Eindrücke der Probleme zwischen ihnen haben als Außenstehende. Vor allem aber sprechen Streitschlichterinnen und Streitschlichter die gleiche Sprache wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler und haben meist untereinander eine gangbarere Beziehung zueinander.

2. Mitverantwortung

Um Mitverantwortung von Schülerinnen und Schüler möglich zu machen, wurden hier vier Punkte herausgearbeitet, die sicherlich wechselseitige Auswirkungen aufeinander haben und alle zur effektiveren und besseren Mitverantwortung von Schülerinnen und Schülern beitragen.

2.1 Motivation von Schülerinnen und Schülern

Schülerinnen und Schüler müssen motiviert werden, an Schule mitzuarbeiten. Verschiedenste Aspekte können hier zur Motivation beitragen. So ist denkbar, dass eine gute Klassen- und Schulgemeinschaft die Motivation, sich für die Klasse bzw. Schule einzusetzen, steigert. Leider wird schulisches Engagement oft von verschiedensten Seiten nicht ausreichend gewürdigt. So sind zum Beispiel der Lehrer, der sich in seinem Arbeitsbereich angegriffen fühlt, das Elternteil, das erklärt, dass der Unterricht aber vorginge, und auch die Mitschülerin oder der Mitschüler, der einem für blöd erklärt, sich für die Schule einzusetzen, den meisten engagierten Schülerinnen und Schüler bekannt. Dies schafft Barrieren für die Motivation.

Hinweis auf die geringe Anerkennung schulischen Engagements ist für uns unter anderem, dass der vorgeschriebene Zeugnisvermerk für Schülervertreterinnen und -vertreter nicht überall umgesetzt zu werden scheint.

Forderungen:

Den Zeugnisvermerk müssen alle Schülervertreterinnen und -vertreter bekommen. Auch sollte dieser dahingehend erweitert werden, dass jede Funktion der Schülerinnen und Schüler vermerkt wird. Des Weiteren verweisen wir hier erneut darauf, dass effektive und positive Schulentwicklung nur geschehen kann, wenn die bestehenden Fronten zwischen den beteiligten Gruppen aufgehoben sind und man beginnt, gemeinsam Schule zu entwickeln.

2.2 Unterrichtsentwicklung

Der Unterricht ist vielfältig gestaltbar, die Schülerinnen und Schüler haben ein immenses Potential, welches neuen Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten Türen öffnen kann. Die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern in die Unterrichtsgestaltung ist der erste Schritt zur Mitverantwortung auf der untersten Ebene von Schule und unabhängig jeglicher Gremien- und Vertretungsstrukturen. Im Unterricht selbst kann die Basis für eine gemeinsame Schulentwicklungskultur gelegt werden. Durch eine positiv bewertete Mitverantwortung hier, wird auch Motivation geschaffen für Engagement in anderen Bereichen.

Forderungen:

Um den Unterricht möglichst effektiv für Lehrer und Schüler zu machen, ist ein regelmäßiges und verpflichtendes Feedback für Schüler und Lehrer nötig.

Die Rückmeldung der Schülerinnen und Schüler für die Lehrerinnen und Lehrer über den Unterricht kann den Unterricht verbessern. Das Feedback sollte regelmäßig durchgeführt werden und muss vor allem verpflichtend für alle sein! Nur so kann ein wirklich guter Unterricht entstehen.

Das Feedback von den Lehrerinnen und Lehrern für die Schülerinnen und Schüler sollte genauso regelmäßig durchgeführt werden. Da die Mitarbeit im Unterricht einen erheblichen Anteil an der Gesamtzensur hat, ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler regelmäßig eine Rückmeldung über ihren Leistungsstand bekommen.

2.3 Unterrichtsgestaltung

Viele Schülerinnen und Schüler empfinden ihren Unterricht als zu uninteressant und nicht auf ihre Bedürfnisse angepasst. Dies wirkt leider nur allzu oft dem Engagement der Schülerinnen und Schüler entgegen. Wer will sich schon für eine Schule einsetzen, die ihm nicht gefällt, die sich nicht auf ihn bezieht?

Um dies zu verändern, stellen wir diverse Forderungen auf, die konkret den Unterricht verbessern und somit schülergerechter gestalten können. Zu beachten gilt, dass die Punkte unter „Unterrichtsentwicklung“ zu einer dauerhaften Anpassung der Lehrmethoden und Lerninhalte an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler führen.

Forderungen:

Die Schulen sollten sich mehr an Wettbewerben wie z.B. „Theater macht Schule“ beteiligen. Die Beteiligung an Wettbewerben motiviert Schülerinnen und Schüler. Ein gemeinsam erbrachter Erfolg trägt dazu bei, dass die Gemeinschaft der Schülerinnen und Schüler besser wird.

Die Schule sollte Schülerinnen und Schülern mehr Möglichkeiten bieten, an außerschulischen Veranstaltungen wie z.B. Theaterbesuchen teilzunehmen. Außerschulische Veranstaltungen wie z.B. Theaterbesuche und Museumsbesuche sollten von der Schule regelmäßig angeboten werden, insbesondere, wenn es das Erlernen des Unterrichtsstoffes unterstützt. Die Schule sollte als Bildungsträger dieses ermöglichen, da nicht alle Schülerinnen und Schüler privat die Möglichkeit haben, derartige Besuche zu tätigen bzw. von Niemanden privat herangeführt werden würden.

Insbesondere im Geschichts- / Politik- / Gemeinschaftskundeunterricht wäre es sinnvoll, Zeitzeugen zum Unterricht einzuladen, damit diese den Schülerinnen und Schüler ihrer Erlebnisse schildern können und somit der Unterrichtsstoff interessanter für die Schülerinnen und Schüler wird. Referenten könnten zum Unterricht eingeladen werden, um z.B. über das Thema Drogen zu reden und den Schülerinnen und Schülern Informationen und Erfahrungsberichte usw. zu vermitteln, die ein Lehrer nicht vermitteln kann.

Durch vermehrte Versuche in den Naturwissenschaften kann das Wissen besser an die Schülerinnen und Schüler vermittelt werden. Auch in Musik, Kunst und Darstellendes Spielen ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler auch an die Praxis herangeführt werden, damit sie einen besseren Einblick bekommen und mehr Interesse bekommen, sich weiter damit zu beschäftigen.

Medien wie Internet und Zeitungen müssen mit einbezogen, da so der Unterricht zeitgemäßer ist.

Schüler sollten die Möglichkeit haben, die Themen, soweit es der Lemplan zulässt, selbst auszuwählen, da so das Interesse der Schüler besser berücksichtigt werden kann.

2.4 Einbeziehung von SchülerInnen in die Unterrichtsgestaltung

Reiner Frontalunterricht verschafft zwar der Lehrkraft das gute Gefühl, den gesamten Unterrichtsstoff erwähnt zu haben, leider heißt dies jedoch noch nicht, dass viel davon auch „hängen geblieben“ ist. Durch die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern als aktive Teile des Unterrichtes, sorgt man neben allen Mitverantwortungselementen auch dafür, dass bei den Schülerinnen und Schülern eine stärkere Befassung mit dem Thema passiert und mehr davon „hängen bleibt“. Auch kann man durch die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern in den Unterricht, das schon vorhandene Wissen der Schülerinnen und Schüler nutzen, so dass sich nicht erst die Lehrkraft in diese Themen einarbeiten muss.

Forderungen:

Ältere Schüler sollten, wenn sie dazu Lust haben, in unteren Jahrgängen eine Stunde unterrichten. Sie entlasten damit die Lehrerinnen und Lehrer und lernen, sich selbstständig Material zu besorgen und sich selbstständig Wissen anzueignen. Außerdem sollte jeder Schüler / jede Schülerin 1 Stunde min. in seiner Klasse unterrichten. Aus den gleichen Gründen sollte es mehr Gruppenarbeit und Referate geben.

Hobbys der Schülerinnen und Schüler wie das Spielen eines Instrumentes, sollten ebenfalls mit in den Unterricht einbezogen werden. Um Raum dafür zu schaffen, muss es mehr Projektwochen geben.

Um den Kulturaustausch zu fördern, sollte es Veranstaltungen wie Sprachtage oder Kulturtage geben, an denen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, ihre Kultur mit Essen oder Referaten vorzustellen.

Außerdem sollte es mehr themenbezogene Rollenspiele im Unterricht geben, da so der Unterrichtsstoff besser vermittelt werden kann und die Schülerinnen und Schüler sich in ihre Rolle einfinden müssen (insbesondere ist das Unterrichtsfach Geschichte zu empfehlen).

3. Wie können wir mit dem Lehrerarbeitszeitmodell leben?

Infolge des Lehrerarbeitszeitmodells kommt es zu einer stärkeren Belastung der Lehrerinnen und Lehrer, was sich sowohl auf den Unterricht als auch auf den außerschulischen Bereich in vielen Fällen negativ ausgewirkt hat.

Zum einen sind Aktivitäten und Veranstaltungen wie zum Beispiel Klassenreisen, Ausflüge, Sportfeste und Konzerte an vielen Schulen ersatzlos gestrichen. Zum anderen hat sich auch der Unterricht in vielen Fächern geändert. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind infolge der Mehrbelastung schlechter auf den Unterricht vorbereitet, nehmen sich weniger Zeit für einzelne Schülerinnen und Schüler und verzichten auf Projekte.

Wir wollen, dass dieser Entwicklung entgegen gewirkt wird!

3.1 Einführung eines „Runden Tisches“ an den Hamburger Schulen

Das Schulklima und die Kommunikation zwischen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler haben sich vielerorts verschlechtert. Zudem haben viele Lehrerinnen und Lehrer auch eine Art Blockadehaltung als Reakti-

on auf die Mehrbelastung eingenommen. Dies wirkt sich negativ auf das ganze Schulleben aus.

Forderung:

An den Hamburger Schulen soll ein „Runder Tisch“ eingerichtet werden, an dem sowohl Lehrerinnen und Lehrer, Eltern als auch Schülerinnen und Schüler sich beteiligen sollen.

An diesem Runden Tisch soll sowohl über die Blockadehaltung der Lehrerinnen und Lehrer gesprochen werden, als auch mit ihnen eine übereinstimmende Lösung für dieses Problem erarbeitet und gefunden werden.

Des Weiteren sollen Kompromisse über die Unterstützung der Abiturvorbereitung durch die Lehrerinnen und Lehrer und die Streichung außerschulischer Aktivitäten gefunden werden.

3.2 Förderung der Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler im außerschulischen Bereich

An den meisten Schulen wurden, als Folge des Lehrerarbeitszeitmodells, von Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitungen neben Ausflügen und Klassenreisen andere außerschulische Veranstaltungen wie Sportfeste und Konzerte gestrichen. Auch hat sich das Angebot eines Nachmittagsprogramms in Form von Arbeitsgemeinschaften und Hausaufgabenhilfen verschlechtert. Dadurch kommt es zu einer Beeinträchtigung des Schullebens, welche sich negativ auf die Stimmung der Schülerinnen und Schüler sowie deren Motivation auswirkt, da neben dem Lernen auch diese anderen Bereiche einen wichtigen Bestandteil des Schulalltags darstellen.

Vorschlag:

Die Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler im außerschulischen Bereich soll derart gefördert werden, dass diese zum Teil die Organisation von Konzerten und Sportfesten übernehmen, um somit die Lehrerinnen und Lehrer bei der Organisation von Ausflügen und Klassenreisen entlasten.

Ebenfalls soll es Schülerinnen und Schülern erlaubt werden, Arbeitsgemeinschaften zu gründen und auch zu leiten. Dabei sollen sie seitens der Schule aus unterstützt werden.

3.3 Andere Unterrichtsformen

Da die meisten Lehrerinnen und Lehrer nun weniger Zeit für die Unterrichtsvorbereitung haben, sind sie häufig nicht nur schlechter vorbereitet als früher, sondern die Lehrkräfte beschränken sich vermehrt bei der Gestaltung des Unterrichts lediglich auf die Form des Frontalunterrichts, die jedoch in vielen Themenbereichen das Lernen der Schülerinnen und Schüler nicht erleichtert.

Forderung:

Der Unterricht soll nicht nur frontal, sondern methodisch auch auf andere Weisen gestaltet werden. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler stärker in das Unterrichtsgeschehen sowie dessen Gestaltung mit einbezogen werden.

Sowohl Plan- als auch Rollenspiele (z.B. die Nachstellung einer Diskussion mit verschiedenen Gruppierungen) sind eine mögliche Ergänzung des Unterrichtsgeschehens. Somit wird nicht nur das Lernen und das Engagement der Schülerinnen und Schüler gefördert, sondern auch die Lehrerinnen und Lehrer werden bei der geringeren Vorbereitungszeit des Unterrichts, da dieser während der Stunde mit den Schülerinnen und Schülern entwickelt wird, entlastet.

3.4 Förderung der Eigeninitiative der SchülerInnen im Unterricht

Der Unterricht hat sich wie unter 3.3 beschrieben verändert.

Forderung:

Die Schülerinnen und Schüler übernehmen in Form von Referaten und Projekte Teile des Unterrichts.

Auch soll das Modell „Schüler unterrichten Schüler“, bei dem der Unterricht zu einem bestimmten Thema von Schülerinnen und Schülern, die sich zuvor unter Hilfestellung der Lehrerin / des Lehrers im Rahmen des Unterrichts vorbereitet haben, in den höheren Klassenstufen erprobt werden.

Mit der Einführung von Projekttagen, an denen ältere Schüler – zum Teil im Unterricht vorbereitete –Themen und Projekte für jüngere Schüler leiten, werden nicht nur die Lehrkräfte entlastet, sondern dadurch wird auch die Schulgemeinschaft gestärkt und das selbstständige Organisieren der Schülerinnen und Schüler gefördert.

Jedoch soll den Schülerinnen und Schülern nicht unangeleitet der Unterricht überlassen werden, da dieser durchaus nicht im Sinne des Lernzieles sein könnte und im Chaos enden würde. Vielmehr ist das im Folgenden erläuterte Programm, in dem die Schülerinnen und Schüler an selbständiges Arbeiten, Lernen und Handeln herangeführt werden, von Nöten.

1. Die Basis wird schon ab der fünften Klasse durch spezielle Seminare gelegt. Auf diesen Seminaren erhalten die Schülerinnen und Schüler eine Einführung in die Vorbereitung eines Referates, wie zum Beispiel der Materialbeschaffung, und auch den späteren Vortrag. Dieses neu gewonnene Wissen wird durch praktische Übungen im Rahmen des Seminars gefestigt. Die Schülerinnen und Schüler verlieren die Angst vor Referaten und Vorträge, da sie diese üben können und auch nicht unter Zensuredruck stehen.
2. Die Schülerinnen und Schüler, die auf einem Seminar ausgebildet wurden vermitteln ihren Mitschülern in Form von Kurzreferaten neue Themen, die im Zusammenhang mit dem Unterricht stehen.
3. Mit der Zeit werden die Themen der Referate komplexer.
4. Auch werden die Referate nicht zu Hause, sondern zum größten Teil im Rahmen des Unterrichts unter Hilfestellung der Lehrerin / des Lehrers vorbereitet. Die Vorbereitung und auch der spätere Vortrag des Referates erfolgen in kleineren Gruppen. Schwächere Schüler können so von den stärkeren profitieren. Die Arbeit wird nicht von einer Einzelperson gemacht, sondern alle Mitglieder einer Gruppe sind beteiligt. Die Schüler lernen zu diskutieren, abzuwägen und Kompromisse zu schließen; der Gemeinschaftssinn wird ebenfalls gestärkt.
5. Bei der Vorstellung besprechen die Schülerinnen und Schüler ihr Thema mit ihren Mitschülern und vermitteln diesen auch neue Themenkomplexe. Dadurch wird die Lehrerin und der Lehrer entlastet.

Diese Ergänzung des Unterrichts hat sowohl für die Lehrerinnen und Lehrer als auch für die Schülerinnen und Schüler positive Auswirkungen. Auf der einen Seite kommt es zu einer Arbeitsentlastung der Lehrerinnen und Lehrer, weil ein Teil des Unterrichts von den Schülerinnen und Schülern übernommen wird. Die Schülerinnen und Schüler auf der anderen Seite lernen selbstständig zu arbeiten und ihre autodidaktischen Fähigkeiten werden gefördert.

Ebenfalls werden durch diese Unterrichtsart wichtige Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler wie gemeinschaftliches Handeln und freies Sprechen gestärkt.

Speziell die Forderungen 3.2 und 3.4 setzen voraus, dass die Schülerinnen und Schüler dazu bereit sind, die Initiative zu ergreifen und sich zu engagieren. Sie sollen nicht dazu verpflichtet werden. Ebenfalls darf durch die Einführung / Umsetzung der Forderungen nicht sämtliche Arbeit den Schülerinnen und Schülern zugeschoben werden. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen auch weiterhin die Verantwortung tragen.

Auch ist die unter 3.4 beschriebene Art des Unterrichts ausschließlich als Ergänzung des bisherigen Unterrichts anzusehen und soll diesen nicht ersetzen.

Forderungen des 7. SchülerInnenforums:

„Schule als Lebensraum – Was denkbar ist, ist machbar!“

Wir wünschen uns eine Schule, die nicht mehr einfach nur Lernort, sondern vielmehr auch Lebensort ist. Wir wünschen uns eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer gleichberechtigt miteinander kommunizieren, in der neue Lehr- und Lernmethoden angewendet werden, in der jede Schülerin und jeder Schüler tatsächlich individuell gefördert wird. Die Förderung der gegenseitigen Achtung und der Teamfähigkeit ist zentrale Ziele dieser Schule. Denn so entstehen viele Probleme gar nicht erst, die uns heute stören.

In dieser Schule, die wir uns vorstellen, hat die SchülerInnenvertretung eine zentrale Rolle, Jugendarbeit ist in den Schulalltag integriert und Schülerinnen und Schüler erhalten neben dem Unterricht ein umfangreiches Freizeitangebot.

Die Schule muss natürlich ganztags geöffnet sein. Die Räume müssen offen und kommunikativ gestaltet werden. Und vor allen Dingen: sie muss komplett neu und anders gedacht werden. Bekannte und gewohnte Strukturen müssen überwunden werden, um neue Wege zu wagen.

Das SchülerInnenforum ist nach Bielefeld gegangen. Am Wochenende vom 27. bis zum 29. Februar 2004 trafen sich 130 Schülerinnen und Schüler aus Hamburg und im Rahmen des Projektes der Bund-Länder-Kommission „Demokratie lernen und leben“ aus dem gesamten Bundesgebiet. Nicht zum Spaß, sondern um von anderen zu lernen. Denn in Bielefeld gibt es die Laborschule und das Oberstufenkolleg. Die Laborschule erreichte bei der internationalen Vergleichsstudie PISA überdurchschnittliche Ergebnisse und lag damit in den Bereichen der „Gewinnerländer“ aus Skandinavien – weit über dem deutschen Durchschnitt.

„Von anderen Lernen“ heißt aber auch: von anderen Ländern lernen. Auf dem Kongress hatten wir Gäste aus Finnland und Dänemark, ebenfalls Länder, die bei PISA deutlich besser abschnitten als Deutschland.

Wir haben auf dem SchülerInnenforum versucht, das „Erfolgsrezept“ der Finnen, der Dänen und der beiden Bielefelder Schulen zu erfahren. Und haben daraus unsere Ideen, Vorschläge und Forderungen entwickelt, die wir nun nach Hamburg tragen. Mit dem Ziel, Schule auch dort zu verbessern.

1. Einführung von Schüler-Lehrer-Feedback

Forderungen:

Wenn Konflikte zwischen Schülerinnen sowie Schülern und Lehrerinnen sowie Lehrern auftauchen, der Unterricht langweilig und trocken ist oder einfach nur „die Mischung“ zwischen Schülern und Lehrern nicht zu stimmen scheint, kann ein SchülerInnen-Feedback zu beiderseitigem Verständnis und im Endeffekt zu einer Verbesserung des Unterrichts führen.

Das bedeutet: Schülerinnen und Schüler bewerten die Arbeit und den Unterricht ihrer Lehrerinnen und Lehrer. Es entsteht zunächst ein Dialog und es werden schriftliche Vereinbarungen getroffen. Bessert sich dadurch nichts, kann der Konflikt in anderen neu geschaffenen schulinternen Gremien mit sogenannten „Feedbackern“ besprochen werden.

Um effektive Ergebnisse zu erzielen, ist die Souveränität des Schüler-Feedbacks besonders wichtig, aber auch die Ernsthaftigkeit des Lehrers / der Lehrerin, in den Dialog mit den SchülerInnen zu treten. Eine wichtige Rolle zur Umsetzung des Feedbacks spielt die Gründung verschiedener neutraler Positionen und Gremien, an die sich Schülerinnen und Schüler bei Problemen wenden und dort die Konflikte mit Lehrerinnen und Lehrern lösen können. An jeder Schule sollte es Ombudsmänner und -frauen geben, die nach dem Vorbild der Ombudsfrau für SchülerInnenvertretungen bei Konflikten vermitteln können (Ombudsman = schwedisch: Vermittler, Anwalt...).

2. Stärkere Unterstützung der SchülerInnenvertretung

Die SchülerInnenvertretung setzt sich für die Belange der Schülerinnen und Schüler an der Schule ein. Vielfach jedoch erhält sie nicht die Unterstützung, die sie benötigt. Die gesetzlichen Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten werden oft nicht wahr genommen. Eine SchülerInnenvertretung kann keine gute Arbeit leisten, wenn gegen sie gearbeitet bzw. ihr Engagement nicht unterstützt wird und somit den Schülerinnen und Schülern keine Schule geboten werden kann, die sie gerne besuchen.

Forderungen:

Wir fordern mehr Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schülern und Schulleitung. Diese Unterstützung sollte, sofern dies möglich ist, gesetzlich oder durch andere Regelungen festgeschrieben werden.

Dazu gehört auch, dass Lehrerinnen und Lehrer über Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler aufgeklärt werden. Dies sollte bereits im Rahmen der Lehrerbildung geschehen und regelmäßig am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) als verpflichtende Maßnahme für alle Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt werden.

Für eine gute Zusammenarbeit ist es z.B. auch nötig, dass Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler ausreichend über ihre Rechte und vor allem über die Rechte der Schüler- und SchulsprecherInnen aufgeklärt sind.

3. Eine Schule ohne Noten

Die Bewertung von Leistungen durch Zahlen ist bei weitem nicht ausreichend zur Differenzierung der Leistungen der SchülerInnen. Nur individuell gefertigte Berichtszeugnisse gewährleisten einen angemessenen Blick auf die Leistung jedes einzelnen Schülers / jeder einzelnen Schülerin und können Anstöße.

Forderung:

Das Notensystem soll durch ein Berichtssystem ersetzt oder ergänzt werden. Zusätzlich zu den Zeugnissen müsste es ausführliche Gespräche zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern geben können, während die Schülerinnen und Schüler ebenfalls die Möglichkeit haben sollen, eine etwaige Fehleinschätzung der Lehrerinnen und Lehrer auszusprechen. Hierzu sollten Schülerinnen und Schüler auf eigenen Wunsch Personen ihres Vertrauens mit hinzuziehen können.

4. Stärkere individuelle Förderung der SchülerInnen / Förderung der Teamfähigkeit

Das Beispiel der Laborschule Bielefeld und des Oberstufenkollegs hat gezeigt, dass die individuelle Förderung des/der Einzelnen wesentlich zur Verbesserung des Lernerfolges beiträgt.

Forderung:

Mit dem Ziel der individuellen Förderungen sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden: Betreuung der Einzelnen durch höhere Erreichbarkeit der Lehrerinnen und Lehrer, das Einsetzen sozialpädagogischer Fachkräfte und das Errichten kleinerer Klassen.

Außerdem fordern wir die Förderung der Teamfähigkeit z.B. durch häufigere Arbeitseinteilung in Form von Gruppen, alternative Gruppenbewertung und Bewertung (aber nicht Benotung) des Sozialverhaltens der Schülerinnen und Schüler.

5. Schaffung einer neuen Lernatmosphäre

Oft fehlt es den Schulen an Orten, in denen das Lernen in angenehmer und schöner Atmosphäre stattfinden kann.

Forderung:

Um das Wohlfühlen innerhalb der Schule zu fördern und eine insgesamt angemessene und bessere Lernatmosphäre zu kreieren, halten wir es für sinnvoll, eine kommunikationsfreundlichere Tischanordnung zu errichten, die den Schülerinnen und Schülern Gestaltungsfreiheit ermöglicht. Außerdem soll das Einsetzen von Pflanzen innerhalb des Schulgebäudes zur Verbesserung der Atmosphäre beitragen.

6. Etablierung neuer Lernmethoden

Ein praxisorientierter Unterricht bereitet besser auf das Leben vor.

Forderung:

Wir fordern daher verbindlich stattfindende fächerübergreifende Projektarbeiten, zusätzliche Praktika während der Schullaufbahn und mehr Anwendung theoretischer Kenntnisse durch Versuche im naturwissenschaftlichen Unterricht.

7. Förderung der gegenseitigen Achtung

Schulische Leistungen hängen eng mit dem Lernklima an den Schulen zusammen. Respekt von Schülerinnen und Schülern gegenüber ihren Lehrerinnen und Lehrern und umgekehrt ist für ein angenehmes Klima unerlässlich.

Schülerinnen und Schüler, denen von der Schule bzw. den Lehrkräften das Gefühl vermittelt wird, wichtig zu sein, sind eher bereit, ihre Energie für Schule und Unterricht einzusetzen.

Das heutige Klima in den Schulen zeigt, dass die alten Lehrmethoden nicht geeignet sind, die Motivation der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Wie Schulen in anderen Staaten uns bereits gezeigt haben (Finnland, Dänemark), bringen moderne Methoden auch größere Erfolge. Hier kann und muss das deutsche Bildungssystem noch viel lernen.

Nur wenige Schulen haben eine Atmosphäre, in der sich die Schülerinnen und Schüler gerne aufhalten. Hier ist es Aufgabe der Verantwortlichen, eine Atmosphäre zu kreieren, in der die Schülerinnen und Schüler sich wohl fühlen und nicht den Vormittag damit verbringen, über dessen Ende nachzudenken.

Forderungen:

Das Fördern der gegenseitigen Achtung und des Respekts voreinander sollte Bestandteil der Lehrerbildung und Fortbildung sein. Außerdem muss dies in den Grundschulen und in den fünften und sechsten Klassen den Schülerinnen und Schülern verstärkt vermittelt werden.

8. Schule als Ganztagsangebot

Ganztagschulen als Lebensraum müssen verantwortungsvoll geplant und geführt werden. Ansonsten können sie dem Anspruch der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht werden, dass Schule mehr sein muss als Lernort.

Forderung:

Die Schule muss ein breites Fächerangebot in Vormittags- und Nachmittagskursen anbieten, auch in Kooperation zwischen Schule und Stadtteil sowie größeren Gemeinschaften ermöglichen zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler (durch kleine Klassen, verpflichtende Klassenreisen, Nachmittagsausflüge, Unterrichtsnachbearbeitung).

Bei der Ausstattung sind folgende Punkte wichtig: Große Kantinen mit kostengünstigen und abwechslungsreichen Essensangeboten. Große Bibliothek mit Schulbüchern und auch anderen für Kinder und Jugendliche interessanten Büchern. Helle und freundliche Klassen- und Ruheräume.

9. Intensivierung des Streitschlichterprogramms

Wir fordern eine noch breitere Einführung des Streitschlichter-Projektes „von SchülerInnen für SchülerInnen“. Aus unserer Sicht ist das Projekt eines der sinnvollsten im Bereich der reaktiven Gewaltprävention. StreitschlichterInnen können viel zur Lösung eines Konfliktes beitragen. Sie sprechen dieselbe Sprache wie ihre MitschülerInnen und sind näher an den Problemen zwischen SchülerInnen als ihre LehrerInnen, was ihnen eine große Möglichkeit zur frühen Erkennung und Verhinderung von Konflikten gibt. Und zwar meist ohne repressive Maßnahmen.

Forderung:

Zur Stärkung der Position der StreitschlichterInnen fordern wir eine breite Unterstützung seitens aller an Schule Beteiligten. Die StreitschlichterInnen müssen von allen Seiten akzeptiert und unterstützt werden, um die notwendige Motivation und Grundlage ihrer Arbeit zu erhalten. Diese Akzeptanz und Unterstützung finden wir leider nicht an allen Schulen.

Des Weiteren fordern wir ein breiteres Angebot an Fortbildungen für StreitschlichterInnen, um diesen die Fähigkeiten an die Hand zu geben, mit möglichst pädagogischem Hintergrundwissen zu agieren. Um die Arbeit der StreitschlichterInnen weiter entwickeln zu können und zu reflektieren, muss eine Supervision stattfinden.

10. Seminare als Klassenreisen

Um ein angenehmes, gewaltfreies und offenes Schulklima zu erstellen, ist es notwendig, in die Schulklassen Toleranz, Gemeinschaftsgefühl und Zivilcourage hineinzutragen. Wir sehen die Lehrkräfte nicht im Stande, dies im Unterricht zu leisten. Und auch die pädagogischen Angebote an Ganztagschulen sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, erscheinen uns jedoch als erweiterbar.

Forderung:

Die Behörde sollte Angebote machen, welche von Sozialpädagogen moderiert werden. Diese müssen frei themenbezogen sein und somit als Projektreise in den laufenden Unterrichtsprozess (fächerübergreifend) eingebunden werden. Die Sozialpädagogen sollen ihre Ausbildung dazu nutzen, gruppendynamische Prozesse in den Klassen in die Wege zu leiten und zu unterstützen. Dies bietet die Möglichkeit, ein Gemeinschaftsgefühl in der Klasse aufzubauen. Mit einer guten Gruppendynamik werden nicht nur die Probleme zwischen den Schülerinnen und Schülern reduziert und somit Zeit frei, die früher zur Problemlösung aufgewandt werden musste, sondern auch die Effizienz des Unterrichtes wird durch bessere Zusammenarbeit der Schülerinnen und Schüler gesteigert.

Ein solches Projekt sollte durch die Behörde an den Schulen bekannt gemacht werden, so dass Schülerinnen und Schüler von diesem Projekt erfahren und es annehmen können. Auch sollte die Behörde Seminare (auf Wochenbasis) anbieten, an denen Schülerinnen und Schüler sowie parallel auch Lehrkräfte teilnehmen können, um die Möglichkeit der gruppendynamischen Arbeit zu erfahren. So können derartige Fahrten mit der eigenen Klasse angeregt werden.

11. Jugendarbeit in der Schule

Gerade im Zusammenhang mit der Ganztagschuldebatte wird aktuell die Debatte geführt, wie man die Jugendarbeit in die Schule integrieren kann. Wir erachten dies als höchst sinnvoll, da wir in der autonomen pädagogischen Arbeit von Schule und Jugendarbeit große Reibungsverluste sehen, obwohl wir meinen, dass beide Bereiche auch positiv zusammen arbeiten können.

Im Gegenzug sollte pädagogische Arbeit auch außerhalb der Schule, beispielsweise im Sportverein geleistet werden. Hier können Probleme genauso auftauchen und gelöst werden wie in der Schule selbst.

Forderung:

Wir fordern die Integration der Jugendarbeit in die Schule, d.h., dass es in den Schulen Raum für Jugendarbeit geben muss, sowohl zeitlich als auch räumlich. Schule und Jugendarbeit müssen enger zusammen arbeiten und sich gegenseitig über ihre Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern informieren und unterstützen.

Außerdem fordern wir eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen. Dies kann sowohl durch eine Integration der Sportangebote in den schulischen Rahmen geschehen, als auch durch ein Zugehen der Schule auf Sportvereine. Sportangebote sollen nicht nur unter Sport- und Leistungsaspek-

ten durchgeführt werden, sondern in Zusammenarbeit mit Pädagogen gezielt unterstützend und analysierend für Schülerinnen und Schüler wirken.

12. Aktive Pause

Wichtig ist es, dass in der Pause Pädagogen mit den Schülerinnen und Schülern zusammenarbeiten, um Gewalt zu vermeiden. Dieses kann man am besten in Form von Angeboten, z.B. Sportangebote umsetzen. So sind die Schülerinnen und Schüler während ihren Pausen sinnvoll beschäftigt. Zudem sollten sie sich an der Organisation der Pausenaktivitäten beteiligen. Das bewirkt, dass sie lernen, Verantwortung zu übernehmen. Sie erfahren auch das gemeinschaftliche Arbeiten, welches ihr Gruppengefühl fordert.

Forderung:

Es wird gefordert, dass in den Pausen Personen aus der allgemeinen Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden. Sie sorgen für eine entspannte Atmosphäre auf den Schulhöfen und fördern sogleich noch das Gemeinschaftsgefühl unter den Schülerinnen und Schülern selber.

13. Hausaufgabenhilfe durch Lehrerinnen und Lehrer

Es ist wichtig, dass auch nach dem Ende der letzten Stunde die Schülerinnen und Schüler nicht allein da stehen. Darum ist es eine gute Sache, wenn sie auch nach dem Unterricht sich an Personen der Jugendarbeit bzw. Sozialpädagogen jederzeit wenden können. Sei es nur, um bei den Jugendarbeitern Hausaufgabenhilfe zu bekommen oder aber sich bei anderen Problemen Rat zu holen.

Forderung:

Wir fordern, dass Pädagogen auch nach Schulschluss für die Schülerinnen und Schüler da sind und sich um Hausaufgaben und Persönliche Probleme der Schüler kümmern. Es müssen Räume auch nach Schulschluss zur Verfügung stehen.

Forderungen des 8. SchülerInnenforums

„Mehr Zeit zum Lernen“

Wir wünschen uns eine Schule, die „mehr Zeit zum Lernen“ bietet und auf jede Schülerin und jeden Schüler unter Berücksichtigung ihres bzw. seines individuellen Lerntempos eingehen kann, die gewaltfrei ist, zum Lernen motiviert sowie ein Lebensraum und Lernort ist, wo das Lernen Spaß macht.

Am 23. Februar 2005 haben sich 130 Hamburger Schülerinnen und Schüler zu dem 8. SchülerInnenforum zusammengesetzt, um unter dem Motto: „Lasst uns Schule verbessern“ Forderungen zu entwickeln, die in der Behörde für Bildung und Sport auf ihre Umsetzbarkeit überprüft wird. Dies wurde in einer Vereinbarung zwischen der Senatorin und dem Vorstand der SchülerInnenkammer Hamburg zugesagt.

Zur Vorbereitung des SchülerInnenforums hat eine Gruppe von Hamburger Schülerinnen und Schülern im Dezember 2004 die Kathedralskolan in Lund / Schweden besucht und gemeinsam mit schwedischen Schülerinnen und Schü-

lern, Lehrkräften sowie mit der Schulleitung Grundsätze für „die gute Ganztagschule“ diskutiert sowie Anregungen für den geplanten Dialog auf dem 8. SchülerInnenforum gesammelt. Zum 8. SchülerInnenforum wurden vier Schülerinnen aus den Niederlanden und der Reformpädagogin Otto Herz eingeladen. Die Gäste wurden in die Arbeitsgruppen des SchülerInnenforums integriert, so dass die Vorstellung unterschiedlicher Schulsysteme und pädagogischer Ideen einen intensiven Erfahrungsaustausch mit einem „Blick über den Tellerrand“ ermöglichte.

In den zahlreichen Arbeitsgruppen wurden folgende Themen diskutiert:

1. Gewaltprävention:

Auf den Schulhöfen in Hamburg gehört Gewalt zur Tagesordnung. Es entstehen immer wieder Konflikte und komplizierte Situationen, die von den Beteiligten alleine nicht gelöst werden können. Eine sinnvolle Möglichkeit, diese Konflikte gewaltfrei zu lösen, bietet die Streitschlichtung an. Streitschlichter fördern ein sicheres Gefühl und einen toleranteren Umgang miteinander an der Schule.

Forderung:

Wir halten das Streitschlichterprogramm für hilfreich und sinnvoll und fordern einen Ausbau der Ausbildung zum/zur Streitschlichter. So erhalten mehr Schülerinnen und Schüler den Zugang zum Streitschlichterprogramm mit dem Ziel, als Streitschlichter souverän mit Konflikten und Gewalt umgehen zu können.

2. Ganztageschule

Für die 7. Klassen des Gymnasiums im Schuljahr 2004/05 wurde vielerorts die Ganztageschule eingeführt. Oftmals ist an den Schulen jedoch kein gut funktionierendes Ganztagsangebot vorhanden, so dass die Ganztageschule lediglich eine Verlängerung des Unterrichts darstellt. Auch unmotivierte Lehrerinnen und Lehrer sowie fehlende finanzielle Mittel erschweren die Umsetzung eines attraktiven Ganztagsangebots zum Nachteil der 7-KlässlerInnen, die einer besonderen zusätzlichen hohen Belastung ausgesetzt sind.

Forderung:

Die Ganztageschule muss von den Schülerinnen und Schülern durch attraktivere Ganztagesangebots sowie eine bessere Schulgemeinschaft als „Lebensraum“ angesehen und durch alternative Lernmethoden im Unterricht effektiver und interessanter gestaltet werden. Lehrkräfte sollten zudem einen besseren und persönlicheren Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern haben, so dass eine bessere individuelle Förderung gesichert ist. Aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler ist es notwendig, den Schulalltag zu rhythmisieren und den veränderten Umständen einer Ganztageschule anpassen. Außerdem sollten die Schulen mit anderen Ganztageschulen und Vereinen kooperieren und einen Erfahrungsaustausch untereinander sichern. So kann aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen ein besseres Ganztagesangebots weiterentwickelt bzw. gewährleistet werden. Die Bildungsbehörde muss entsprechende Rahmenbedingungen für eine Weiterentwicklung sichern.

3. Lebensraum Schule

Schülerinnen und Schüler verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule. Mit der Förderung von Ganztageschulen werden sie in Zukunft noch mehr Zeit in der Schule verbringen. Es ist von großer Bedeutung, ob sie sich in der Schule wohlfühlen oder nicht. In einer Schule mit guter Schumatmosphäre macht es mehr Spaß mit Erfolg zu lernen. Es ist wichtig, dass Schule nicht weiterhin mit

negativen Empfindungen, Erfahrungen und Eindrücken verbunden ist – Schülerinnen und Schüler sollen gerne zur Schule gehen! Für sie muss die Schule ein Lebensraum sein! Deshalb ist es notwendig, auf Entscheidungen in der Schule Einfluss nehmen zu können. So würde die Schule mehr leben bekommen.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler müssen an Entscheidungen, die die Ausstattung, Raum- und Schulhofgestaltung angehen, beteiligt werden. Außerdem wird eine bessere Ausstattung u.a. der Fachräume gefordert, damit Lernen praxisbezogener und anschaulicher gestaltet werden kann. Auch für die Pausen muss es schönere und zweckmäßigere Aufenthaltsmöglichkeiten geben. Eigeninitiativen von Schülerinnen und Schülern zur Raumgestaltung, wie z.B. ein neuer Anstrich, müsse möglich sein. Eigeninitiative und Engagement seitens der Schülerinnen und Schüler dürfen nicht gestoppt werden.

4. Partizipation von Schülerinnen und Schülern

Schülerinnen und Schüler wollen an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen. Sie können mit ihren Erfahrungen und Sichtweisen verantwortungsvoll mitentscheiden. Dies würde die Eigenverantwortung und Motivation sowie das Interesse an Schule steigern. Da es jedoch häufig auch von den Lehrerinnen und Lehrern abhängig ist, ob der Unterricht interessant gestaltet ist oder nicht, wollen Schülerinnen und Schüler mitbestimmen, wenn es darum geht, welcher Lehrkraft ein Kurs unterrichtet. Es ist von großer Bedeutung, dass Schülerinnen und Schüler in Zukunft auch an den Personalfindungsverfahren für Lehrkräfte gleichberechtigt teilnehmen.

Die Umsetzung der folgenden Forderungen werden dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler mehr Verantwortung für das eigene Lernen übernehmen können. Dazu müssen partizipatorische Ansätze an jeder Schule verwirklicht werden. So wäre der erste Schritt zum Aufbau eines Bewusstseins für Partizipation, Verantwortung und das Lernen demokratischen Handelns gesichert.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler fordern, verstärkt aktiv in der Schule partizipieren zu können. Damit der Unterricht wirklich spannender für wird, müssen auch die Bildungs- und Rahmenpläne von Schülerinnen und Schüler mitgestaltet werden. Eine freie Kurswahl und somit die Gestaltung des eigenen Stundenplans durch die Schülerinnen und Schüler kann ermöglichen, dass mit mehr Lust und Verantwortung am Unterricht teilgenommen wird.

Zum Abschluss eines Halbjahres sollten Schülerinnen und Schüler in einem Gespräch mit ihren Lehrkräften eine Selbstbewertung abgeben können, die in die Zeugnisnoten eingeht.

Das Klassenklima ist für die Motivation der Schülerinnen und Schüler sehr entscheidend. Da Ausflüge eine wichtige jedoch seltene Gelegenheit bietet, dieses Klima zu verbessern, müssen die Schülerinnen und Schüler über die Ziele ihrer Ausflüge selbst entscheiden dürfen.

Außerdem muss garantiert werden, dass schulpolitische Entscheidungen im Interesse der Schülerinnen und Schüler gefällt werden, da es hier um ihre Zukunft geht. Um dies sicherzustellen, muss der SchülerInnenkammer Hamburg (skh) ein Vetorecht bei bildungspolitischen Gesetzen eingeräumt werden.

5. Unterrichtsgestaltung

Häufig ist der Unterricht an den Schulen Hamburgs trocken und langweilig gestaltet. Der sichere Umgang mit neuen Medien ist inzwischen fundamental für die Zukunft jedes Schülers / jeder Schülerin. Schülerinnen und Schüler stellen jedoch entsetzt fest, dass die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer häufig nur sehr unzureichend mit modernen Medien umgehen können.

Forderung:

Lehrerinnen und Lehrer müssen den Umgang mit verschiedenen, vielfältigen Unterrichtsmethoden und den zeitgemäßen Einsatz von Medien erlernen und umsetzen, um den Unterricht abwechslungsreicher gestalten zu können. Dafür müssen alle Lehrkräfte entsprechend fortgebildet werden. Besonders wichtig ist, dass der Frontalunterricht als ein Unterrichtselement stark reduziert wird. Schülerinnen und Schüler müssen verschiedene Wege zur Problemlösung ausprobieren und Arbeitstechniken zum Lernen erlernen können.

6. Bildungspläne

In der Schule haben Schülerinnen und Schüler häufig das Gefühl, wenig für das Leben zu lernen. Es genügt für das spätere Leben nicht nur eingepacktes Wissen, sondern die Entwicklung zahlreicher verschiedener Kompetenzen (Arbeitstechniken, soziale Kompetenzen u.s.w.). Wenn Schülerinnen und Schüler wissen, wie eigenverantwortlich besser gelernt, wie Projekte geplant und umgesetzt werden können und im Team gearbeitet werden kann, wie sie ihre Zeit selbstständig einzuteilen und nutzen sowie Verantwortung für ihr Lernen übernehmen können, haben sie Fähigkeiten erworben, die für das ganze Leben nützlich sind.

Forderung:

Die Schule muss einen Raum zum Lernen schaffen, in der Grundsätze der Bildungspläne mit den Schülerinnen und Schülern erarbeitet werden. Die Schule muss stärker darauf ausgelegt sein, junge Menschen auf das weitere Leben in Form von intensiveren Betriebspraktika und tiefergehender Auseinandersetzung mit dem Berufsleben vorzubereiten. Zu dieser Vorbereitung gehören auch praktische Elemente, die für das Leben nützlich sind, wie z.B. der Umgang mit Behörden etc.

7. Unterrichtsgestaltung:

Die Schülerinnen und Schüler stellen fest, dass sich die Situation im Unterricht im Laufe der Zeit nicht bzw. kaum verändert hat. Der Unterricht wird häufig als sehr langweilig wahr genommen. Das schränkt die Konzentration und somit den Lernerfolg ein und kann dazu führen, dass die Beteiligung sowie der Spaß am Lernen und am Unterricht verloren geht. Für alle Schülerinnen und Schüler ist es wichtig, mehr Eigenverantwortung für das Lernen zu übernehmen mit dem Ziel, das Interesse für das Aneignen vielschichtiger Kompetenzen und Arbeitstechniken zu wecken.

Forderung:

Senkung des Anteils am Frontalunterricht! Dies führt zu mehr Freiräumen in der Selbstgestaltung des Unterrichtes und sichert den höheren Lehrenerfolg für die Schülerinnen und Schüler.

Mehr Transparenz und Aufklärung der Schülerinnen und Schüler über mögliche Unterrichtsmethoden. Somit haben sie mit ihren Lehrkräften die Möglichkeit, eine geeignete Lernmethode frei zu wählen. Die flexibleren Anwendungen von

Unterrichtsmethoden durch die Lehrerinnen und Lehrer ermöglichen einen abwechslungsreich gestalteten Unterricht.

Gefordert wird weiter die Fortbildung der Lehrkräfte für den verstärkten Einsatz von Medien im Unterricht. Dadurch wären für die Schülerinnen und Schüler eine professionelle Anleitung im Umgang mit modernen Medien, eine umfassende Medienkompetenzen sowie Ausbildungsmöglichkeiten für das Selbst- und Zeitmanagement gesichert.

8. Bewertung von Leistungen

Die Schülerinnen und Schüler stellen immer wieder fest, dass die Zensuren ihre Leistungen nicht unbedingt widerspiegeln. Außerdem wurde festgestellt, dass das Bewertungssystem nicht immer pädagogische Kriterien berücksichtigt. Es reicht den Schülerinnen und Schülern nicht aus, ihre Leistungen in einer Notenziffer wiedergegeben zu sehen. In einem Bericht kann der Lehrer/die Lehrerin die Lernentwicklung bzw. den Lernfortschritt eines Schülers genauer darstellen sowie Anregungen zur Verbesserung der Leistungen geben.

Forderung:

Noten müssen durch Berichte und Kommentare über das Arbeits- und Sozialverhalten ergänzt werden. Die Schule muss als ein Lebensraum anerkannt sein, in der die Schülerinnen und Schüler nicht ausschließlich Fachwissen vermittelt bekommen und z.B. nur Mathematik und Deutsch lernen, sondern ebenfalls soziale Kompetenzen erwerben. Folgende Vorgaben für die Bewertung schulischer Leistungen werden gefordert:

1. Punkte statt Noten: Das Punktesystem der Oberstufe (Sekundarstufe II) wird von den Schülerinnen und Schülern als differenzierter angesehen und muss das bisher gängige Benotungssystem in der Sekundarstufe I von 1 – 6 ablösen.
2. Nur Semesternoten: Das Prinzip der Ganzjahresnote wird von den Schülerinnen und Schülern negativ wahrgenommen. Es ist ihnen zu undifferenziert, daher soll es abgeschafft werden und nur noch jeder Halbjahr einzeln bewertet werden.
3. Bewertung nach individuellen Möglichkeiten: Gerade in Fächern wie Musik und Kunst, aber auch in anderen Fächern, soll nicht die Endleistung der Schülerinnen und Schüler bewertet werden, da der Weg zum Ziel die wirklich Leistung eines jeden Schülers ist. Es ist ungerecht, Schülerinnen und Schüler nach ihren mitgebrachten Talenten zu bewerten. Es muss der Einsatz und die Entwicklung im Unterricht bewertet werden.
4. Grundschule: In der Grundschule soll es nur Lernentwicklungsberichte und keine Benotung geben, die eher den Leistungsdruck und die Rivalität fördert. Die ist pädagogisch eher zweifelhaft und setzt die Grundschul Kinder unter Leistungsdruck.

9. Umgang zwischen Schülerinnen sowie Schüler und Lehrerinnen sowie Lehrer

Der Umgang zwischen beiden Gruppen ist meistens nicht optimal. Im Vergleich zu Schweden ist es auffallend, dass das Verhältnis zwischen den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern in Hamburg nicht unbedingt vertrauensvoll, eher sogar feindselig bzw. einfach schlecht ist. Es fehlt häufig ein gegenseitiger Respekt. Missverständnisse auf beiden Seiten erschweren häufig Konfliktlösungen, Schülerinnen und Schüler wollen in ihren Anliegen und Bedürfnissen ernst genommen werden. Konfliktebenen müssen reduziert bzw.

abgebaut und ein besseres gegenseitiges Verhältnis zu Lehrerinnen und Lehrern erschaffen werden.

Forderung:

Folgende Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler innerhalb und außerhalb der Schule müssen gesichert bleiben oder weiter ausgebaut bzw. die Rahmenbedingungen verbessert werden im Aufgabenkreis:

- des/der VerbindungslehrerIn,
- des Schülerrats,
- des Elternrats,
- der Lehrerkonferenz,
- der Schulkonferenz,
- der Ombudsfrau,
- der StreitschlichterInnen.

Weiter wird gefordert:

- mehr Zeit für Gespräche,
- mehr Ausflüge und Klassenreisen.

Mit diesen Funktionen und Gremien kann für Schülerinnen und Schüler das partnerschaftliche und persönliche Verhältnis mit den Lehrkräften gefördert, gestärkt bzw. gesichert und Konflikte auf der Grundlage eines gegenseitigen Respekts vermieden werden.

10. Feedback:

Um den Unterricht zu verbessern, wünschen sich die Schülerinnen und Schüler die Einführung von einem in den Unterricht integrierten Feedback.

Forderung:

Das Feedback soll folgenden Rahmen umfassen (Vorschläge zur Methodik):

- Feedback in Form von roten und grünen Karten
 - rote Karte: negative Anmerkungen + Verbesserungsvorschläge,
 - grüne Karte: positive Anmerkung + Tipps + Lob + Wünsche.
- Feedback alle 1 bis 2 Woche
 - Schülerinnen und Schüler erhalten die Karte;
 - geben ihre Meinung ab;
 - Klassensprecher/innen werten die Karten aus und erstellen ein "Gesamtfeedback", welches dem Lehrer / der Lehrerin übergeben wird;
 - Gespräche mit dem Klassenlehrer / der Klassenlehrerin;
 - "Gesamtfeedback" sollte freundlich formuliert sein;
 - Schülerrat kontrolliert den Ablauf des Feedbacks.
- Vorschläge für ein Feedback an den Lehrer / die Lehrerin:
Einleitungssatz: Fragen zum
 - Lehrer
 - Unterricht

Das Feedback soll immer in der Mitte des Halbjahres stattfinden.

11. Schulstruktur:

Auf dem 8. SchülerInnenforum stellten nach einer Kartenabfrage die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler fest, dass überwiegend negative Punkte zur Schulstruktur angemerkt wurden. Die Struktur wird vor allem als selektiv und ungerecht empfunden. Außerdem wurde angemerkt, dass durch die frühe Entscheidung für eine Schulform mit ihrem Abschluss ein zu hoher Leistungsdruck für jüngere Schülerinnen und Schüler entsteht.

Forderung:

Eine längere Grundschulzeit, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden.

Eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen.

Eine gerechte Einteilung der Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Schulformen.

„Öffentlicher Dialog“

mit der Senatorin der Behörde für Bildung und Sport (BBS), Frau Dinges-Dierig und dem Leiter des Amtes für Bildung, Herr Dr. Dittmar am 18. Oktober 2005 zu den Forderungen

des 6. Schülerforums:

„Was wollen wir an Schule verändern?“;

des 7. Schülerforums:

**„Schule als Lebensraum –
Was denkbar ist, ist machbar!“**

und des 8. Schülerforums:

„Mehr Zeit zum Lernen!“

Folgende thematische Schwerpunkte wurden gesetzt:

1. Welche Angebote werden in Zukunft die Ganztagschule prägen?
2. Wie wird gesichert, dass die Schule als positiver Lebensraum zum Lernen motiviert und unterstützt?
3. Wie werden sich die Ideen Hamburger SchülerInnen in den Planungen der Behörde wiederfinden?

Zu 1.: Welche Angebote werden in Zukunft die Ganztagschule prägen?

Von der Senatorin und dem Leiter des Amtes für Bildung wurden für die verbesserte Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes folgende Schwerpunkte formuliert:

- **Stärkung der Rhythmisierung des Fächerangebots:**
 - Anzahl der Unterrichtsfächer übersichtlich gestalten;
 - Unterrichtsfächerfolge optimieren durch aktive und passive Lernphasen; Angebot eines Lernrhythmus unter Berücksichtigung einer altersbedingten Konzentrations- und Lernfähigkeit der SchülerInnen.

Forderung der SchülerInnen:

Unterrichtsfächer auf ein Schulhalbjahr „reduzieren“;

- **Änderung des Gestaltungsrahmens während des Unterrichts und der Pausen:**
 - Öffnung bei der Gestaltung des Stundenplans unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten der (flexibilisierten) Stundentafel; frei zu wählendes Lernangebot auf der Grundlage der Bildungspläne zur Stärkung der Eigenverantwortung der SchülerInnen beim individuellen Lernprozess;
 - Aufhebung der Pausenklinglel möglich;

- Aufhebung der Pausenklingel möglich;
- Verbesserte Zusammenarbeit mit dem Stadtteil – verstärkte Kontakte zu Sportvereinen und anderen Einrichtungen, die von den Schülerinnen und Schülern und anderen Bewohnern der Region frequentiert werden.
- **Besondere Anforderungen an die jeweilige Schule:**
 - Umsetzung der Bildungspläne;
 - Umgang mit der Methodenfreiheit der Lehrkräfte;
 - Umsetzung der Anforderungen der Kultusministerkonferenz (KMK).
- **Lebensraum Schule neu gestalten – Verantwortung obliegt der einzelnen Schule:**
 - Die selbstverantwortete Schule verbunden mit der geplanten Schulinspektion gibt den Schulen zukünftig mehr Gestaltungsraum;
 - Schule als Lernwerkstatt verstehen mit den Lehrkräften als ModeratorenInnen.
- **Formulierte Ansprüche der BBS:**
 - Transparenz bei Konzeptions- und Finanzplanungen in der BBS und in den jeweiligen Schulen (siehe Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG), Schulkonferenz);
 - Überarbeitung des Raumprogramms – Neuformulierung der Musterraumverordnung (wird bereits überarbeitet).
- **Plädoyers:**
 - Frau Dinges-Dierig: Das gesamte Schulsystem muss so verändert werden, dass es im jeweiligen Unterricht und bei den SchülerInnen ankommt. Die Vorhaben der Selbstverantworteten Schule (SvS), der Qualitätssicherungen und -entwicklungen sowie die Reform der Beruflichen Schulen etc. schaffen neue Voraussetzungen.
 - Herr Dr. Dittmar: Die SchülerInnen müssen den Mut entwickeln, den Willen nach Veränderungen offen anzusprechen und die Transparenz über Entscheidungen einzufordern.

Folgende Konfliktebenen wurden thematisiert:

- Lehrerarbeitszeitmodell
- Vergleichsarbeiten
- Abschlussprüfungen
- Schulzeitverkürzung
- Rahmenpläne
- Raumressourcen

Zu 2.: Wie wird gesichert, dass die Schule als positiver Lebensraum zum Lernen motiviert und unterstützt?

Die Senatorin und der Leiter des Amtes für Bildung stellen verschiedene Überlegungen und geplante Vorgehensweisen zur Förderung der Selbsteinschätzung des Lernens und der Lernerfolge durch die SchülerInnen selbst vor (mögliche Modelle):

- **Durch Bildungs- und Rahmenpläne festgelegte Lernziele:**
 - Vor der Arbeit anonyme Selbsteinschätzung hinterlegen,
 - Abweichungen des/der Schüler/in bzw. der Lehrkraft werden dokumentiert und am Ende des Schulhalbjahres thematisiert,
 - Schulen erarbeiten eigenständig über die Klassen- bzw. Schulkonferenz Verfahrensweisen.

- Für die Unterrichtsmitgestaltung ist es notwendig, dass die SchülerInnen Einblicke in die Vielfalt der Unterrichtsmethoden erhalten. Es muss eine Basis geschaffen werden, die Bereitschaft für gegenseitige Hospitationen der Lehrkräfte zu sichern.
- **Schülerfeedback:**
 - Geplanter Einstieg ab 1.8.2006;
 - das Feedback-Verfahren wird neun Qualitätsbereiche umfassen, die Rückmeldungen von SchülerInnen, Lehrkräften und Eltern berücksichtigen sollen;
 - entsprechende Fragebögen sollen verpflichtend eingesetzt und – von der BBS vorgegeben – auf der Grundlage von Lernzielen und Leistungsvereinbarungen in Schulkonferenzen modifiziert werden.
- **Leistungsbewertung / Zensuren**
 - In der APO-AS und APO-AH sind die Grundsätze der Leistungsbewertung definiert und bilden die formale Grundlage für Entscheidungen (z.B. Zusammenfassung der Halb- und Jahresnoten am Ende des Schuljahres).

Forderung der Schülerforen: Semesternoten

Zusage der BBS: Prüfung durch BBS

Zu 3.: Wie werden sich die Ideen Hamburger SchülerInnen in den Planungen der Bildungsbehörde wiederfinden?

Austausch von Forderungen und Wünschen:

- **Bildungspläne:**

Forderungen der Schüler/innen: Lern- und Fachkompetenzen sind klar zu definieren, verbunden mit einer Verteilung von Verantwortlichkeiten auf die Lehrkräfte sowie der SchülerInnen.

Aus **Sicht der BBS** hat sich die bisherig Praxis der Anhörung auf Ebenen der Fachreferenten und Gremien vorab bewährt.

Forderung der SchülerInnenkammer: Die SchülerInnen möchten über ihre gewählten Vertretungen zukünftig mehr in Entscheidungsprozesse über die Inhalte der Bildungspläne eingebunden werden.
- **Partnerschaft zwischen Schüler/innen und Lehrkräften:**
 - Die Rolle und die Funktion der LehrerInnen als ModeratorInnen muss neu definiert werden;
 - eine Vertrauensbasis ist zu stärken auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts;

Bedenken der Schüler/innen: Wegen des Lehrerarbeitszeitmodells befürchten die SchülerInnen, dass der (Zeit)Raum für Gespräche kleiner wird.
- **Streitschlichtung**

Das Projekt „Streitschlichtung“ wird von den SchülerInnen als ein wichtiger Beitrag zur Festigung eines guten Klimas in der Schule bewertet. Sie wünschen sich einen weiteren Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen und Verbesserung der Rahmenbedingungen vor Ort.

Hinweis: Die BBS bildet jährlich 20 Lehrkräfte aus zur Sicherung der Ausbildung und Betreuung von SchülerInnen in ihrer Funktion als Streitschlichte-

rInnen. Das Programm unter dem Motto: „youth to youth“ hat sich bewährt und soll weiter ausgebaut werden.

- **Durchlässigkeit zwischen Bildungsebenen**

Die verschiedensten Diskussionen der SchülerInnen auf den SchülerInnenforen haben das Problem bekräftigt, dass die konkurrierenden Bildungssysteme in Hamburg eine Durchlässigkeit der Bildungswege behindert und die Übergänge bzw. Anschlussbedingungen für die SchülerInnen unübersichtlich sind.

Unabhängig davon wurde beim „Öffentlichen Dialog“ der Feststellung zugestimmt, dass die Qualität und die Erfolge der einzelnen Schulen unabhängig von der allgemeinen Schulstruktur sind.

Siehe Anhang Seite 61:

Reader zum 8. SchülerInnenforum

„Zeit zum Lernen?!“ –

Dokumentation einer Reise nach Lund/ Schweden

Forderungen des 9. SchülerInnenforums: „Demokratie in der Schule!“

Am 30. November 2005 haben sich auf Einladung der SchülerInnenkammer Hamburg 130 Hamburger SchülerInnen im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung zusammen gesetzt und gemeinsam folgende Fragen diskutiert: Welchen Stellenwert hat die Demokratie an Hamburger Schulen? Wie wird die Erziehung zur Demokratie – wie sie in den Bildungsplänen festgeschrieben ist – umgesetzt? Welche Erfahrungen liegen den SchülerInnen gemeinsam mit den LehrerInnen sowie Schulleitungen bei der Gestaltung eines demokratischen Schulalltags vor?

Zur Vorbereitung des 9. SchülerInnenforum sind 16 Hamburger SchülerInnen nach Prag gefahren, um mit tschechischen Jugendlichen die Grundsätze der Demokratie zu diskutieren unter Berücksichtigung des unterschiedlichen geschichtlichen Hintergrunds beider Länder. Die Eindrücke Hamburger SchülerInnen beim Besuch der Prager Schulen haben Impulse für die Diskussion über den demokratischen Schulalltag in Hamburg geben können.

Folgende Forderungen dokumentieren Ansprüche und Erwartungen Jugendlicher an eine Demokratie in der Schule.

1. Räume der Demokratie in Schule – demokratische Schulgestaltung

Um sich wohl zu fühlen, muss man mitgestalten können, auch in der Schule. Damit meinen wir, die Hamburger Schülerinnen und Schüler, nicht nur die äußere Gestaltung der Schule, sondern auch die, des schulischen Lebens. Da SchülerInnen zweifelsfrei ein entscheidender Bestandteil von Schule sind, muss jedem/r Einzelnen die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv in den Gestaltungsprozess der Schule einbringen zu können. Die drei entscheidenden Bestandteile hierfür müssen sein:

1. die Sammlung von Kritik,
2. der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen und
3. der Umsetzung dieser.

Nur so können individuelle Bedürfnisse ermittelt und darauf eingegangen werden.

Forderung:

Nur wer ausreichend über Aktuelles und Geplantes an seiner Schule informiert ist, kann darauf Einfluss nehmen. Deshalb fordern Hamburger SchülerInnen Transparenz im Schulgeschehen. Um dies zu verwirklichen, brauchen wir regelmäßig stattfindende Vollversammlungen, auf denen Schulleitung und Schülervvertretung berichten. Darüber hinaus sollte es eine regelmäßige Diskussionsrunde mit SchülerInnen und Schulleitung geben, auf der ein Austausch über aktuelle und geplante Anlässe stattfindet.

Um Kinder und Jugendliche so früh wie möglich an Beteiligungsstrukturen heran zu führen, fordern Hamburger SchülerInnen die Einrichtung von SchülerInnen-LehrerInnen-Runden, die sich aus allen SchülerInnen einer Klasse und aller ihrer LehrerInnen zusammensetzen. Diese Runde tagt monatlich und bespricht klasseninterne Probleme.

Auf Schulebene fordern Hamburger SchülerInnen einen gewählten Evaluationsausschuss, gebildet aus SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern. Diesem Ausschuss können zu jeder Zeit schulinterne Kritik- und Anregungsbriefe geschrieben werden, zu denen er dann Lösungsansätze erarbeitet, welche auf einer Vollversammlung vorgestellt und von allen abgestimmt werden.

Am Ende eines Schuljahres wird dieses mit Hilfe einer „Open-Space-Phase“ unter Beteiligung der gesamten Schule ausgewertet und alternative Problemlösungs- und Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet, auf die im folgenden Schuljahr eingegangen wird. So wird gewährleistet sein, dass wirklich jedem die Möglichkeit gegeben wird, seine Ideen einzubringen.

2. Demokratieerziehung – demokratischer Unterricht

2.1 Demokratie erlernen:

Schule soll auf ein späteres Leben vorbereiten, sie spielt eine wichtige Rolle in der Sozialisation eines Jeden. Möglichst früh müssen fachliche, aber auch soziale Kompetenzen erlernt, Kinder zu verantwortungsvollen Menschen erzogen und insgesamt bei SchülerInnen ein demokratisches Grundverständnis gebildet werden. Im Schulalltag, so wie er im Moment aussieht, liegt der Schwerpunkt jedoch viel zu stark auf rein fachlichen Aspekten.

Forderung:

Eine demokratische Gesellschaft beruht auf Gleichberechtigung. Aber schon in der Schule werden falsche Signale ausgesandt, Klassifizierung und Selektion finden täglich statt. Um das kontraproduktive Konkurrenzdenken zwischen SchülerInnen abzuschaffen, und es durch ein Gemeinschaftsgefühl zu ersetzen, halten Hamburger SchülerInnen es für zwingend notwendig, die Bewertung durch Noten abzuschaffen. Stattdessen werden Berichtzeugnisse für sinnvoller erachtet, da sie die Möglichkeit bieten, intensiv und vor allem konstruktiv auf individuelle Fähigkeiten, Erlerntes und Sozialverhalten einzugehen.

Das Erlernen sozialer Fähigkeiten kann, wie alle Lernprozesse, nur über das Geben neuer Impulse geschehen. Das Kopieren des Verhaltens Älterer spielt dabei eine große Rolle. Durch das bewusste Einnehmen einer Vorbildfunktion wird sowohl das eigene Verhalten bewusster reflektiert und die Motivation gesteigert, als auch anderen, den Jüngeren die Möglichkeit gegeben, von einem zu lernen. Deshalb fordern Hamburger SchülerInnen die Institutionalisierung von altersübergreifendem Unterricht.

2.2 Demokratie üben:

Auch hier ist die Relevanz von Mitbestimmung unbestreitbar. Lustlosigkeit und Frustration sind leider häufig auftretende Phänomene im Hamburger Schulalltag. Davon betroffen sind sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen, wobei das eine häufig das andere bedingt. Um dem entgegen zu wirken, müssen SchülerInnen neu motiviert werden. Eine Motivationssteigerung wird erreicht, wenn SchülerInnen selbst entscheiden können, was sie wie wann lernen wollen.

Forderung:

Zur Steigerung der Motivation fordern Hamburger SchülerInnen ein Mitbestimmungsrecht für SchülerInnen über Unterrichtsinhalte, Methoden und Zeitgestaltung. Um dies umsetzen zu können, wird die Einrichtung von Fachkonferenzen gefordert, in denen SchülerInnen einer Klasse und deren Fachlehrkräfte Unterrichtsziele formulieren und gemeinsam ein Umsetzungskonzept, sowie ein da-

zugehöriges Methodenheft ausarbeiten. Dieser Leitfaden ermöglicht es, konstruktiv und unter Berücksichtigung möglichst vieler individueller Bedürfnisse und Wünsche den Bildungsauftrag umzusetzen. Im Zuge dessen, wollen Hamburger SchülerInnen auch die Aufhebung des 45-Minuten-Rhythmus, damit eine der Unterrichtsgestaltung angepasste Zeiteinteilung vorgenommen werden kann und Arbeitsprozesse nicht mehr an falscher Stelle künstlich unterbrochen werden.

Um sowohl LehrerInnen, als auch SchülerInnen auf diese noch ungewohnte Art der Unterrichtsplanung vorzubereiten, erachten die Forumsteilnehmenden die Entwicklung gemeinsamer Fortbildungskonzepte für absolut notwendig.

3. Gleichberechtigung von LehrerInnen und SchülerInnen

Um ein für Lernende und Lehrende angenehmes Arbeitsklima zu schaffen, ist es von äußerster Notwendigkeit, dass alle direkt am Lernprozess der SchülerInnen beteiligten Personen in einem möglichst positiven Verhältnis zu einander stehen.

Dies kann nur dann gewährleistet werden, wenn SchülerInnen und LehrerInnen gleichberechtigt sind. Solange LehrerInnen einen autoritären und ständig bewertenden Status gegenüber den SchülerInnen einnehmen, lernen diese nur für den Zweck, die Lehrkraft zufrieden zu stellen und nicht, um sich selbst weiterzubilden. Somit kann weder ein harmonisches Verhältnis bzw. Klima entstehen, noch nachhaltig währende Lernprozesse angestoßen werden. Eine zufrieden stellende Lernatmosphäre kann es nur geben, wenn die Lehrerin oder der Lehrer als inhaltlicher und methodischer Experte, sowie als Ansprechpartner, nicht aber als „Gegner“ angesehen wird.

Forderung:

Um ein vertrauens- und respektvolles Verhältnis zwischen LehrerInnen und SchülerInnen zu schaffen, fordern Hamburger SchülerInnen die Einführung von Schulverträgen. In diesen werden gesamtschulische Ziele formuliert und sowohl von SchülerInnen als auch LehrerInnen unterzeichnet, damit ein schulisches Gemeinschaftsgefühl entsteht und die Zusammenarbeit an der Schule angenehmer wird und auf Partnerschaft beruht.

Des Weiteren fordern Hamburger SchülerInnen pädagogische Fortbildungen für LehrerInnen, so dass Lehrkräfte über eine sachliche Ebene hinaus mit den SchülerInnen einer Schule zusammenarbeiten können.

Außerdem wünschen Hamburger SchülerInnen in ihrer jeweiligen Schule die Einrichtung einer Vertrauensperson für SchülerInnen, welche keine Lehrkraft sein soll. Diese muss als neutrale Instanz hinzugezogen werden können, zum Beispiel bei Konflikten um die Bewertung einzelner SchülerInnen.

4. Chancen und Vielfalt - Integration

Nahezu alle internationalen Untersuchungen des Schulwesens in Deutschland haben gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund es meist schwerer haben, einen guten Schulabschluss zu bekommen als andere.

4.1 Vermeidung von Diskriminierung

Häufig werden Problematiken wie Fremdenfeindlichkeit, nur dann im Unterricht aufgegriffen, wenn es bereits zu einer Eskalation kam. Das muss geändert werden, um die Entstehung solches Konfliktpotentials zu vermeiden. Durch frühzei-

tiges Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen, wird Misstrauen durch Unwissen vermieden, Unverständnis und Ignoranz entgegengewirkt.

Forderung:

Deshalb fordern Hamburger SchülerInnen multikulturelle, sowie multireligiöse Unterrichtsinhalte vermehrt einzubinden. Die Teilnehmenden des Schülerforums wollen eine Sensibilisierung der Gesellschaft für Integrationsprobleme in der Schule erreichen, nicht nur folgend auf medienwirksame Skandale. Von der Behörde für Bildung und Sport fordern Hamburger SchülerInnen für eine verstärkte Präsenz dieser Thematik in Presse, Öffentlichkeit und Politik zu sorgen.

4.2 Vielfalt

Um die Kommunikation zwischen SchülerInnen und LehrerInnen unterschiedlicher kultureller Hintergründe zu verbessern, fordern Hamburger SchülerInnen verbindliche Fortbildungen für LehrerInnen in fremdsprachlichen sowie kulturellen Bereichen.

Die Einbindung von außerschulischen Partnern in diesem Zusammenhang halten die ForumsteilnehmerInnen für besonders sinnvoll, vor allem im Rahmen der Ganztagschulangebote.

Forderung:

Hamburger SchülerInnen fordern also die verpflichtende Einbeziehung sozialer Einrichtungen wie Jugendarbeitsstellen in den Schulalltag. So können sowohl groß angelegte Projekte (z.B. gegen Rassismus) mit Öffnung in den Stadtteil stattfinden, als auch ein breiteres Ausgleichsangebot an Ganztagschulen eingerichtet werden. Wenn nötig, sollen dafür Finanzierungsmittel von der Behörde für Bildung und Sport zur Verfügung gestellt werden bzw. eingeworben.

Siehe Anhang Seite 69:

Reader zum 9. SchülerInnenforum:

„Demokratie in der Schule?!“ –

Dokumentation einer Pragueise vom 20. bis 23. Oktober 2005

„Reise der Gegensätze“

Dokumentation des Gegenbesuchs der Tschechischen Schülerinnen und Schüler in Hamburg vom 24. bis 28. Februar 2006



Lasst uns Schule verbessern!

8. SchülerInnenforum

23. Februar 2005, 9.00 - 16.00 Uhr

Landesinstitut für Lehrerbildung
und Schulentwicklung (Felix-Dahn-Str. 3)

Zeit zum Lernen?!

Ein Reader zum 8. SchülerInnenforum



Impressum

Herausgeberin & V.i.S.d.P.:
SchülerInnenkammer HH
Meerweinstr. 28, 22303 HH
info@skh.de, www.skh.de
Fotos: www.photocase.de,
stock.xchng, privat; Quellen:
Skolverket, Auswärtiges Amt,
Ministerie van Buitenlandse
Zaken, Schwedenreisecrew

Jeden Tag gehen wir zur Schule, und das jahrelang. Oft ist es dort langweilig, die Themen sind nicht spannend vorbereitet, mitbestimmen darf man auch nicht viel und sowieso ist Schule doof...

Aber das muss ja nicht so sein! Nachdem 1998 zigtausend SchülerInnen für eine bessere Schule demonstrierten und sogar 168 Stunden lang pausenlos Tag und Nacht auf die Straße gingen, reagierte endlich die Schulbehörde. Am „runden Tisch“ entstand dann auch die Idee der SchülerInnenforen:

Sie bieten allen SchülerInnen die Gelegenheit, Ideen für die Schule von Morgen zu entwickeln. Dort entstehen Forderungen, die der Behörde vorgelegt werden und zu denen die Senatorin in einem „Öffentlichen Dialog“ Stellung nimmt. Außerdem bieten die Foren uns eine Plattform zum Austausch von Erfahrungen und für Diskussionen über die Bildungspolitik. Beim SchülerInnenforum haben wir die Chance zu beweisen, dass wir als Betroffene der Schulpolitik auch die Fachleute dafür sind und uns konstruktiv einbringen möchten.

Gerade jetzt werden viele Schulen in Hamburg zu Ganztagschulen umgebaut. Und so steht das achte SchülerInnenforum unter dem Titel „Zeit zum Lernen?!“. Doch was bedeutet das? Welche neuen Mitgestaltungsmöglichkeiten ergeben sich dort? Wie möchten wir uns dabei einbringen? Und wie kann der Tag in der Schule sinnvoll gestaltet werden?

Mitte Dezember haben sich Hamburger SchülerInnen nach Schweden aufgemacht, um die Möglichkeiten des gänztligen Lernens kennen zu lernen - dort wird schon seit Jahrzehnten an allen Schulen über den ganzen Tag verteilt gelernt. Zur Vorbereitung dieses SchülerInnenforums haben die SchülerInnen ihre Erfahrungen und Eindrücke mitgebracht und in diesem Reader zusammengefasst.

Im Rahmen eines SchülerInnenaustausches werden außerdem schwedische und niederländische SchülerInnen beim SchülerInnenforum mitmachen und ihre Erfahrungen mit den Chancen und Risiken der Ganztagschulen in die Gespräche einbringen.

In kleinen Gruppen können wir uns beim SchülerInnenforum mit der Schule als Lebensraum beschäftigen. Wir können uns auch fragen, ob Bewertungen überhaupt noch zeitgemäß sind. Wir können nachhaken, wie unsere Wünsche zur Schulentwicklungsplanung erfüllt werden. Und wie steht es eigentlich mit dem SchülerInnenfeedback in Hamburg? All das können wir miteinander klären.

Wir freuen uns auf dich!

Deine SchülerInnenkammer



Das Schulsystem der Niederlande



In den Niederlanden kommen die Kinder bereits mit vier Jahren in die Primarschule. Dort werden sie in ihrer emotionalen, geistigen und kreativen Entwicklung unterstützt und sollen ihre sozialen, kulturellen und körperlichen Fähigkeiten ausbauen.

Nach acht Jahren muss man sich zwischen drei verschiedenen Schultypen entscheiden:

Im „berufsvorbereitenden Sekundarunterricht“ werden die SchülerInnen in bis zu vier Jahren auf die Berufsschulen vorbereitet, die in regionalen Ausbildungszentren untergebracht sind. Der Praxisanteil ist dort sehr hoch.

Der „allgemein bildende Sekundarunterricht“ soll fit machen für eine berufsbildende oder wissenschaftliche Ausbildung an der Universität. Dies dauert in der Regel fünf Jahre.

Ein Jahr länger braucht man, um seinen Abschluss im „vorwissenschaftlichen Unterricht“ zu machen. Dieser dient wie unser Abitur als Zugangsberechtigung zur Uni oder Hochschule.

In den ersten zwei bis drei Jahren auf der Sekundarschule haben alle SchülerInnen ähnlichen Unterricht in 15 Pflichtfächern. Oft sind die verschiedenen Schultypen gemeinsam in Gesamtschulen untergebracht.

Fast alle SchülerInnen besuchen Ganztagschulen, und über drei Viertel aller Schulen sind Privatschulen, die aber vom Staat finanziert werden. Dieser macht entsprechend klare Vorgaben und kontrolliert die Schulen streng: Schultests und Unterrichtsinspektionen, deren Ergebnisse veröffentlicht werden, sind an der Tagesordnung.

In den Niederlanden geht man bis zum 16. Lebensjahr kostenfrei in die Schule, Schulbücher und andere Lehr- und Lernmittel müssen die Eltern aber bezahlen.



Die meisten Schulen sind Privatschulen - allerdings staatlich finanziert.



Offene Türen in der Grundschule.

Das Schulsystem von Schweden

Mit sechs Jahren kommen die meisten Kinder in die Vorschulklasse, wo jedes Kind in seiner Entwicklung und in seinem Lernen gefördert wird. Danach gehen alle SchülerInnen neun Jahre lang gemeinsam in eine Schule - die Grundschule.

Die meisten SchülerInnen wechseln anschließend direkt auf das Gymnasium (die „Oberstufe“). Für diese drei Jahre sucht man sich eins von 17 verschiedenen Programmen aus verschiedensten Bereichen aus: An „Katedralskolan“ in Lund kann man zum Beispiel zwischen einem kaufmännischen, einem naturwissenschaftlichen und einem sozialwissenschaftlichen Zweig wählen.

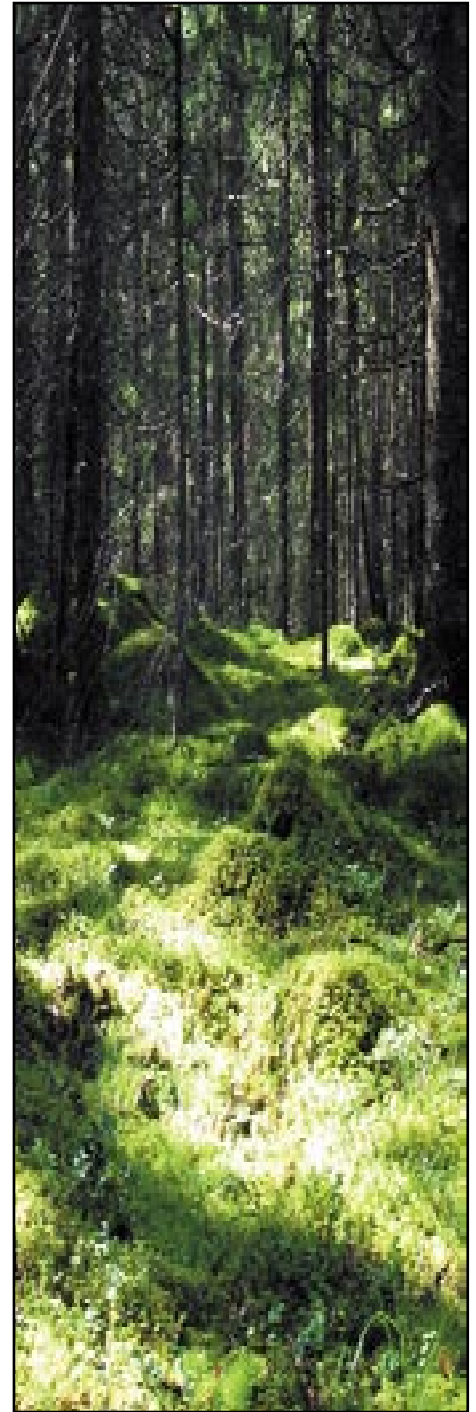
Man bekommt Unterricht in acht Kernfächern (Englisch, Kunst-erziehung, Sport und Gesundheit, Mathematik, Naturwissen-schaft, Sozialwissenschaft, Schwedisch) und besucht Kurse aus dem selbst gewählten Programm und frei gewählte Kurse.

Die Lehrpläne und Ziele der Schule werden vom Reichstag und der Regierung bestimmt. Die Gemeinden bekommen Gelder zur Verfügung gestellt, mit denen sie diese Richtlinien individuell ausgestalten können.

In den Schulen können Schulleitung, LehrerInnen und SchülerInnen gemeinsam entscheiden, wie sie Lehr-, Schul- und Kurspläne an ihrer Schule umsetzen wollen. Die SchülerInnen sollen hier intensiv an Inhalt und Gestaltung des Unterrichts und an der Schulsituation im Allgemeinen beteiligt werden. Demokratie wird praktisch gelebt, wie zum Beispiel im grundsätzlich vorhandenen SchülerInnenrat. Diese Selbstverständlichkeiten führen auch zu einem anderen Umgang miteinander: LehrerInnen und SchülerInnen duzen sich in Schweden.

Das Schulamt sorgt dafür, dass das Schulgesetz eingehalten wird und die Rechte der SchülerInnen geachtet werden. Außerdem begleitet es die Entwicklung der Schulen und legt alle drei Jahre einen Bericht zum Zustand des Schulwesens vor.

In Schweden zahlen die Eltern nichts für den Unterricht. Aber auch Lernmittel, Schulmahlzeiten und Schulbusse sind gratis.



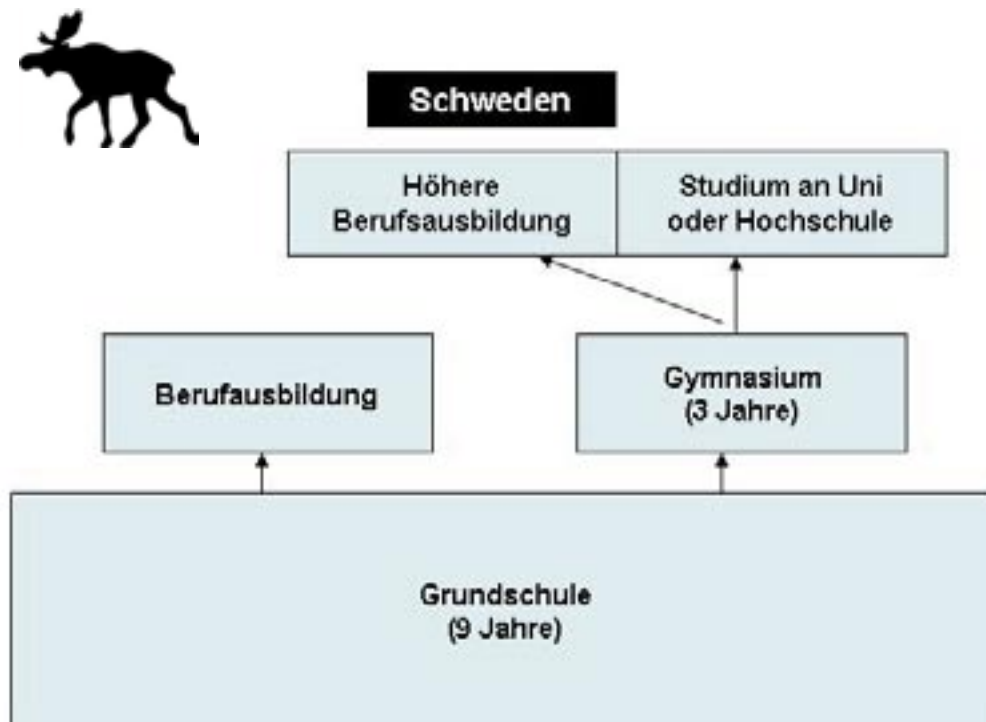
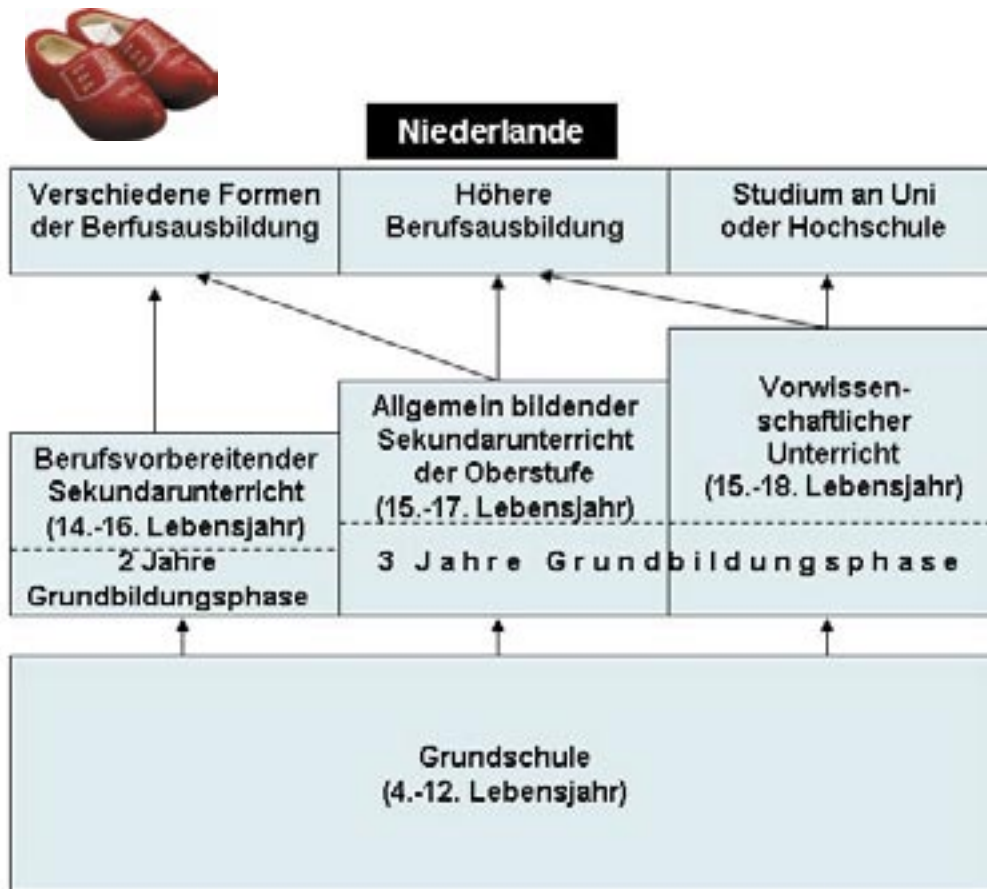
Blick auf die Fachräume von „Katedralskolan“.



Zwischen 17 Programmen muss man entscheiden.



Auf dem Prüfstand: Schulsysteme im Vergleich



So sieht's in Hamburg aus:

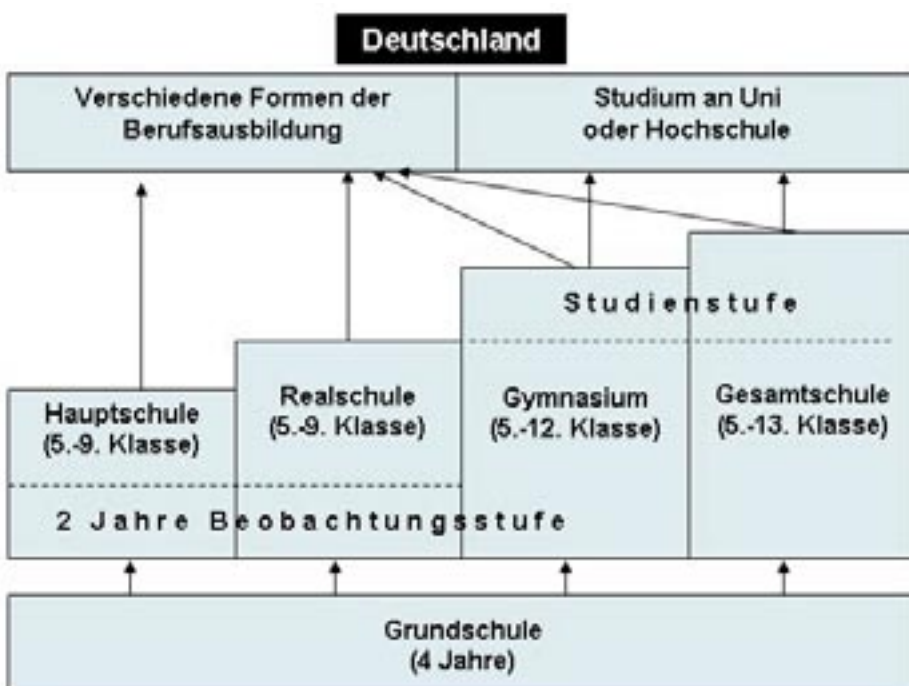
Ein ganz wichtiger Unterschied vorweg: In Deutschland gibt es nicht „ein Schulsystem“, denn bei uns ist Bildung „Ländersache“. Das heißt, dass jedes Bundesland eine andere Struktur hat und sogar andere Schulformen. Dieses Kuddelmuddel versuchen die PolitikerInnen jetzt mit deutschlandweit gültigen Bildungsstandards zu beenden. In den Plänen steht drin, was welche SchülerInnen wann wissen oder können sollten.

Im Vergleich zu Schweden und den Niederlanden wird bei uns sehr früh entschieden, auf welche weiterführende Schule ein Kind kommt: Nach vier Jahren Grundschule geht's entweder auf die Hauptschule (bis 9. Klasse), auf die Realschule (bis 10. Klasse) oder aufs Gymnasium (in Hamburg bis 12. Klasse). Alle drei Schulformen sind in der Gesamtschule vereinigt, so dass man dort jeden Abschluss machen kann, ohne sich nach vier Grundschuljahren für einen Schulabschluss zu entscheiden.

Und jetzt wird's wieder kompliziert: In Hamburg braucht man fürs Abi an der Gesamtschule ein dreizehntes Jahr, da es dort noch die Vorstufe zur Studienstufe gibt. Zusätzlich gibt es noch Aufbaugymnasien, die Haupt- und RealschülerInnen einen höheren Abschluss ermöglichen sollen.

Die Bundesregierung will in den nächsten Jahren 10.000 neue Ganztagschulen aufbauen; in Hamburg sollen es Ende nächsten Schuljahres knapp 70 von insgesamt 375 Schulen sein.

Schulbesuch und Lehr- und Lernmittel waren bislang gratis in Hamburg. Das wird sich nun ändern: Für Schulbücher müssen bald die Eltern zahlen und auch für die Nachmittagsangebote an Ganztagschulen sind Gebühren im Gespräch.





Was in Schweden anders ist

Eindrücke nach einem Besuch der schwedischen Katedralskolan



Angenehm und bequem:
Die Bibliothek in „Katedralskolan“.

„Die Bibliothek ist größer als so manche Bücherhalle in Hamburg. Die Türen in dieser Schule sind überall offen, das Gebäude ist schön. Und die Cafeteria: Wir haben in unserer Schule fünf Tische stehen, und hier gibt es eine richtig große Mensa. Ja, ich möchte in Schweden zur Schule gehen!“ (Nadine Neumann)

„Ich finde es sehr gut, dass die Schüler an der Katedralskolan ab der achten Klasse am Unterricht selbst mitgestalten können. Wenn sie einen Kurs gewählt haben, z.B. zum Thema „Lyrik“, dann können sie sich aussuchen, ob sie vielleicht ein Theaterstück dazu machen wollen oder Referate halten wollen, um am Ende eine Note zu bekommen. So kann man mitgestalten und dabei auch seinen persönlichen Interessen nachgehen. Das könnte man auch in Hamburg einführen!“ (Pinar Aksov)

„Ich habe mich gewundert, warum die Schülerin, die uns herumgeführt hat, ihre Lehrerin „Christina“ genannt hat. Sie hat uns dann erzählt, dass sie eigentlich alle Lehrer duzen, nur nicht die, die sie nicht mögen. Das „Sie“ ist dann eher eine Strafe für die Lehrer.“ (Kristina Lengardt)

„Im Matheunterricht wurden Aufgaben an die Tafel geschrieben, die aber mehr oder weniger freiwillig waren: Es gab keine Zensuren dafür, man konnte die Aufgaben bearbeiten, musste es aber nicht. Und wenn man dann einen schlechten Test geschrieben hat wusste man sofort: ‚Ich muss mehr tun‘. Ich finde es gut, dass die Schüler so dazu motiviert werden, selbst etwas zu lernen.“ (Gunnar Dallmann)

„Ich habe mit einem Lehrer gesprochen, der insgesamt 200 Schüler unterrichtet. Er kennt aber jeden persönlich und nimmt sich die Zeit, jedem Einzelnen Tipps zu geben, wie er am besten weiterlernen kann und wo er sich noch mehr anstrengen sollte.“ (Jakob Mücher)

Man sollte Lehrern auch die Möglichkeit geben, nachmittags in der Schule zu arbeiten. In der schwedischen Schule ist das eine Selbstverständlichkeit: Jeder Lehrer hat dort seinen eigenen Arbeitsplatz und ist dort auch für die Schüler ansprechbar.“ (Felix Pensky)



Von Büchern und Jacken befreit:
Alle haben einen eigenen Spind.



Gearbeitet wird an jeder Schule - das ist in Schweden genauso.



Voll normal: Die Türen der Klassenräume stehen immer offen.

„Die Schüler können in Schweden selbst mitbestimmen, wie der Unterricht abläuft: Am Anfang des Schuljahres setzen die Schüler sich mit ihren Lehrern zusammen und überlegen, wie sie lernen wollen, was sie am Ende wissen müssen. Das motiviert bestimmt ganz stark.“ (Julia Schwerbrock)

„Mir ist aufgefallen, dass die Schüler ihre Lehrer mit ihrem Vornamen anreden. Das ist viel persönlicher als in Hamburg, wo es immer heißt: ‚Ich Lehrer - du Schüler‘. Bei uns wird man auch immer gleich ins Klassenbuch eingetragen, wenn man zum Beispiel zu spät kommt - und hier ist das alles viel lockerer und dadurch angenehmer.“ (Malte Wilhelm)

„Ganz toll fand ich, dass die Schweden sehr viel selbständig arbeiten: Sie bekommen eine Aufgabe, zum Beispiel im Computerkurs einen Prospekt entwerfen. Dann hat jeder in seiner Geschwindigkeit das gemacht, was er sich ausgedacht hat. Sie können dann auch zum Lehrer gehen und nachfragen, aber ich glaube es ist sehr wichtig, dieses selbständige Arbeiten ohne den ständigen Zeit- und Noten- druck zu lernen.“ (Hanne Detel)

„Mir ist deutlich geworden, dass Lehrer und Schüler in Schweden an einem Strang ziehen, denn für beide ist Bildung das Wichtigste. Und deshalb haben sie auch ein ganz anderes Miteinander: Sie respektieren sich gegenseitig und lernen voneinander.“ (Jasper Grimbo, 19)

„Bemerkenswert an dieser Schule ist nicht nur das Engagement der Schüler, sondern auch das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Lehrern und der Schülerschaft. Die dort herrschende Atmosphäre lädt einfach zum Lernen ein! Was dies noch fördert ist, dass Lehrer nicht nur Menschen sind, die einem den Lernstoff näher bringen, sondern auch Ansprechpartner. An dieser Schule werden die Schüler zur Selbstständigkeit und zur Eigenverantwortung erzogen. Jeder entscheidet für sich, was ihm wichtig ist und was nicht. All dies führt dazu, dass die Schüler ihre Schule und das Lernen als angenehm empfinden. Dass diese Methode ihre Früchte trägt, merkt man spätestens an der Pisa-Studie und daran, dass den schwedischen Schülern ihre Bildung wichtig ist.“ (Farnaz Shahrokhi)



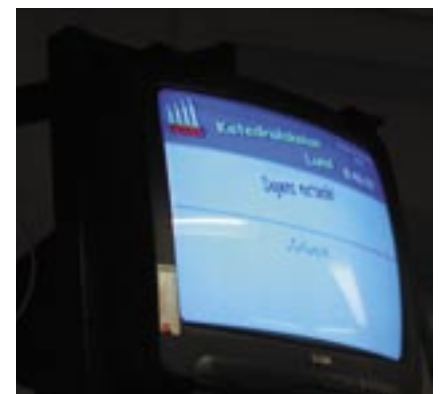
Eigene Arbeitsplätze für alle LehrerInnen: in Schweden kein Traum!



Selbständiges Arbeiten ohne Zeit- druck - hier funktioniert es.



In der Mensa ist viel Platz für viele SchülerInnen.



Was gibt's heute zu Mittag? Das Schulfernsehen informiert aktuell.



Wir gestalten mit!

Wie du an deiner Schule Verbesserungen bewirken kannst

Bei diesem SchülerInnenforum werden am Ende **viele tolle Ideen** herauskommen. Doch was geschieht mit all den Forderungen?

Das Motto der Foren – „Lasst uns Schule verbessern!“- ist ganz praktisch gemeint: **Wir können in unseren Schulen in den Gremien mitreden** und dadurch unsere **Ideen und Vorstellungen in den Schulalltag einbringen und diesen mitgestalten**.

Ein erster Schritt ist getan, wenn du deinen MitschülerInnen von den Ergebnissen des SchülerInnenforums berichtest und sie vielleicht auch für das eine oder andere Projekt begeistern kannst. Das solltest du unbedingt **auf einer SR-Sitzung zum Thema machen**; und du kannst auch in einer Klassenratsstunde berichten.

Gemeinsam sind wir stark! Wenn du eine Idee in der Schule umsetzen möchtest, brauchst du Unterstützung. **Zusammen erreicht man mehr und wird auch stärker wahrgenommen**. So kann zum Beispiel der SchülerInnenrat ein Vorhaben mit einem Beschluss unterstützen.

Um sich intensiv mit größeren Themen und Projekten zu beschäftigen, bietet sich vielleicht ein **SchülerInnenrats-Wochenende** an.

Bei Dingen, die von der Schulkonferenz beschlossen werden müssen, solltest du vorher am Besten **auch die Eltern und LehrerInnen für deine Pläne begeistern**, um eine Mehrheit zu bekommen.

Über die Schulkonferenz können zum Beispiel **spezielle Ziele und Angebote der Schule ins Schulprogramm aufgenommen werden**.

Die bisherigen SchülerInnenforen hatten folgende **Themen**:

- 1.: Diesen Unterricht wollen wir!
- 2.: So wollen wir Unterricht mitgestalten!
- 3.: So wollen wir an beruflichen Schulen unterrichtet werden!
- 4.: Gymnasiale Oberstufe heute ...und morgen?
- 5.: Das wollen wir lernen!
- 6.: Das wollen wir an Schule verändern!
- 7.: Schule als Lebensraum - Was denkbar ist, ist machbar!

Das siebte Forum war ein ganz besonderes: 150 SchülerInnen fuhren für ein Wochenende nach Bielefeld, um sich dort die Reformschulen anzuschauen und ihre Ideen zu diskutieren.

Einen Rückblick auf diesen **Hamburger SchülerInnenkongress** findest du unter www.skh.de/kongress

Alle Forderungen der bisherigen SchülerInnenforum kannst du im Internet unter www.skh.de/forum abrufen.

Einige Ideen und Forderungen früherer SchülerInnenforen:

Unterrichtsfach
„Selbständigkeit“

SchülerInnenfeedback

VerbindungslehrerInnen für
Kooperationen zwischen Schule
und Stadtteil

jahrgangsbezogene
SchülerInnen-LehrerInnen-
Eltern-Konferenzen

Mehr „Neue Medien“ in die
Schulen und mehr PC-Fortbil-
dungen für LehrerInnen

Mitbestimmung bei der
neuen Schulleitung



Im Land der Elche: Hamburger SchülerInnen auf der Reise, schwedische SchülerInnen mit Hamburg-Shirts

Dokumentation einer Prag-Reise
20. bis 23. Oktober 2005



Reader zum 9. SchülerInnenforum: **Demokratie in der Schule?!**

Mittwoch, 30. November 2005 in Hamburg

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Straße 3





„Demokratie in der Schule!?“ Reader zum 9. SchülerInnenforum

„Demokratie“ – was versteht man eigentlich unter diesem Begriff? Gibt es eine klare Definition? Ist die freie Meinungsäußerung das wesentlichste Merkmal einer Demokratie? Und gibt es nicht Alternativen, die „besser“ sind als dieses Gesellschaftssystem?

Mit diesen und vielen weiteren Fragen haben sich 16 Hamburger SchülerInnen aus der SchülerInnenkammer Hamburg (skh), den Kreisschülerräten und Schulen mit den Projekten „Jugend debattiert“ und „Demokratie lernen und leben“ auseinandergesetzt. Jedoch: die inhaltliche Diskussion fand weder in Hamburg statt, noch war die SchülerInnengruppe unter sich ...

Die immer weiter entwickelte „Europa-Idee“ der VertreterInnen der skh und der Behörde für Bildung und Sport will verstärkt einen schulischen Meinungsaustausch europäischer Jugendlicher untereinander ermöglichen. Bisher gab es Kontakte zu Schweden, Finnland, Niederlande und Dänemark. Jetzt ging es für die Hamburger SchülerInnen nach Osteuropa. Besser gesagt in die tschechische Hauptstadt Prag, wo es zur Vorbereitung des 9. SchülerInnenforums bereits hitzige Diskussionen zum Thema Demokratie gab. Wer könnte die Frage nach der Prager Auslegung von „Demokratie in der Schule!?“ besser beantworten, als die tschechischen SchülerInnen selbst?!

So bestand also für die Hamburger Gruppe die Möglichkeit, nicht nur in vier verschiedenen Schulen den tschechischen Schulalltag aktiv zu erleben, sondern einfach auch die Stadt und ihre Menschen kennen zu lernen. Betrachtet man ganz Europa, so leben auf einer Fläche von 10,5 Millionen Quadratmetern rund 730 Millionen Menschen in den verschiedensten Regionen und Verhältnissen, mit den unterschiedlichsten Sicht- und Lebensweisen und ihrer eigenen Geschichte. Von denen wir sicher nicht viel wissen (können). Wie machen z.B. andere europäische Länder Schule? Wie werden Kinder und Jugendliche (an)gesehen? Welche Rechte haben sie?

Organisiert und koordiniert wurde der Schüleraustausch zwischen Hamburg und Prag von der Behörde für Bildung und Sport / SchullInformationsZentrum (SIZ) gemeinsam mit dem Goethe-Institut-Prag. Ein Dank geht an den Sponsor Commerzbank Prag.

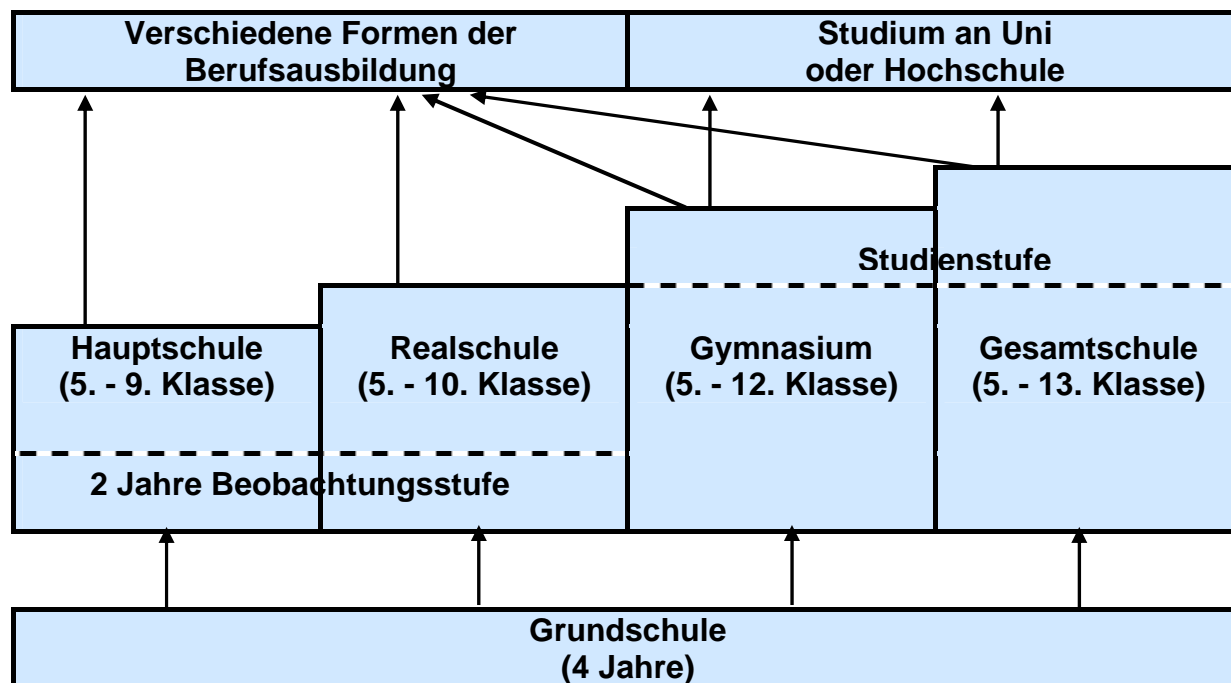
Und was genau nun alles in Prag erarbeitet, erfahren und erlebt wurde, seht und lest Ihr auf den folgenden Seiten am Besten selbst! Viel Spaß dabei.

Die von den SchülerInnen auf dem 9. SchülerInnenforum „Demokratie in der Schule!?“ am 30 November 2005 erarbeiteten Ergebnisse werden der Hamburger Bildungsministerin vorgestellt. Sie hat der SchülerInnenkammer Hamburg zugesagt, die Forderungen der SchülerInnen auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen und in ihrer Behörde zu diskutieren.





Deutschland



Ein ganz wichtiger Unterschied vorweg: In Deutschland gibt es ein gegliedertes und ein integratives Schulsystem. Bei uns ist die Bildungspolitik „Ländersache“, das heißt, dass jedes Bundesland ein eigenes Schulgesetz und eigene Bildungspläne hat. Dieses Kuddelmuddel versuchen die PolitikerInnen jetzt mit deutschlandweit gültigen Standards zu beenden. In den Bildungsplänen steht drin, was welche SchülerInnen wann wissen oder können sollten.

Im Vergleich zur Tschechischen Republik wird bei uns früher entschieden, auf welche weiterführende Schule ein Kind kommt: Nach vier Jahren Grundschule geht's entweder auf die Hauptschule (bis 9. Klasse), auf die Realschule (bis 10. Klasse) oder aufs Gymnasium (seit 2002 in Hamburg bis 12. Klasse). In der Gesamtschule sind alle drei Schulformen vereinigt, so dass man dort jeden Abschluss machen kann, ohne sich nach vier Grundschuljahren für einen Schulabschluss zu entscheiden.

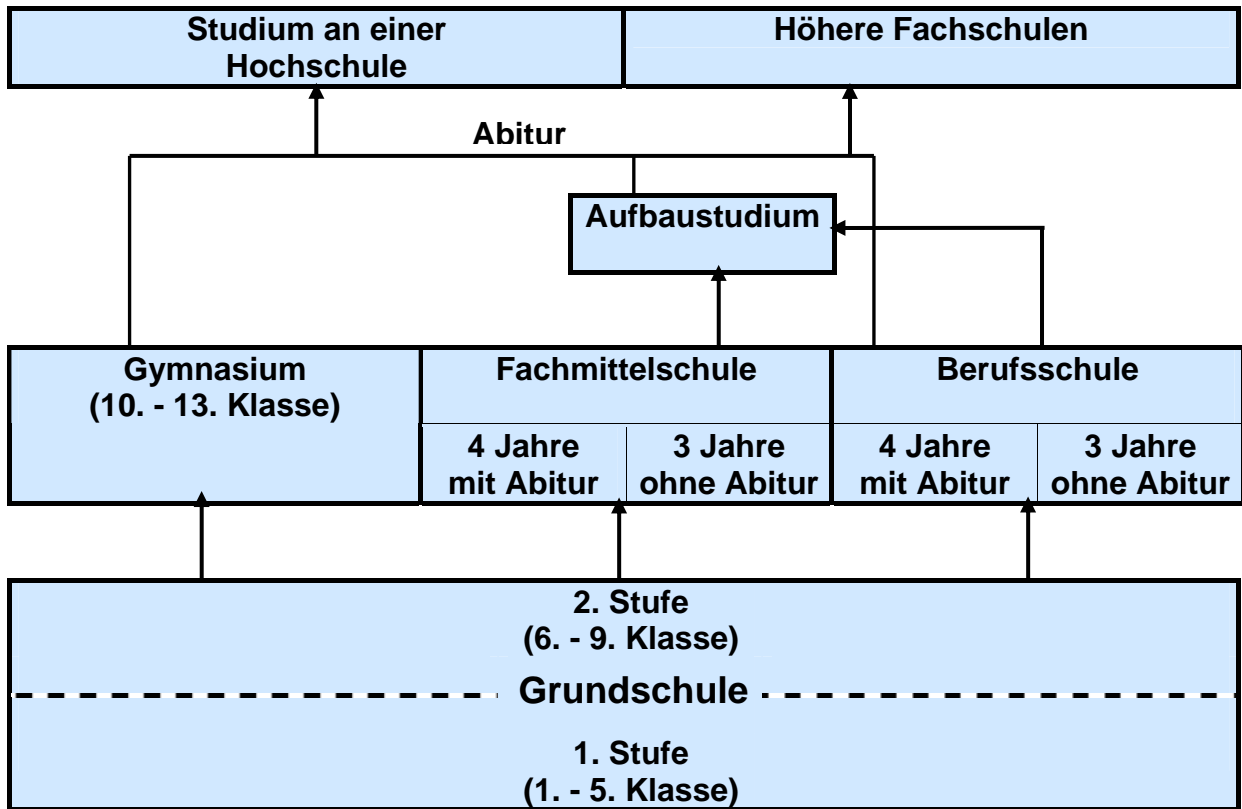
Die Besonderheit dabei ist nur: will man sein Abitur auf einer Gesamtschule machen, so muss man in Hamburg weiterhin 13 Jahre zur Schule gehen.

Zusätzlich gibt es noch neben anderen beruflich orientierten Schulen das Aufbaugymnasien, welche Haupt- und RealschülerInnen einen höheren Schulabschluss ermöglichen.





Tschechische Republik



Die tschechischen SchülerInnen beginnen nach einer freiwilligen Vorschulerziehung mit der Grundschule, die sich in zwei Stufen gliedert: Die Unterstufe umfasst die 1. bis 5. Klasse und die Oberstufe die 6. bis 8. / 9.Klasse. Aufgrund der Ergebnisse bei der Aufnahmeprüfung und mit Berücksichtigung der Benotung an der Grundschule, werden die SchülerInnen danach zum Studium an der so genannten Mittelschule aufgenommen. Diese gliedert sich in Gymnasien, Fachschulen, Konservatorien und Berufsschulen. Danach kann ein Studium an einer Universität oder Hochschule folgen. Natürlich gibt es auch noch andere Formen und Wege der anschließenden Berufsausbildung.

Im Unterschied zu Deutschland kennen die tschechischen SchülerInnen „nur“ eine Notenskala von eins bis fünf. Seit 1993 ist nach Vereinbarung mit den Eltern auch eine Leistungsbewertung in Form eines Berichtes möglich. Und genau so wie in Hamburg bekommen die SchülerInnen in der Mitte und am Ende des Schuljahres ein Zeugnis.





Schüleraustausch Hamburg / Prag – 20. bis 23. Oktober 2005
Kooperationsprojekt: Bildungsbehörde Hamburg / Goethe-Institut-Prag

Hamburger Schüler/innen in Prager Schulen / Besuchsprotokoll:

Schule: Thomas-Mann-Gymnasium

Namen des Teams: Joana, Laura, Marcus, André & Julia (Gruppe Pink⁴)

Was ist uns an der Schule besonders aufgefallen?

1. Gebäude / Klasse: einfache Bauweise, innen jedoch sehr sauber (Hausnummer) und gut ausgestattet; sieht alles recht neu aus (nach Wende gebaut). Freundliche Atmosphäre, sehr kleine Schule, Gemütlichkeit wegen der Größe.
2. Unterricht:
 - a) Ablauf
 - Aufstehen, wenn Lehrer kommt
 - Frontalunterricht
 - Trinken erlaubt
 - Leute werden drangegenommen
 - b) Inhalt
 - Songs, Spiele, mündlicher Teil in Unterricht integriert
 - Zwei bis drei Gruppen bei Sprachen: verschiedene Level.
3. Atmosphäre (zwischen den Schüler/innen; zwischen den Schüler/innen und Lehrer/innen):
 - zw. Schülern sehr gut; viele Individualitäten und Charaktere und dennoch extrem zusammenhaltende Gemeinschaft. Warme Atmosphäre.
 - Lehrer-Schüler: unterschiedlich, Autoritätspersonen, aber vom Lehrer abhängig.
4. Schulablauf insgesamt:
 - Ab 8¹⁵, aber Frühstunden sind die Regel (z.T. 4x),
 - z.T. bis 16⁰⁰ Uhr Unterricht (ähnlich Ganztagschule)
5. Pausen:
 - Regelmäßig nach den Stunden (45min.-Stunden)
 - Sofort wird Musik angestellt.
 - Wasserspender stark frequentiert. Spindels für jeden Schüler.
6. Sonstiges
 - 8 Klassen (1-zügig), unter 200 Schüler; sehr kleine Kurse (max. 7) in Sprachen u.U. anderen Fächern; z.T. nur 5 Abiturienten.
 - Privatschule; Schulgeld (900€/Jahr); Schülerrat, neu: Schülerrat mit Unengagiert. Schülern. Schüler angeblich aber geschlechtlich-orientierungstechnisch bedingt eher



Was ist „Jugend debattiert“?

„Jugend debattiert“ wird von der gemeinnützigen Hertie – Stiftung in Kooperation mit der Stiftung Mercator, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Robert Bosch Stiftung durchgeführt.

Das Projekt bietet einen Wettbewerb und Training in der deutschen Sprache:

Der Wettbewerb lädt ein zum Debattieren. Debattieren heißt: Position beziehen, Gründe nennen, Kritik vortragen – gegen- und miteinander. Die Aufgabe dabei ist immer gleich: jeweils vier Teilnehmer debattieren eine aktuelle politische Streitfrage vor einer Jury. Klassen und Arbeitsgemeinschaften bestimmen ihre Streitfragen selber. Die Streitfragen der Landeswettbewerbe werden vom Projekt in Abstimmung mit den Schulbehörden oder Bildungsministerien bekannt gegeben.

Das Training steht vor dem Wettbewerb. Hier kann das Debattieren praktisch ausprobiert werden. Jede/r darf, keine/r muss! Die einzelnen Übungen folgen Prinzipien der klassischen Rhetorik (Redekunst). Rhetorik in diesem Sinne meint nicht Tricks, Gerede oder Wortklingel, sondern die Kunst und die Fähigkeit, gut zu reden – passend zum jeweiligen Anlass und Thema, passend zum Hörer / zur Hörerin und zu sich selbst als RednerIn. Denn nur was passt, kann überzeugen.

Die Regeln der Debatte bei „Jugend debattiert“ in Tschechien, Polen und Deutschland

1. Debattiert werden aktuelle politische Streitfragen. Jede Frage ist so zu stellen, dass sie nach einer konkreten Maßnahme fragt und nur mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann.
2. Debattiert wird zu jeweils vier Personen. Zwei sprechen sich für, zwei gegen das Gefragte aus. Eine/n GesprächsleiterIn gibt es nicht.
3. Die Debatte gliedert sich in drei Teile: Eröffnungsrunde, Freie Aussprache und Schlussrunde. In der Eröffnungsrunde hat jede/r TeilnehmerIn die Streitfrage aus seiner Sicht zu beantworten, dann wird die Aussprache in freiem Wechsel fortgesetzt. Nach Ende der Freien Aussprache hat jede/r TeilnehmerIn die Streitfrage im Lichte der geführten Debatte ein zweites Mal zu beantworten (Schlussrunde).
4. In der Eröffnungsrunde beginnt, wer die Änderung des bestehenden Zustands wünscht. Rede und Gegenrede wechseln einander ab. In der Schlussrunde sprechen die TeilnehmerInnen in gleicher Reihenfolge wie in der Eröffnungsrunde. Dabei steht es jedem frei, seine Position gegenüber der Eröffnungsrunde zu verändern.
5. In der Schlussrunde sollen nur Gründe vorgetragen werden, die bereits in der Eröffnungsrunde oder in der Freien Aussprache genannt worden sind.
6. In der Eröffnungsrunde darf jede/r TeilnehmerIn ohne Unterbrechung zwei Minuten sprechen. Die Freie Aussprache dauert insgesamt zwölf Minuten. In der Schlussrunde ist die Redezeit jeder Teilnehmerin / jedes Teilnehmers auf eine Minute begrenzt.
7. Über die Einhaltung der Redezeiten wacht ein Zeitnehmer. Fünfzehn Sekunden (in der Freien Aussprache 60 Sek.) vor Ablauf der Redezeit wird ihr nahes Ende durch einmaliges Klingelzeichen angezeigt. Das Überschreiten der Redezeit wird durch zweimaliges Klingelzeichen angezeigt und anschließend durch dauerndes Klingelzeichen unterbunden.





Soviel zur Theorie Doch um endgültig debattieren zu können und sich somit dem praktischen Teil der Schaudebatte zu widmen, war nun jede/r Einzelne gefragt: Was bewegt mich grade? Welche Frage interessiert mich? Lässt die sich mit einem klaren „ja“ oder „nein“ beantworten (sogenannte Soll - Fragen)? Welche kreativen Ergebnisse und Vorschläge bei dieser Gedankenrunde im Goethe-Institut-Prag mit den tschechischen und deutschen SchülerInnen entstanden sind, lest ihr im Folgenden:



Themenfindung

- Soll die Schulleitung aus gleichberechtigten, gewählten Vertretern von Eltern, Schülern und Lehrern bestehen?
- Soll das Mindestwahlalter gesenkt werden?
- Soll ein Kinderwahlrecht, das von den Eltern in Vertretung der Kinder ausgeübt wird, eingeführt werden?
- Soll die SchülerInnenkammer bei Behördenentscheidungen Mitstimmrecht haben?

• Soll die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden, um die Allgemeinheit vor extremistischen Gruppen zu schützen?

- Soll eine Schülervertretung das Recht haben, Maßnahmen gegen einzelne Schüler einzuleiten?
- Sollen für bestimmte Fächer EU-weit einheitliche (Abschluss-) Prüfungen eingeführt werden?
- Soll die Legislaturperiode auf 8 Jahre verlängert werden?



Was ist eigentlich Demokratie? Dazu einige Statements der Prag-FahrerInnen

„Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Damit ist gemeint, dass die Meinung des Volkes vertreten wird und dass die Meinung des Volkes den Staat prägt. Dementsprechend ist die Meinung des Volkes der Grundbaustein der Demokratie.“ (Anna)

„Freiheit und Wahlen: das sind für mich die wichtigsten Sachen in einer Demokratie.“ (Lukas)

„An einer Schule gibt es einfach keine Demokratie!“ (Yago)

„Kommunikation ist der wichtigste Grundbaustein einer demokratischen Gesellschaft.“ (Simon)

„Ist Demokratie intergalaktisch unanfechtbar? Gibt es nicht Alternativen?“ (Ergebnis einer Gruppenarbeit)



Jetzt geht's ans Eingemachte...

Während der Schaudebatte im Goethe-Institut-Prag lieferten sich die Pro- und die Contragruppe unter der Fragestellung „**Soll die Meinungsfreiheit geschützt werden, um die Allgemeinheit vor extremistischen Gruppen zu schützen?**“ ein scharfes Wortgefecht. Hier einige der Argumente:

PRO	CONTRA
<p>Geschichtlich gesehen führte die Möglichkeit der Meinungsfreiheit direkt zur Entstehung eines nationalsozialistischen Systems – dies muss verhindert werden</p>	<p>Gefahr des Missbrauchs, da eine solche Regelung immer falsch ausgelegt werden kann → Sicherheitsverlust für die Menschen</p>
<p>Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird durch Verbot / Einschränkung verstärkt – aktueller Bezug: westliche Welt in Angst vor Terroristen</p>	
<p>Ist erst einmal eine extremistische Meinung geäußert, wird sie sich schnell verbreiten – das heißt: gleich verbieten</p>	
<p>Wahrung des „politischen Images“ – schränkt man die Gruppen ein, die in Tschechien und Deutschland zu den Diktaturen geführt haben, zeigt man, dass man sich mit der Geschichte des jeweiligen Landes auseinandersetzt</p>	
<p>Einschränkung der Meinungsfreiheit bedeutet nicht gleich das Verbot einer ganzen Partei / Organisation – Einschränkung gibt's auch in anderen Bereichen der Gesellschaft</p>	<p>Gerade ein Verbot bestimmter Ansichten regt einige Menschen dazu an, dagegen zu verstoßen</p>
	<p>Entwicklung im Land wird gestoppt, da gerade durch Meinungs-austausch verschiedener Menschen Fortschritt gewährleistet wird</p>
	<p>Gefahr eines Überwachungsstaats</p>
	<p>Jede Meinung ist richtig. Niemand kann über eine Meinung urteilen und sagen, ob sie gut oder schlecht bzw. richtig oder falsch ist</p>



Demokratie muss Schule machen

Ein Artikel von Marcus Müller, Gymnasium Rahlstedt – Projekt „Demokratie lernen und leben

Ein Schüleraustausch zwischen Hamburg und Prag – das klingt noch ganz normal nach Schule, Lernen und Sprachunterricht.

Doch die 16 Schüler von der Schülerkammer, Kreisschülerräten und Demokratieschulen hatten einen Auftrag: Sie wollten Prager Schulen besuchen, um sich anzuschauen, wie Lernen für tschechische Schüler aussieht und welche demokratischen Mitbestimmungsrechte sie an ihren Schulen haben. Das Ergebnis: Obwohl die Klassen in Tschechien einen guten Zusammenhalt aufweisen und die Schüler aufgeweckte Menschen sind, herrscht sehr wenig Demokratie an Prager Schulen.

Warum? Es fehlen die nötigen Strukturen, weil es erst seit diesem Jahr überhaupt Gesetze gibt, die eine Art Schulkonferenz mit Mitspracherecht vorschreiben, und weil es einfach Sache der Schulleitungen ist, die Bildung von Schülerräten zu fördern oder zu hemmen. Hier ist die junge tschechische Demokratie noch ausbaufähig.

Das die jungen Tschechen dennoch äußerst Streit- und Mitbestimmungsfähig sind, zeigte sich in der Debatte mit den deutschen Schülern.

Es bestand eine Wahl aus Fragen, die alle aus dem Themenkreis Demokratie stammten. Man entschied sich dafür, das Problem, ob man die Meinungsfreiheit einschränken sollte, um die Allgemeinheit vor extremistischen Gruppen zu schützen, zu behandeln.

Nach Einteilung von zwei Parteien (Pro und Kontra) mit je zwei Rednern ging es in Gruppen an die Vorbereitung der Debatte. Es wurden Definitionen getroffen, Argumente gesucht und Argumentationslinien geplant. Die folgende Debatte war geprägt von der Frage, ob die absolut freie Meinungsäußerung das wesentlichste Merkmal der Demokratie sei oder ob es gelte, diese vor extremistischen Demagogen zu schützen.

Das Ergebnis: Es gibt starke Argumente für beide Seiten, Demokratie ist ein empfindliches Pflänzchen, das geschützt werden muss, aber viel Raum braucht, um sich zu entfalten. Klar ist aber, dass eben dieser Begriff der Demokratie keineswegs eindeutig definiert ist und es schwierig ist, eine Richtlinie zu finden, anhand derer festgelegt werden kann, was eine demokratische Gesellschaft tolerieren kann und was ihr zuwider laufen muss.

Das Wesentlichste, was man lernen konnte, war jedoch, dass Demokratie vom gegenseitigen Austausch und vom Willen, sich mit ihr zu beschäftigen, abhängt. Die Demokratie ist nicht perfekt und das Prinzip ausbaufähig.

Wir freuen uns also darauf, von den Prager Schülern im kommenden Jahr besucht zu werden.





Ein paar Informationen über ...

... die SchülerInnenkammer Hamburg

Die SchülerInnenkammer Hamburg (skh) berät, laut Schulgesetz, die Bildungsbehörde „bei allen Entscheidungen“. Somit wird die skh von der Hamburger Behörde über alle wichtigen Vorhaben unterrichtet, was sie plant und beschließen möchte. Dann besteht für die SchülervertreterInnen die Möglichkeit, Stellungnahmen dazu abzugeben und Gespräche mit Verantwortlichen zu führen. Außerdem werden Seminare für SchülervertreterInnen angeboten, für die finanzielle Unterstützung von SchülerInnenrats-Reisen ist gesorgt. Bei Problemen und offenen Fragen steht die skh zur Seite. Die skh informiert alle SchulsprecherInnenteams regelmäßig über aktuelle schulpolitische Entwicklungen und lädt zu SchulsprecherInnen – Vollversammlungen ein. Weitere Infos im Internet: www.skh.de.



... die Kreisschülerräte

Der Kreisschülerrat (KSR) ist die regionale SchülerInnenvertretung in Hamburg. Nach dem Hamburgischen Schulgesetz kann der KSR Stellungnahmen zu schulischen Vorhaben der Behörde abgeben. Die Bildungsbehörde muss rechtzeitig informieren über die „Zusammenlegung, Teilung oder Schließung von Schulen innerhalb des Schulkreises, einer Neubegrenzung von Schulkreisen und der Einrichtung und Änderung von Schulkreisen für bestimmte Schulformen und andere rechtliche Vorhaben.

Darüber hinaus können KSR Stellungnahmen zu Themen abgeben, die in der Bezirksversammlung behandelt werden. Sie können größere Aktionen mit benachbarten Schulen planen oder koordinieren, zum Beispiel Sportturniere, Bandfestivals, Projektstage etc.. Zusätzlich hat der KSR engen Kontakt zur skh und kann ggf. Vorhaben der skh auf bezirklicher Ebene weiterentwickeln oder versuchen, sie umzusetzen. Internet: www.skh.de

... das Projekt „Demokratie lernen und leben“

„Demokratie lernen und leben“ ist ein Schulentwicklungsprogramm, bei dem Bund und Länder im Rahmen der BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) zusammenwirken. Es hat im Frühjahr 2002 begonnen. In zwölf Bundesländern beteiligen sich insgesamt mehr als 160 allgemeinbildende und berufliche Schulen. Vor allem soll das Programm durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft fördern. Es ist auch eine Antwort auf Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen und auf die seit Jahren zunehmende Politik(er)verdrossenheit und Politikdistanz. Internet: www.blk-demokratie.de

... die Ombudsfrau für Schülervertretungen

Die Ombudsfrau* ist Ansprechpartnerin für die SchülervertreterInnen in allen Angelegenheiten, die ihre Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte betreffen. Sie ist Beschwerdestelle und kann als Vermittlerin vor Ort eingeschaltet werden. Die Ombudsfrau legt jedes Jahr einen Bericht vor, der die Anfragen anonymisiert dokumentiert. Kontakt: Barbara Beutner, Tel. (040) 4 28 63 – 28 97), www.bbs.hamburg.de

*) Ombudsman, schwedisch: Person des Vertrauens, Vermittler



Das **Prager Goethe-Institut** wurde 1990 gegründet. Seinen Sitz hat es im Gebäude der ehemaligen DDR-Botschaft direkt hinter dem Nationaltheater am Moldauufer. Es verfügt über eine reichhaltige Bibliothek, die der Öffentlichkeit zugänglich ist. Neben Deutschkursen aller

Niveaus und Lehrerfortbildung finden hier zahlreiche kulturelle Veranstaltungen statt. Das Goethe - Institut Prag ist ein Regionalinstitut und koordiniert die Arbeit der Kulturinstitute in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. In diesen Ländern verfügt das Goethe-Institut über ein dichtes Netzwerk von komplementären Organisationen und Einrichtungen zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur und zur Information über Deutschland.

PRAG

Eindrücke der TeilnehmerInnen:

Prag ist eine unheimlich vielfältige Stadt mit zwei Gesichtern: auf der einen Seite sieht man die Plattenbauten, die außerhalb der Stadt liegen, andererseits gibt es eine wunderschöne Altstadt. Am besten hat mir der Blick vom Dom über die Stadt gefallen – ganz schön beeindruckend...“ (Andre)

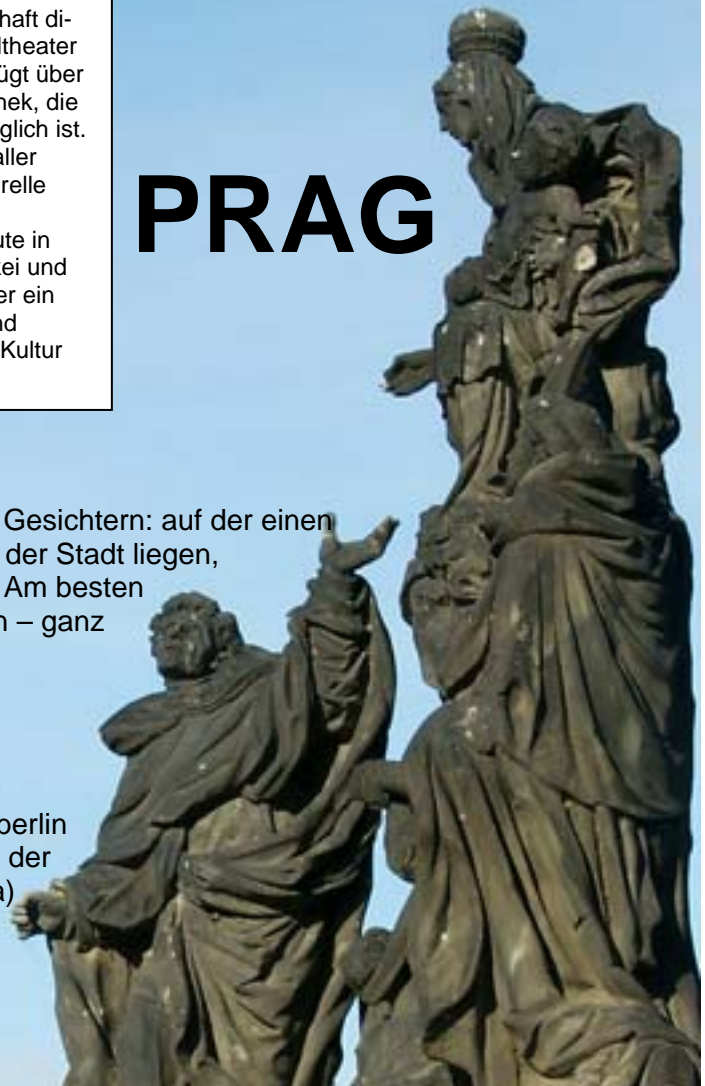
„Prag ist eine wunderschöne Stadt. Am beeindruckendsten finde ich die Burg.“ (Anna)

„Der Bahnhof sah relativ komisch aus: wie in Ostberlin vor 10 Jahren. Ansonsten erinnert mich Prag, mit der Moldau, auch ein bisschen an Hamburg.“ (Svenja)

„Prag ist einfach toll!!!“
(Markus)

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1973 befinden sich Kanzlei und Residenz der **Botschaft der Bundesrepublik Deutschland** in Prag in einem ehemaligen Adelspalais auf der Kleinseite, dem „Palais Lobkowitz“. Das Palais wurde Anfang des 18. Jh. erbaut und gehört zu den bekanntesten Barockpalais Prags.

Seine jüngere Geschichte ist vor allem mit dem Jahr 1989 verbunden, als hier Tausende von Flüchtlingen aus der damaligen DDR auf ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland ausharrten. Zeitweise hielten sich bis zu 4000 Flüchtlinge auf dem Botschaftsgelände auf. Nach langwierigen Verhandlungen konnte der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September 1989 den im Garten des Palais Lobkowitz ausharrenden Menschen verkünden, dass ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden war.





Bilder, Stimmungen, ... und gute Laune



IMPRESSUM

Behörde für Bildung und Sport
SchulInformationsZentrum
Barbara Beutner (verantw.), Julia Liedtke
Hamburger Straße 35, 22083 Hamburg
Tel. (040) 4 28 63 - 28 97
eMail: barbara.beutner@bbs.hamburg.de

SchülerInnenkammer Hamburg
Meerweinstraße 28, 22303 Hamburg,
Tel. (040) 428 984 - 96
Internet: www.skh.de
eMail: info@skh.de

Text, Layout, Druck:
Julia Schwerbrock, Hanne Detel
Hammonia-Druckerei / Auflage 2.000
Hamburg / Prag Oktober 2005



**Schüleraustausch
Tschechien – Hamburg**

Reise der Gegensätze?

**Gegenbesuch der Tschechischen Schülerinnen und
Schüler in Hamburg zum Thema:
Demokratie in der Schule!?
24. – 28. Februar 2006**



**Tschechische Schülerinnen und
Schüler zu Besuch an Hamburger
Schulen.**

**Was ist eine
Fishbowl-Debatte?**

**Wie wichtig ist
eigentlich das
Abitur?**

**Es gibt keine Wertung „gut – schlecht“!
Verschiedene Welten sind kein Hindernis!**

**Vieles ist nun mal
nicht so, wie es
auf den ersten
Blick erscheint!**

**Eine Frage
der Perspektive!**



„Demokratie in der Schule!“

Im Oktober 2005 startete auf Initiative des **S**chul**I**nformations**Z**entrums der Behörde für Bildung und Sport in Hamburg und dem Goethe-Institut-Prag eine Begegnung mit Hamburger und Tschechischen Schülerinnen und Schülern, die nun Anfang 2006 eine Fortsetzung fand. Ziel war, unterschiedliche Aspekte und Sichtweisen bei der Gestaltung des demokratischen (Schul)Alltags zu debattieren und „deutsche Kultur“ zu erleben.

Auf dem Programm – gemeinsam von Hamburger Schülerinnen und Schülern vorbereitet – stand nicht nur eine Rallye durch Hamburg und der Besuch des Hamburger Rathauses, sondern vor allem ein Diskussionstag im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung zum Thema: Demokratie in der Schule. Vom intensivem Themenfindungsprozess bis hin zu einer Schlussdebatte wurde von den Schülerinnen und Schülern beider Länder das Abitur unter die Lupe genommen.

Der Besuch der tschechischen Schülerinnen und Schüler in Hamburger Schulen, wie zuvor die deutschen Schülerinnen und Schüler in Prag, brachte Ungewohntes und Nachdenkliches hervor, das heißt: es wurde engagiert, aber auch kontrovers diskutiert. ... Neugierig geworden?

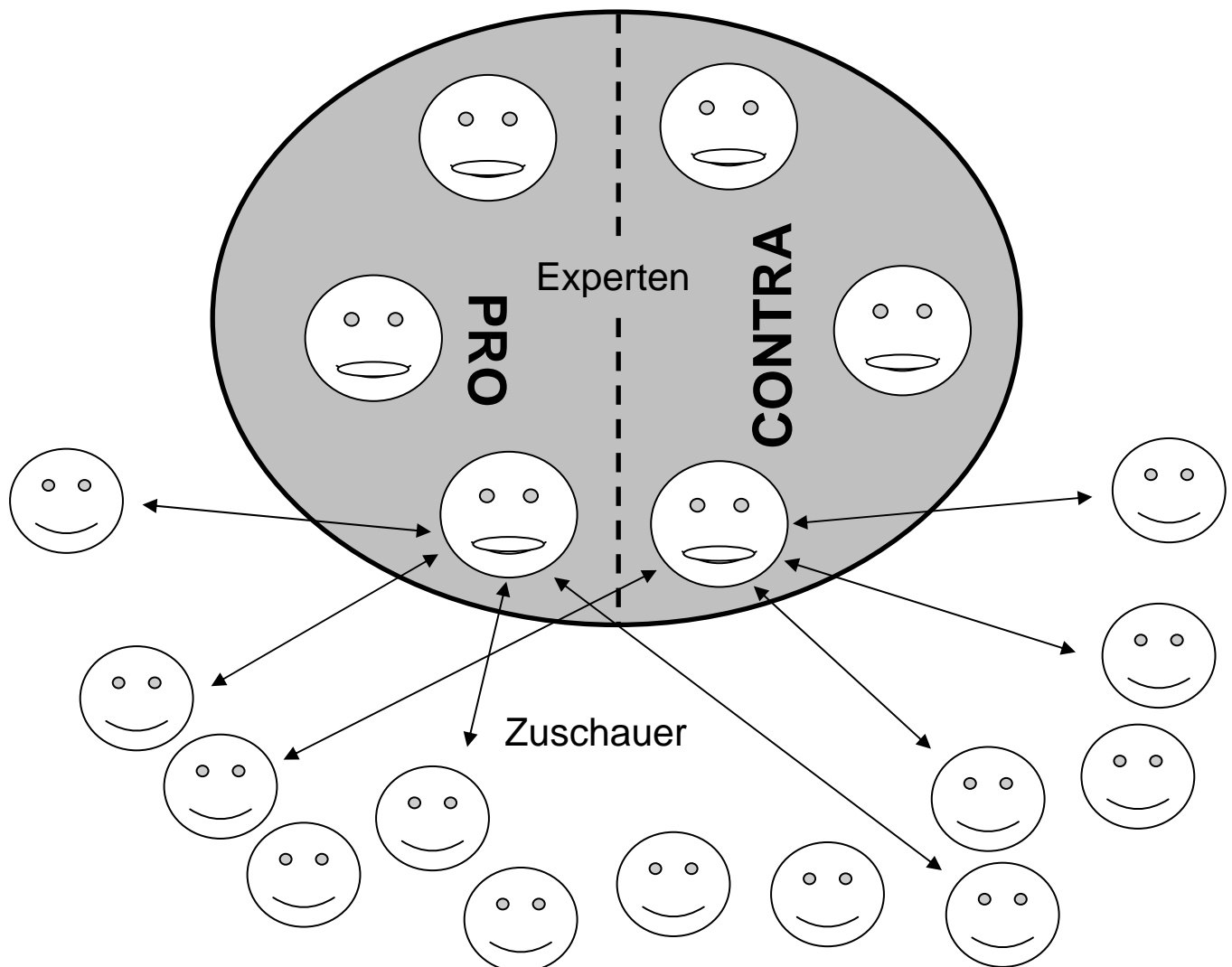
Auf dem Weg zu einem neuen und vor allem gemeinsamen Europa hat dieser internationale und interkulturelle Schüleraustausch erneut bewiesen, wie wichtig und inspirierend die Auseinandersetzung mit den eigenen und fremden Sichtweisen ist. Nicht nur theoretisch über Dinge diskutieren – die reale Kommunikation, ein Austausch zwischen verschiedenen Menschen mit ihren unterschiedlichen Werten- und Normsystemen zum Beispiel in einer „Fishbowl-Debatte“ bringt weiter.

Viel Spaß beim Lesen!





Was ist eine Fishbowl-Debatte?



Noch die letzte Podiumsdiskussion in Erinnerung? Wo die wortgewaltigen Menschen „da vorne“ oder gar „da oben“ nacheinander Reden hielten, sich nach dem Sieg-Niederlage-Prinzip auszustechen versuchten? Das ist ja ganz unterhaltsam, aber mit Diskussion hatte das wenig zu tun. Die Fishbowl dagegen ist eine einfache, aber oft dynamische Alternative zu einer Podiumsdiskussion mit ihren Rangordnungen zwischen Podium und Zuschauern. Die Methode ist besonders gut geeignet für Streitfragen und offene Diskussionsprozesse in großen Runden (ab ca. 20 Leuten). Auch für (selbst)kritische Auswertungen zum Beispiel nach Aktionen oder bei Gruppenproblemen kann sie hilfreich sein.

Bei einer Fishbowl-Debatte wird ein innerer und ein äußerer – in der Regel Stuhlkreis – aufgebaut, damit eine Art Arena entsteht. Im inneren Kreis stehen 4 bis 6 Stühle und im äußeren Kreis Stühle für die restlichen Teilnehmenden. (Quelle: www.Google.de, Fishbowl)

Ablauf einer Fishbowl-Debatte:

- 1. Schritt: Eröffnungsrunde:** Jede Expertin, jeder Experte hat zwei Minuten Redezeit;
- 2. Schritt: Freie Aussprache:** Jede bzw. jeder der vier Zuschauer/innen und vier Expert/innen, ob pro oder contra, dürfen maximal je 1,5 Minuten debattieren (insgesamt 18 Minuten);
- 3. Schritt: Schlussrunde:** Jede Expertin, jeder Experte hat zwei Minuten Redezeit.



Soviel zur Theorie ..., doch um endgültig debattieren zu können und sich dem praktischen Teil der Fishbowl-Debatte zu widmen, war nun jede/r Einzelne gefragt: Was bewegt mich gerade? Welche Frage interessiert mich? Lässt diese sich mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ beantworten (sogenannte Soll-Fragen)? Welche kreativen Ergebnisse bei dieser Gedankenrunde entstanden sind, lest ihr / lesen Sie im Folgenden:

1. Schritt: Themenfindung

- Sollen Schüler/innen Lehrer/innen bewerten?
- Sollen Schüler/innen über den Schuletat mitbestimmen?
- Soll in einer demokratischen Gesellschaft das Abitur an allgemeinbildenden Schulen komplett vereinheitlicht werden?
- Soll eine Art „Volksentscheid“ (Schüler/innen-Entscheid) bei Schulgesetzentscheidungen eingeführt werden?
- Sollen Schuluniformen verpflichtend an Schulen eingeführt werden?
- Sollte der Einfluss der Schüler/innen und Eltern auf den Schulapparat eingeschränkt werden?
- Sollte das Selektionsprinzip beibehalten werden?
- Sollten die Schülersprecherwahl-Stimmen jüngerer Schüler/innen gleichwertig mit denen der älteren Schüler/innen sein?

Die Schülerinnen und Schüler beider Länder entschieden sich mehrheitlich für die Frage:

„Soll in einer demokratischen Gesellschaft das Abitur an allgemeinbildenden Schulen komplett vereinheitlicht werden?“

2. Schritt: „Ballspiel“ zur Vorbereitung

Das sogenannte Ballspiel eignet sich sehr gut, um in der Gruppe verschiedene Positionen auszutauschen und Pro- oder Contra-Argumente für die Debatte zu finden. Bei dem Spiel stellen sich mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Kreis zusammen und werfen sich gegenseitig den Ball zu. Ohne dass die andere Person darauf vorbereitet ist, muss sie sofort mit einem Argument reagieren. Auf ein Pro-Argument folgt ein Contra-Argument, dann erneut ein Pro-Argument usw. Dabei symbolisiert das Zuwerfen des Balles das aufeinander Eingehen bei einer Debatte. Das heißt, bevor der Ball geworfen wird, muss Blickkontakt aufgenommen und der Ball so zugeworfen werden, dass der Diskussionspartner den Ball gut fangen kann.





3. Schritt: Debatte

Während der Schaubebatte im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung lieferten sich die Pro- und Contra-Gruppe unter der ausgewählten Fragestellung „**Soll in einer demokratischen Gesellschaft das Abitur an allgemeinbildenden Schulen komplett vereinheitlicht werden?**“ ein scharfes Wortgefecht. Hier einige der Argumente:

PRO	CONTRA
Gleiche Prüfung erleichtert den Vergleich	Keine Individualität
Gerechtigkeit	Völlige Abhängigkeit vom Lehrer
Missbrauch wird vorgebeugt	Kein Spielraum für die Lehrer
Bürokratieabbau	Ferientermine können zu schlechterer Vorbereitung führen
Objektivität	Zusätzliche Bürokratie und Kosten
Weniger Arbeit für den Lehrer	Zu großer Einfluss der Wirtschaft
Einheitlicher Bildungsstandard	Keine Förderung der individuellen Stärken
Bewertung der verschiedenen Schulen und Lehrer möglich	Kontrovers zur Demokratieerziehung – Einschränkung der Entscheidungsfreiheit



„Am beeindruckendsten und am wichtigsten war für mich der Moment, in dem mir bewusst wurde, dass unser Thema Abitur und Allgemeinbildung vs. Spezialisierung in der Schule eigentlich für ein noch etwas schwierigeres Thema spricht. Jedes Schulsystem (und daher auch jeder Schüler) versteht unter Allgemeinbildung etwas anderes. Somit ist das Abitur aus unterschiedlichen Gründen wichtig. Wie es auch in unserem Fall war, ist dies ziemlich schwierig in Worte zu fassen. Jedoch finde ich es sehr wichtig, dass dies uns bei unserer Debatte aufgefallen ist und dass wir dieses Thema aufgegriffen haben. Denn hier gibt es keine Wertung „gut-schlecht“, es sind nur zwei unterschiedliche Systeme, die beide Vor- und Nachteile haben.“

(Kommentar von Bara Bolkova, Tschechien)

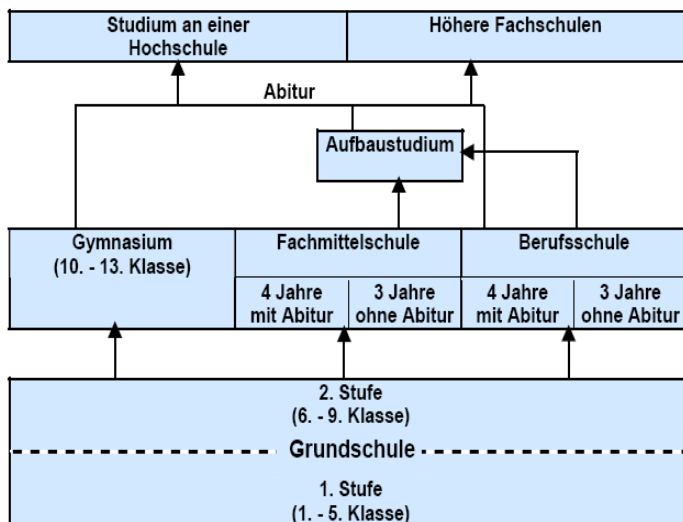


Wie wichtig ist eigentlich das Abitur?

„In Deutschland und Tschechien gibt es zwei unterschiedliche Bildungssysteme, die man nicht miteinander vergleichen kann.“ (Jana, Tschechien)

Im Gegensatz zu deutschen Universitäten gibt es an tschechischen Hochschulen keinen Numerus-Clausus-(NC)-Wert, der die Zulassung für das gewünschte Studium regelt. Da die Zahl der Studienbewerber/innen jedoch die Zahl der Studienplätze übersteigt, müssen die Studienbewerber/innen in Tschechien ein Aufnahmeverfahren durchlaufen, welches von Hochschule zu Hochschule variiert. Insofern hängt es von einem selbst ab, sich rechtzeitig bei der gewünschten Hochschule über die Zulassungsbedingungen zu erkundigen.

Tschechische Republik



Auf Grund der aktuellen Voraussetzungen der einzelnen Studienbewerberinnen und -bewerber, ergibt sich der NC-Wert in Deutschland dagegen in jedem universitären Verfahren neu und wird somit weder vom Bundesland, noch vom Bundesministerium festgelegt. Wie die Auswahl vorgenommen wird, regeln die Universitäten in eigenständigen Satzungen.

Durch die Studiengebühren, die in Hamburg beispielsweise 2007 eingeführt werden, wird es außerdem zu einer veränderten Auswahl der Studienbewerberinnen und -bewerber kommen – nicht Jede/r wird es sich leisten können, entweder die Gebühren zu zahlen oder sie, nach einem aufgenommenen Darlehn, abzubezahlen.

Die einzelnen Länder in Europa regeln ihre Hochschulzugangskriterien sehr unterschiedlich: In Österreich zum Beispiel gibt es offiziell keinen Zugangswert und der schweizerische NC besteht aus einem Eignungstest, der vor allem Logik und räumliches Vorstellungsvermögen testet.





Eindrücke der Tschechen vom Schulbesuch

„An der Hamburger Schule herrscht eine totale Freiheit: Es gibt eine gute Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern, alle arbeiten zusammen und sagen ihre Meinung. Jedoch war der Unterricht total unordentlich und der Lehrer hatte keine große Autorität.“ (Lucka)

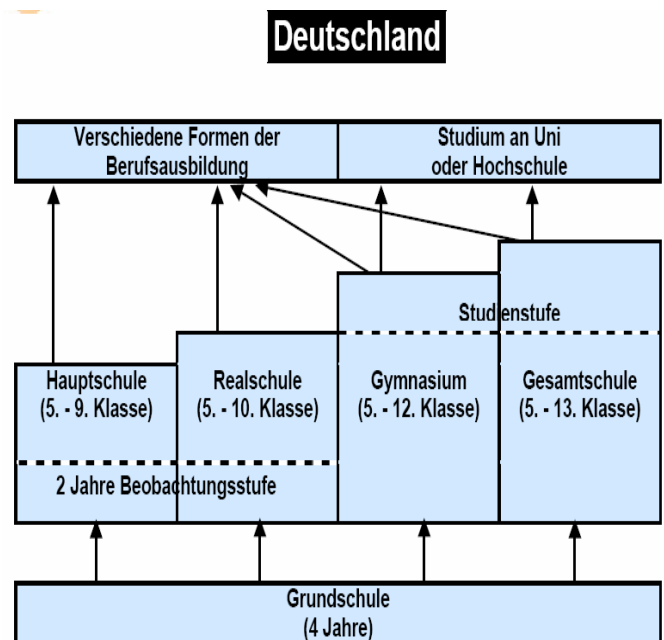
„Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Schüler etwas gelernt haben.“ (Boris)

„In Tschechien sind wir an ein autoritäres Schulsystem gewöhnt. Was für uns im Gegensatz zum deutschen Schulsystem einfacher ist, ist, dass wir uns nicht entscheiden müssen, was wir machen möchten. Man muss einfach.“ (Bara)

„Die Schüler haben sich viel am Unterricht beteiligt. In Tschechien dagegen diktieren die Lehrer uns den Stoff und die Schüler fragen selten nach. Mir wäre es lieber, wenn es bei uns wie in Deutschland wäre.“ (Magda)

„Die Schüler sehen sehr interessiert am Unterrichtsstoff aus. Es ist ganz anders als bei uns, da wir eher den Frontalunterricht kennen.“ (Marek)

„Der Unterricht in Hamburg ist freier und spontaner. In Prag dagegen ist der Lehrer die Hauptperson. Es wird mehr geprüft. Das bedeutet viel mehr Stress für uns.“ (Jana)





Besuchsprotokolle der Tschechischen Schülerinnen und Schüler:



27.3.06
Gymnasium Rahlstedt



Schüleraustausch Prag / Hamburg – 24. bis 28. Februar 2006
Kooperationsprojekt Bildungsbehörde Hamburg und Goethe-Institut-Prag

Tschechische Schüler/innen an Hamburger Schulen / Besuchsprotokoll:

Schule: Gymnasium Rahlstedt

Namen des Te

Tschechische Schüler/innen an Hamburger Schulen / Besuchsprotokoll:

Schüleraustausch Prag / Hamburg – 24. bis 28. Februar 2006
Kooperationsprojekt Bildungsbehörde Hamburg und Goethe-Institut-Prag

Tschechische Schüler/innen an Hamburger Schulen / Besuchsprotokoll:

Schule: Ida - Ehrle - Gesamtschule

Namen des Teams: Lilka, Jana, Bara, Marek

Was ist uns an der Schule besonders aufgefallen?

- Gebäude / Klasse:** - sehr groß, wie Skulptur
- wenige Plätze → keine für die Gäste.
- Straß findet ich die Umgebung schön.
- Unterricht:** BIO, ENGL., GEM., DEUTSCH
- Ablauf: die Schüler machen Projekte und dann sie sprechen über das Thema, das sie vorbereitet haben.
- Inhalt: Bio. - Sie haben Projekte gemacht und dann sie es vorgestellt.
ENGL. - Sie haben über Utopie gesprochen und über Thomas More Theorie gelesen.
GEM. - Soziologie. Sie haben über unterschiedlichen Schichten in der Gesellschaft gesprochen.
DEUTSCH. - Sie haben Textanalyse zu Amphitruon von Keeser Mann gelesen.

3. Atmosphäre (zwischen den Schüler/innen; zwischen den Schüler/innen und Lehrer/innen):
Atmosphäre ist sehr nett.
Dann meine ich, dass der Lehrer sehr freundlich ist, er hat nicht so Abstand wie bei uns. Aber ich weiß nicht, ob es gut ist. Er hat wenige Autorität.

4. Schulablauf insgesamt:
ja, ich muss sagen, dass Schulablauf ist ganz anders wie bei uns.
Ich denke, dass alles ruhe ist.

5. Pausen:
Waren gut. Jeder macht, was er wollte. Die Schüler haben viele Möglichkeiten.
Sie können draussen gehen. Es ist bei uns etwas ausnahmsweise.
ja, sie können etwas zum Essen kaufen

ct
JA
E
u
SI
UND
STUNT
SCHU
ERZOGEN
ERINNE



Eine Frage der Perspektive

Es ist immer reizvoll, etwas Unvertrautes zu erforschen und es anschließend mit Vertrautem zu vergleichen. Dieser Vergleich schafft es nämlich, Schwächen im Vertrauten aufzuzeigen und gegebenenfalls zu berichtigen. Der unter anderem vom Goethe-Institut-Prag und der Hamburger Bildungsbehörde organisierte Prag-Hamburg-Austausch bot die Gelegenheit, neben dem mir vertrauten deutschen Schulsystem, das tschechische kennen zu lernen. Aber nicht nur das allein! Auch lernte ich viele nette Prager Jugendliche kennen und schätzen.

Wie ich feststellte, gibt es auch leichte Unterschiede zwischen der tschechischen und der deutschen beziehungsweise der Hamburgischen Kultur und Lebensweise; doch diese Unterschiede werden von Pragern und Hamburgern zum Teil anders bewertet. Alles scheint eine Frage der Perspektive zu sein.

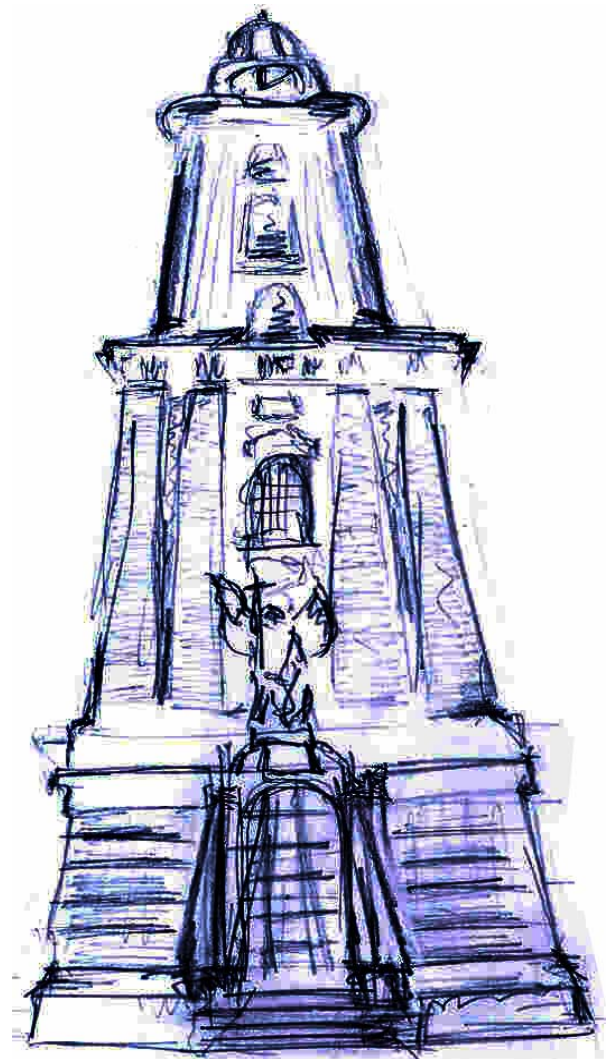
Während ich – und die meisten anderen Hamburger – den tschechischen Frontalunterricht kritisch betrachtete, die zum Teil kleinen Kurse und gut ausgestatteten Klassen lobte, entdeckten unsere neu gewonnenen Prager Freunde bei ihrem Gegenbesuch auch in unserem Schulsystem Fehler und Chancen, so etwa den Anspruch, Schüler in wichtige Entscheidungen einzubeziehen, was in der Praxis leider selten geschieht, oder aber die relativ hochwertige technische Ausstattung an Hamburger Schulen – ein Fakt, den ich auf Grund von Gewohnheit gar nicht mehr realisiert hatte. Gewohnheit lähmt die Objektivität.

Interessant war auch die gegenseitige Wahrnehmung. Festzuhalten ist, dass sich Prager und Hamburger Jugendliche gar nicht so sehr unterscheiden: Sie hören meist die selbe Musik, kleiden sich ähnlich und haben die gleichen Sehnsüchte, Träume und Probleme, wie sie wohl alle Jugendlichen auf diesem Planeten haben. Das ist eine wunderbare Erkenntnis.

Dennoch gibt es auch Unterschiede, denn ohne diese wäre schließlich die Welt monoton und leblos. Die Unterschiede resultieren, denke ich, überwiegend aus dem speziellen kulturellen und familiären Hintergrund und lassen sich vielleicht aus der unterschiedlichen politischen Vergangenheit unserer beiden Länder ableiten und dem so genannten Ost-West-Konflikt. Entscheidend ist wohl aber die Tatsache, dass alles, was jenseits der eigenen Haustür liegt, einem erst einmal fremd erscheint; wichtig ist es aber, gerade diesen Blick in die Fremde zu riskieren, um auch seine Heimat zu verstehen.

Deshalb hat sich der Austausch für mich mehr als gelohnt.

(Artikel: André Martens, Hamburg)



(Zeichnung: Boris Kankar, Tschechien)



Verschiedene Welten sind kein Hindernis

Schon am ersten Tag haben wir über Hamburg etwas Neues erfahren. Im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung haben wir einen Workshop über Demokratie in der Schule gemacht und dabei haben wir viele interessante Unterschiede zwischen Hamburg und der Tschechischen Republik festgestellt. Während unserer Zusammenarbeit wurde allen klar, wie unsere Welten verschieden sind, aber das war kein Hindernis für unsere Freundschaft und internationale Verständigung. An Hand neu erworbenen Kenntnissen haben wir erfahren, dass Demokratie in den Schulen gut ist, aber sie muss ihre Grenzen kennen.

Am ersten Tag haben wir uns psychisch angestrengt und es war eine angenehme Abwechslung, sich den zweiten Tag physisch anzustrengen. Wir haben die Stadt kreuz und quer durchmarschiert. Mit Hilfe von Fragebögen und zwei gebürtigen Hamburgerinnen, die sich in ihrem Geburtsort auskannten, wie in ihren eigenen Westentaschen. Obwohl wir nur einen Tag Zeit hatten, haben wir eine erstaunlich große Menge von Hamburger Kultur und vom Stadtleben kennen gelernt. Nicht nur die Aussicht vom Turm der St.-Michaels-Kirche war atemberaubend, sondern auch die Größe des Hafens war bewundernswert. Obwohl Hamburg nicht besonders viele Sehenswürdigkeiten hat, strahlt es einen besonderen Zauber aus.

Gleich am nächsten Morgen haben wir uns in drei Schulen aufgeteilt, wo wir vier Stunden verbracht haben. Das Ziel war herauszufinden, ob der Unterricht anders als bei uns ist und wenn ja, in wie fern. Jeder hatte seine eigenen Eindrücke, die meistens positiv waren. Am Nachmittag wurden wir ins Rathaus eingeladen, wo wir freundlich empfangen wurden. Wir hatten die Ehre, eine Führung durch das Rathaus zu absolvieren und dabei konnten wir auch die Räume sehen, in die normal Sterbliche nicht hinein kommen.

Wir alle sind sehr dankbar, dass wir die Chance bekommen haben, Hamburg und seine Einwohner von allen Seiten kennenlernen zu können (Rote Flora, Hafen bei Nacht, Einkaufsstraßen). Wir haben ein Teil unseres Herzens (auch Geldes) in Hamburg gelassen.

(Artikel: Magda Krácmarová, Tschechien)





Vieles ist nun mal nicht so, wie es auf den ersten Blick erscheint

Als mein Gemeinschaftskunde-Leistungskurs-Lehrer Anfang Oktober auf mich zukam und fragte, ob ich Lust hätte, in drei Wochen mit ein paar anderen Hamburger Schülern nach Prag zu fahren, war ich natürlich absolut begeistert. Wir hatten die Aufgabe, bei einem Schüleraustausch zwischen Hamburger und Tschechischen Jugendlichen, unsere Schulen, unsere Stadt und vielleicht auch unser Land zu vertreten.

In Prag angekommen kamen wir Schüler beider Nationen schnell in Kontakt miteinander. Der Umgang war sehr herzlich, wenn auch anfangs etwas vorsichtig. Erst in den Gruppenarbeiten und -diskussionen zum Thema Demokratie (in der Schule) stellte sich für mich völlig unerwartet heraus, wie unterschiedlich wir bereits als junge Menschen durch die Geschichte unseres Herkunftslandes geprägt waren.

Ich habe in Deutschland die Erfahrung gemacht, dass bei dem breiten Konsens der Jugendlichen die einfache Verhaltensregel gilt: besser links als rechts. An meiner Schule ist ein ganz klarer Links-Trend zu beobachten, denn „Links ist cool“. Der Che-Guevara-Button am Rucksack gehört zum absoluten Nonplusultra. Direkt daneben hängt meistens ein auffälliger roter Stern und bestenfalls findet man auch noch das Hammer-und-Sichel-Symbol.



Als jedoch Che-Guevara-Button, Roter Stern und Hammer-und-Sichel-Symbol in Kontakt mit den tschechischen Jugendlichen kamen, war es zwischenzeitlich vorbei mit der harmonischen Zusammenarbeit. Da konnte man beobachten, wie zwei völlig verschiedene Welten aufeinander prallten. Was unter deutschen Jugendlichen als Bekenntnis für soziale Gerechtigkeit und gegen Faschismus verstanden wird, wurde bei den tschechischen Jugendlichen vielmehr als Bedrohung und persönlicher Angriff angesehen. Es erschien mir, als wären wir mit Hakenkreuzen an unseren Rucksäcken unterwegs gewesen.

Ich hatte mir nie darüber Gedanken gemacht, dass sowohl Hakenkreuz, als *auch* Hammer-und-Sichel-Symbole für unvorstellbare Gräueltaten stehen. Den Tschechen schien das bewusst zu sein, aber für mich kam die Erkenntnis in Anbetracht der linken Trendbewegung unter deutschen Jugendlichen überraschend. Es wurde klar, dass wir Jugendlichen beider Nationen eine Geschichte voll von Brutalität und Unterdrückung gemeinsam haben, auch wenn die extreme politische Rechte vorgibt sich von der extremen Linken zu unterscheiden wie Tag und Nacht. Vieles ist nun mal nicht so, wie es auf den ersten Blick erscheint.

Das war für mich die wertvollste Erfahrung die ich bei diesem Zusammenkommen zwischen tschechischen und deutschen Jugendlichen gemacht habe.

(Artikel: Laura Graumann, Hamburg)



Bilder, Stimmungen und gute Laune



IMPRESSUM

Behörde für Bildung und Sport
SchulInformationsZentrum
Barbara Beutner (verantw.),
Julia Liedtke
Text & Layout:
Hanne Detel,
Julia Schwerbrock,
Fotos: Alle
Informationen: Internet;
Hamburg / Prag, März 2006



